



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

„Mission2030 – Die Klima- und Energiesstrategie der österreichischen Bundesregierung“



Parlamentarische Enquete des Nationalrates

Mittwoch, 23. Mai 2018

(Stenographisches Protokoll)

Parlamentarische Enquete

Mittwoch, 23. Mai 2018

(XXVI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates)

Thema

**„Mission2030 – Die Klima- und Energiestrategie der
österreichischen Bundesregierung“**

Dauer der Enquete

Mittwoch, 23. Mai 2018: 11.02 – 17.01 Uhr

Tagesordnung

Begrüßung

Präsident des Nationalrates Mag. Wolfgang Sobotka

Einleitung

Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus Elisabeth Köstinger

Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Ing. Norbert Hofer

Keynote

Dr. Gunnar Luderer (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung)

Panel 1: Das Ende des fossilen Zeitalters hat begonnen

Dkfm. Peter Püspök (Dachverband Erneuerbare Energie Österreich)

Univ.-Prof. Dr. Sigrid Stagl (Institut für Ökologische Wirtschaft, Wirtschaftsuniversität Wien)

Dipl.-Ing. Johann Precht (Technische Universität Graz)

Dr. Fred Luks (Kompetenzzentrum für Nachhaltigkeit, Wirtschaftsuniversität Wien)

Mag. Erwin Mayer (Klima- und Energieexperte)

Panel 2: Mobilität.neu.denken – Notwendige Weichenstellungen im Sektor Verkehr

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold (ÖAMTC)

Mag. Sylvia Leodolter (Abteilung Umwelt und Verkehr, Arbeiterkammer Wien)

Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Karl Steininger (Institut für Volkswirtschaftslehre, Karl-Franzens-Universität Graz)

Dipl.-Ing. Manfred Mühlberger (ETA Umweltmanagement GmbH)

Ulla Rasmussen, MSc (VCÖ – Mobilität mit Zukunft)

Panel 3: Zukunftsweisende Maßnahmen im Sektor Gebäude

Landesrat Ök.-Rat Johann Seitingner (Kommission für Umweltförderung im Inland)

Mag. Nadja Shah (Mietervereinigung Österreich)

Dipl.-Ing. Wolfgang Stumpf (Department für Bauen und Umwelt, Donau-Universität Krems)

Dipl.-Ing. Dr. Doris Österreicher, MSc (Institut für Raumplanung, Umweltplanung und Bodenordnung, Institut für Konstruktiven Ingenieurbau, Universität für Bodenkultur Wien)

Ing. Günter Lang (Passivhaus Austria)

Resümee der Nationalratsfraktionen

Inhalt

<u>Begrüßung</u>	5
<i>Vorsitzender Präsident Mag. Wolfgang Sobotka</i>	5
<u>Einleitung</u>	6
<i>Bundesministerin Elisabeth Köstinger</i>	6
<i>Bundesminister Ing. Norbert Hofer</i>	9
<u>Keynote</u>	12
<i>Dr. Gunnar Luderer</i>	12
<u>Panel 1: Das Ende des fossilen Zeitalters hat begonnen</u>	16
<i>Dkfm. Peter Püspök</i>	17
<i>Univ.-Prof. Dr. Sigrid Stagl</i>	18
<i>Dipl.-Ing. Johann Precht</i>	20
<i>Dr. Fred Luks</i>	21
<i>Mag. Erwin Mayer</i>	23
Diskussion:	
<i>Mag. DDr. Christine Fohler-Norek</i>	25
<i>Dr. Leonhard Schitter, M.A.</i>	25
<i>Abg. MMMag. Dr. Axel Kassegger</i>	26
<i>Landesrat Ök.-Rat Josef Geisler</i>	27
<i>Abg. Mag. Josef Lettenbichler</i>	28
<i>Abg. Peter Schmiedlechner</i>	28
<i>Bundesrat Martin Preiner</i>	29
<i>Abg. Ing. Manfred Hofinger</i>	29
<i>Abg. Franz Hörl</i>	30
<i>Florian Maringer</i>	30
<i>Dr. Heinrich Kopetz</i>	31
<i>Mag. Josef Thoman</i>	32
<i>Mag. Stefan Moidl</i>	33

Ing. Mag. Hans-Christian Kirchmeier, MTD, MBA	33
Adam Pawloff, BA	34
Dr. Gerhard Wotawa	35
Mag. Dr. Paul Ablinger	36
Dipl.-Ing. Stephanie Veigl	36
Laura Grossmann	37
Dipl.-Ing. Irmi Salzer	38
Mag. David Reinberger	39
Bundesrat Stefan Schennach	39
Ing. Robert Pichler	40
Dipl.-Ing. Peter Obricht, MBA	41
Univ.-Prof. Dr. Roman Türk	41
Mag. Johannes Wahlmüller	42
Mag. Hanna Simons	43
Mag. André Buchegger	44
Dipl.-Ing. Ingmar Höbarth	44
Abg. Mag. Dr. Matthias Strolz	45
Panel 2: Mobilität.neu.denken – Notwendige Weichenstellungen im Sektor Verkehr	46
Dipl.-Ing. Oliver Schmerold	46
Mag. Sylvia Leodolter	47
Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Karl Steininger	49
Dipl.-Ing. Manfred Mühlberger	51
Ulla Rasmussen, MSc	52
Diskussion:	
Abg. Andreas Ottenschläger	54
Dr. Barbara Schmidt	55
Dipl.-Ing. Christoph Pfemeter	55
Bundesrat Peter Samt	56
Bundesrat Dr. Peter Raggl	57
Franz Kirchmeyr	58
Dr. Christoph Streissler	59
Michael Soder, MSc, PhD	59
Bundesrätin Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth Pfurtscheller	60
Roland Romano	61
Laura Fariello	61
Mag. Erwin Mayer	62
Panel 3: Zukunftsweisende Maßnahmen im Sektor Gebäude	63
Landesrat Ök.-Rat Johann Seitinger	63
Mag. Nadja Shah	65
Dipl.-Ing. Wolfgang Stumpf	67
Dipl.-Ing. Dr. Doris Österreicher, MSc	68
Ing. Günter Lang	70
Diskussion:	
Richard Freimüller	71
Dipl.-Ing. Dr. Christian Rakos	71
Abg. Johannes Schmuckenschlager	72
Abg. Johann Singer	73
Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Karl Steininger	73
Abg. Angela Baumgartner	73
Dr. Christoph Streissler	74

<i>Dipl.-Ing. Christoph Pfemeter</i>	75
<i>Arch. Dipl.-Ing. Johannes Kislinger</i>	75
<i>DI Arch. Ursula Schneider</i>	76
<i>Robert Lechner</i>	77
<i>DI Roger Hackstock</i>	77
<i>DI Arch. Bernhard Sommer</i>	78
<i>Mag. Johannes Wahlmüller</i>	79
<i>Dr. Stefan Gara</i>	79
<i>Dr. Angela Köppl</i>	80
<i>Dipl.-Ing. (FH) Anton Schuller, MBA</i>	80
<i>Dipl.-Ing. Andreas Greml</i>	81
<u>Resümee der Nationalratsfraktionen</u>	81
<i>Abg. Mag. Josef Lettenbichler</i>	82
<i>Abg. Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger</i>	83
<i>Abg. MPMag. Dr. Axel Kassegger</i>	84
<i>Abg. Mag. Dr. Matthias Strolz</i>	86
<i>Abg. Dipl.-Ing. (FH) Martha Bißmann</i>	88
<u>Geschäftsbehandlung</u>	
Antrag im Sinne des § 98a Abs. 5 GOG, das Stenographische Protokoll dieser Enquete dem Nationalrat als Verhandlungsgegenstand vorzulegen – Annahme	5, 5
Unterbrechung der Sitzung	46

Beginn der Enquete: 11.02 Uhr

Vorsitzende: Präsident Mag. Wolfgang **Sobotka**, Abgeordneter Johannes **Schmuckenschlager**, Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe **Feichtinger**, Abgeordneter Walter **Rauch**.

Begrüßung

11.02

Vorsitzender Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Ich **eröffne** die parlamentarische Enquete „Mission2030 – Die Klima- und Energiestrategie der österreichischen Bundesregierung“ hier im Plenarsaal des österreichischen Parlaments, in dem der Nationalrat und der Bundesrat tagen, und darf Sie alle recht herzlich willkommen heißen.

Ich freue mich darüber, dass ich so viele mir schon lange bekannte Persönlichkeiten wieder einmal treffe. Nun begegnen wir einander auch in anderen Funktionen. Es freut mich, dass der Präsident des Bundesrates, Landesräte, Landtagsabgeordnete und Nationalratsmandatäre hier sind. Vor allem freut es mich, dass die beiden Minister anwesend sind, die dieses Thema in ihren Einleitungsstatements vorstellen werden, und dass sich die Öffentlichkeit so interessiert zeigt.

Gemäß dem der heutigen Enquete zugrunde liegenden Beschluss des Hauptausschusses ist die Enquete für Medienvertreter sowie für die Öffentlichkeit zugänglich. Bild- und Tonaufnahmen sind allerdings nur den hauseigenen Technikern und Fotografen gestattet.

Es liegt mir ein **Antrag** gemäß § 98a Abs. 5 der Geschäftsordnung vor, das Stenographische Protokoll als Verhandlungsgegenstand dem Nationalrat vorzulegen. Der diesbezügliche Beschluss ist gemäß der erwähnten Geschäftsordnungsbestimmung durch die dem Teilnehmerkreis der Enquete angehörenden Abgeordneten zu fassen.

Ich bringe diesen Antrag sogleich zur **Abstimmung** und ersuche jene Abgeordneten zum Nationalrat, die dem Antrag ihre Zustimmung geben wollen, um ein diesbezügliches Zeichen. – Das ist **einstimmig angenommen**.

Ich denke, Ihnen als Experten dieses Thema in seiner Bedeutung in besonderer Art und Weise noch einmal darzulegen, ist müßig. Ich freue mich darüber, dass diese Diskussion anlässlich der heutigen Enquete **hier im Hohen Haus** stattfindet. Es ist eine Diskussion, es ist eine Enquete, die für uns große Bedeutung hat, nicht nur angesichts der dramatischen Situation, die wir derzeit auch in Österreichs Landwirtschaft und Waldwirtschaft erleben, sondern es ist für uns, die wir uns ganz besonders auch den Zielen des Klimabündnisses und den weltweiten Klimazielen verpflichtet fühlen, ein ganz wesentliches Moment, um diese Diskussion auch im Hohen Haus zu führen, dass sich alle Parteien, die die Verantwortung für die Republik in ihrer Gesamtheit tragen, am Diskurs beteiligen und dass so viele hochrangige Experten aus dem In- und Ausland die Debatte mit Argumenten und Themen anreichern.

Das Thema ist eines, das mittlerweile auch bei der Bevölkerung angekommen ist. Ich glaube, es ist notwendig, dass wir in der Frage der Betroffenheit, im Einbeziehen der

Vorsitzender Präsident Mag. Wolfgang Sobotka

Bevölkerung auch noch weitere Schritte setzen. Jeder kann durch sein Kaufverhalten, jeder kann durch sein sonstiges Verhalten im öffentlichen Raum schlussendlich seinen Beitrag leisten. Unsere Gemeinden sind, gerade was die Klimastrategie anlangt, so wie die Länder verlässliche Partner dabei.

Gerade in den Gemeinden schlägt dieses Thema durch außergewöhnliche Wetterereignisse immer wieder ganz besonders auf. Das hat nunmehr schon eine jahrelange schlechte Tradition in Österreich, wenn Sie an die Hochwässer, wenn Sie an die Murenabgänge und wenn Sie an andere besondere Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem Wetter wie Waldbrände et cetera denken. Die Gesellschaft ist gesamtheitlich gefordert, und daher ist es einmal mehr am Hohen Haus, sich dieser Diskussion zu stellen.

Ich danke insbesondere unseren beiden anwesenden Ministern, vor allem der Frau Ministerin für Nachhaltigkeit ganz besonders dafür, dass sie dieses Thema auch sehr stark in den parlamentarischen Diskurs einbringen möchten. Ich wünsche der Diskussion einen lebhaften, einen sinnstiftenden Verlauf – und sie möge auch ein sinnstiftendes Ergebnis bringen! Es ist für uns ganz entscheidend, dass nicht nur in den einzelnen Redebeiträgen unsere Ansichten äußern, sondern dass wir dann auch in die Umsetzung kommen.

Betreffend die Vorsitzführung während des heutigen Tages darf ich noch darüber informieren, dass mit allen Fraktionen einvernehmlich die Vorgangsweise so festgelegt wurde, dass ich um 12.15 Uhr den Obmann des Umweltausschusses, Johannes Schmuckenschlager, mit der Vorsitzführung betrauen werde.

(Es folgen technische Mitteilungen durch den Vorsitzenden.)

Gemäß der Geschäftsordnung des Nationalrates wird über die heutige Enquete ein Stenographisches Protokoll verfasst. Ich darf daher darum ersuchen, vom Mikrofon am Rednerpult aus zu sprechen.

11.09

Einleitung

Vorsitzender Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Wir kommen nun zu den Einleitungsstatements.

Ich darf der Frau Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus Elisabeth Köstinger das Wort erteilen und darauf aufmerksam machen, dass die Redezeit 10 Minuten nicht überschreiten soll. – Bitte.

11.09

Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus Elisabeth Köstinger: Geschätzter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Geschätzte Expertinnen und Experten! Und vor allem: Liebe Gäste und Zuhörer! Der Herr Präsident hat es in seiner Begrüßungsrede schon sehr gut ausgeführt: Speziell der Kampf gegen den Klimawandel und damit einhergehend die Erreichung der Klimaziele von Paris gehören zu den größten Herausforderungen, vor denen wir weltweit, auf europäischer Ebene, aber vor allem auch national stehen.

Die Klimaveränderung ist absolut spürbar. Wir haben derzeit, speziell in einigen Regionen im Osten Österreichs, massiv mit den spürbaren Veränderungen des Klimas zu kämpfen. Wir kämpfen gegen eine sich permanent aufbauende Trockenheit. Ich selber komme aus einem landwirtschaftlichen Betrieb, der in den letzten zwei Jahren

Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus Elisabeth Köstinger

einen fast hundertprozentigen Einkommensverlust hinnehmen musste, weil es im Frühjahr zum einen extremen Hagelschlag gab und dann einen sehr späten Schneefall; die Ernte ist somit fast komplett ausgefallen.

Wir haben heute im Ministerrat ein Maßnahmenpaket beschlossen, in dem es vorrangig darum geht, dass wir den betroffenen Bäuerinnen und Bauern und vor allem auch den Forstwirten schnell und unbürokratisch helfen. Es gibt bereits einen massiven Schädlingsbefall. Wir sehen also, dass sich Schädlinge durch die extreme Hitze, die wir auch heuer im Frühjahr erleben mussten, sehr stark ausgebreitet haben – wie etwa der Rüsselkäfer im Ackerbau, speziell im Rübenanbau. Wir haben insgesamt 10 000 Hektar Zuckerrüben verloren. Wir kämpfen derzeit auch massiv mit einem Borkenkäferbefall in einem noch nie dagewesenen Ausmaß, speziell im Waldviertel. Rund 3,5 Millionen Festmeter Holz sind derzeit als Schadholz evident.

Wir haben jetzt versucht, schnell und unbürokratisch Maßnahmen auf den Weg zu bringen, beziehungsweise haben wir ein Maßnahmenpaket vorgelegt, bei dem es darum geht, dass die Versicherungssteuer bei Elementarrisikoversicherungen vereinheitlicht wird und den Bäuerinnen und Bauern somit Hilfe zur Selbsthilfe gegeben ist.

Wir sehen also, dass der Klimawandel nichts Abstraktes ist, sondern etwas, was uns wirklich schon täglich betrifft, und dass der Kampf gegen den Klimawandel daher höchste Priorität hat. Die Bundesregierung hat dieses Thema deswegen auch zu einem der zentralen Themen erkoren. Wir haben Anfang Jänner in unserer ersten Regierungsklausur den Beschluss gefasst, diese integrierte Klima- und Energiestrategie vorzulegen, und sind im April bereits mit der bekannten #mission 2030 in Vorlage getreten. Sie soll die Grundlage dafür bilden und bieten, dass wir einen großen Bogen bis zum Jahr 2030 spannen können, den wir natürlich dann mit Maßnahmen zu füllen haben. Das ist etwas sehr Lebendiges: Diese Klima- und Energiestrategie wird weder mit dem heutigen Tag noch mit dem Ministerratsbeschluss fertig sein, sondern wir haben sie als große Priorität auserkoren und werden uns diesem Kampf gegen den Klimawandel kontinuierlich widmen.

Wichtig war für uns immer, das Zieldreieck im Auge zu behalten: auf der einen Seite die Ökologie, auf der anderen Seite – und auch das ist natürlich sehr wichtig und entscheidend – die Versorgungssicherheit, und drittens – auch ein ganz zentrales Element – die Wettbewerbsfähigkeit.

Zwei Säulen waren bei uns in der Gesamtdiskussion und in der Vorbereitung entscheidend: Das eine ist das Thema Energieeffizienz, denn die beste Energie ist nach wie vor jene, die wir nicht brauchen und die wir sparen, und das Zweite ist wirklich dieser maßgebliche Umbau unseres Energiesystems hin zu erneuerbaren Energien.

Die wesentlichen Inhalte, die wir jetzt vorgelegt haben, befassen sich zentral mit dem Thema Stromsektor. Da haben wir in Österreich eine wirklich sehr gute Ausgangssituation. Wir produzieren jetzt schon rund 72 Prozent unseres Stroms aus Erneuerbaren. Wir haben im Regierungsprogramm auch das klare Ziel verankert, bis zum Jahr 2030 100 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren Energien zu produzieren und damit einhergehend auch den erneuerbaren Anteil bei unserem Primärenergiebedarf auf 45 bis 50 Prozent anzuheben. Das ist ein extrem ambitioniertes Ziel, dessen Erreichung uns nicht von heute auf morgen gelingen wird, und es braucht dafür auch ein Zusammenspiel aller Kräfte.

Wir müssen unser Energiesystem nachhaltig umbauen. Das wird uns vor allem dadurch gelingen, dass wir Effizienzpotenziale heben, dass wir beispielsweise auch bestehende Wasserkraft- und Windkraftanlagen immer auf dem neuesten Stand der Technik halten beziehungsweise auf den neuesten Stand der Technik bringen, aber auch dadurch, dass wir vor allem auch stark auf das Thema Dezentralisierung setzen.

Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus Elisabeth Köstinger

Unsere Zielvision ist es, dass jedes einzelne Haus wirklich auch ein Kraftwerk sein kann. Wir schlagen beispielsweise auch die Streichung der Eigenstromsteuer vor, damit das attraktiviert wird. Wir schlagen ein 100 000-Dächerprogramm, Photovoltaik und Kleinspeicher, vor, bei dem es darum geht, einfach auch jedem Einzelnen die Möglichkeit zu geben, unabhängiger zu sein und stärker in Richtung Freiheit gehen zu können.

Ein weiteres wichtiges Thema, dem wir uns widmen, wird das Thema Speicher sein. Wir haben ja in der zweiten Hälfte dieses Jahres die EU-Ratspräsidentschaft vor uns, während derer wir den informellen Energieministerrat in Linz abhalten und speziell im Energiesektor einen klaren Fokus auf das Thema Speicher legen werden.

Das zweite Schwerpunktthema wird auf jeden Fall das Thema Sektorkopplung sein. Das war, glaube ich, eines der ganz zentralen Elemente, das wir versuchen, mit der Klima- und Energiestrategie zu erreichen, dass wirklich alle Sektoren zusammenarbeiten und wir da vor allem eben auch stärker auf das Thema Effizienz setzen.

Einer der ganz großen Meilensteine wird mit Sicherheit das Energiegesetz Neu sein, das wir bis 2020 vorliegen haben werden und das mit 2020 dann auch in Kraft treten soll. Da geht es uns jetzt darum, die Zeit zu nutzen, um Evaluierungen vorzunehmen, egal ob das klimaschädliche Förderungen oder sonstige Steuerungselemente betrifft. Wir müssen auch immer die Sicherung von Bestandsanlagen mitbedenken.

Zwei Sektoren sind für uns bei der Erreichung der Ziele der Klima- und Energiestrategie wesentlich, die außerhalb des bekannten EU-ETS-Systems liegen und die eigentlich auch in Österreich die maßgeblichen Hauptemittenten sind: einerseits das Thema Mobilität – darauf wird Herr Verkehrsminister Hofer dann noch eingehen – und andererseits das Thema Gebäude. Ich darf mich bei Bundesminister Hofer sehr herzlich für die sehr konstruktive Zusammenarbeit bedanken; ohne dass vor allem auch der Verkehrs- und Mobilitätsbereich maßgeblich zur Zielerreichung beiträgt und sich auch den Zielen verpflichtet fühlt, wird diese #mission 2030 nicht gelingen.

Im Bereich Gebäude fokussieren wir darauf, dass wir die Sanierungsrate auf rund 2 Prozent erhöhen. Auch das wird uns nur gelingen, wenn wir gemeinsam mit den Bundesländern, die natürlich maßgeblich für die Gebäude zuständig sind, ambitioniert vorgehen und indem wir vor allem auch unsere Förderlandschaft, wie wir sie derzeit in Österreich haben, umfassend überarbeiten.

Ein weiteres zentrales Element im Gebäudebereich ist der Ausstieg aus Ölheizungen. Wir haben derzeit in Österreich rund 700 000 Ölheizungen in Eigenheimen stehen. Mit 2020 sollen Ölheizungen in Neubauten verboten werden, und ab 2025 soll sozial verträglich mit einem Austausch in Verbindung mit einem Erneuerbaren-Gebot begonnen werden.

Ein weiteres wichtiges Thema ist unserer Meinung nach die Mobilisierung von privatem Kapital, Stichwort Green Finance. In sehr vielen Ländern der Europäischen Union funktioniert es schon hervorragend, privates Investment einfach auch mit grüner Innovation zu verbinden. Auch da sind wir sehr zuversichtlich, dass wir einen breiten Schulterschluss zusammenbringen werden.

Wir haben einen breiten Diskussionsprozess gestartet: Rund acht Round-Table-Gespräche gab es, 120 Stakeholder aus Politik, Wissenschaft und NGOs haben mitgemacht. Auch bei einer Onlinebefragung gab es über 500 Beiträge. Ich darf schon auch mit Stolz sagen, dass die heutige parlamentarische Enquete einer der Höhepunkte dieses Beteiligungsprozesses ist, weil uns speziell auch die Expertise hier im Parlament sehr, sehr wichtig ist.

Einen kurzen Punkt noch zur internationalen Ebene: Wir haben letzte Woche den R20-Gipfel gemeinsam mit Arnold Schwarzenegger sehr intensiv dafür genutzt, das Thema

Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus Elisabeth Köstinger

Klimaschutz auch auf europäischer und internationaler Ebene stärker zu verankern. Wir haben uns auch, was schon in der Klima- und Energiestrategie verankert ist, sehr stark für einen CO₂-Mindestpreis auf europäischer Ebene ausgesprochen, weil ich überzeugt davon bin, dass das ein wirklich adäquates Steuerungselement hin zu einem stärkeren Ausbau von erneuerbaren Energien sein kann. Wir konnten da bereits eine breite Allianz mit anderen europäischen Staaten schaffen. Brune Poirson, meine französische Kollegin, war auch zu Gast hier in Österreich, und wir konnten sehr viele konstruktive Gespräche führen.

Ich darf mich noch einmal sehr herzlich bei Herrn Präsidenten Sobotka für das Ermöglichen dieser Enquete und auch bei allen Abgeordneten des Nationalrates, den Bundesräten und den Experten bedanken. Wir werden heute sehr aufmerksam lauschen und natürlich gerne noch sinnvolle Beiträge in die Klima- und Energiestrategie einfließen lassen. – Vielen herzlichen Dank. *(Beifall.)*

11.19

Vorsitzender Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Danke schön.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Norbert Hofer. – Bitte.

11.20

Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Ing. Norbert Hofer: Herr Präsident! Frau Bundesministerin! Meine Damen und Herren! Für mich ist das eine Premiere: Ich bin noch nie an diesem Rednerpult gestanden, das ist für mich etwas vollkommen Neues.

Das ist eine Enquete, die für uns von sehr, sehr großer Bedeutung ist, weil wir uns zu den Zielen der UN-Klimakonferenz in Paris bekennen. Es wird schwer genug werden, diese Vorhaben umzusetzen, diese Ziele auch in Österreich zu erreichen, und es ist ein gemeinsamer Kraftakt notwendig, damit wir dorthin gelangen, wo wir hinwollen.

Ich sehe heute nicht nur viele Mandatare hier, sondern auch andere altbekannte Gesichter. Wolfgang Löser, die Bezeichnung alt verzeihst du mir bitte, aber dein Gesicht ist ein bekanntes. Es sind viele Persönlichkeiten hier, die sich seit vielen, vielen Jahren für eine echte Energiewende in Österreich einsetzen und zu einer Zeit damit begonnen haben, als man dafür noch belächelt worden ist. Als Wolfgang Löser begonnen hat, den ersten energieautarken Bauernhof in Österreich aufzubauen, wurde er belächelt, und jetzt ist es so, dass viele zu ihm pilgern, um zu schauen, wie das funktioniert, wie man wirklich autark werden kann, wie man sich frei und unabhängig machen kann. Da bist du ein ganz großes Vorbild für viele Menschen, die Österreich auf einen guten Weg führen wollen.

Ich kann mich gut daran erinnern, dass ich vor einigen Jahren an einem Elektroautorennen teilnehmen durfte. Es ging damals darum, wer am wenigsten Energie auf einem gewissen Streckenabschnitt verbraucht – du warst auch mit dabei –, und man war noch mit dem elektrischen Peugeot 205 unterwegs; das ist ein Fahrzeug, mit dem man heute vielleicht nicht mehr voller Begeisterung unterwegs wäre. Man sieht aber, was sich in diesen Jahren getan hat, welche Fahrzeuge jetzt auf den Markt kommen, welche Chancen wir haben, auch umweltfreundliche Mobilität für uns zu nutzen.

Ich kann Ihnen heute nicht sagen, welche Technik sich durchsetzen wird, ob nicht vielleicht auch Wasserstoff, die Brennstoffzelle, eine Bedeutung haben wird, aber eines kann ich sagen: Das Elektroauto wird in Zukunft auch in Österreich eine ganz, ganz wichtige Rolle einnehmen.

In Österreich sind heute bei den Neuanmeldungen etwa 1,5 Prozent Elektroautos. Wir sind viel besser als Deutschland, doppelt so gut sozusagen, aber natürlich noch nicht

Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Ing. Norbert Hofer

dort, wo wir hinwollen. Ich glaube nicht, dass sich das Elektroauto deshalb durchsetzen wird, weil es so viele umweltbewegte Menschen in Österreich gibt; es gibt viele umweltbewegte Menschen, aber durchsetzen wird sich dieses Fahrzeug, weil es mehr Komfort bietet, weil man kaum Wartungskosten hat, weil man beim Fahren bei jeder Drehzahl das volle Drehmoment nutzen kann. Wenn Sie einmal mit einem Elektroauto gefahren sind und sich dann wieder in ein Dieselauto oder in einen Benziner setzen, dann ist das vom Gefühl her ungefähr so, als würden Sie sich in einen Oldtimer setzen, in ein Ford-T-Modell. Es ist eine völlig andere Technik, die wir da nutzen können.

Meine Damen und Herren, wenn wir diesen Weg gemeinsam beschreiten wollen, dann kann Österreich keine Insel sein, sondern wir müssen auch unsere Verantwortung auf europäischer Ebene wahrnehmen. Wir müssen unseren Beitrag dazu leisten, dass wir auch auf Ebene der Europäischen Union konkrete Rechtsakte verabschieden, damit wir unsere Klimaschutzziele erreichen können.

Der Verkehr spielt dabei eine ganz besonders große Rolle. 29 Prozent der gesamten THG-Emissionen kommen aus dem Bereich Verkehr, außerhalb des Emissionshandels liegt der Anteil bei 46 Prozent. Daher bin ich mir bewusst, dass ich in meinem Bereich eine besondere Verantwortung trage, damit wir die Ziele erreichen. Ich kann Ihnen sagen, Ministerin Köstinger und ich arbeiten sehr, sehr eng zusammen, wir überlegen uns immer wieder, was wir noch tun könnten, welche Ideen wir noch hätten, was wir noch umsetzen könnten, damit wir diese Ziele erreichen.

Einige dieser Ideen kosten Geld, weswegen wir auch immer wieder mit dem Finanzminister in Kontakt sind, der aber auch ein offenes Ohr für unsere Anliegen hat und dem auch bewusst ist, dass uns letztendlich die Dinge, die wir heute umsetzen, die etwas kosten, auf lange Sicht Geld ersparen, denn am teuersten wird es für uns, wenn wir nichts tun; das wird der Wirtschaft schaden, das wird dem Tourismus schaden, das wird unseren Kindern schaden. Das heißt, wir müssen etwas tun!

Das Regierungsprogramm bekennt sich zu einer umwelt- und innovationsfreundlichen Mobilitätswende, zur Senkung der Abgasemissionen mit dem Ziel einer Dekarbonisierung Österreichs. Das ist ein großes Ziel, und ich weiß, dass es auch Kritik an dem Klimaschutzkonzept, an der Klimaschutzstrategie der Regierung gegeben hat. Seien Sie aber bitte auch so fair zu sehen, dass diese Strategie in den ersten 100 Tagen erstellt worden ist, also in einer Zeit, die man einem neuen Minister, einer neuen Ministerin normalerweise gibt, um sich einzuarbeiten! Das ist von der Frau Bundesminister nicht in Anspruch genommen worden, sondern sie hat in dieser Zeit diese Strategie erstellt.

Es ist eine Strategie, die jetzt auch mit Leben erfüllt werden muss. Die konkreten Maßnahmen müssen jetzt gesetzt werden, hier im Parlament müssen die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden, um den Grundstein für weiterführende Maßnahmen zu legen.

Was ist für diesen Weg in meinem Ministerium wesentlich? – Elektrifizierung – ich habe es vorhin gesagt, das Elektroauto wird sich durchsetzen –, Digitalisierung und Automatisierung. Bei meinen Kindern gibt es eine völlig andere Art des Denkens, als das bei mir der Fall war, als ich 18 war – ich sehe hier auch einige, von denen ich glaube, dass sie ungefähr in meinem Alter sind, wie ich an der Haarfarbe erkennen kann –, denn als ich 18 war, war mein größter Wunsch: Ich möchte ein Auto, ich möchte den Führerschein. Ich glaube, das ist vielen so gegangen. Es ging darum, sich ein Stück Freiheit zu erkämpfen, unterwegs zu sein. Das ist bei der heutigen jungen Generation, bei meinen Kindern – mein ältester Sohn ist jetzt 25 – nicht der Fall, dahin gehend gibt es kein Interesse, das Auto ist nicht mehr so wichtig.

Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Ing. Norbert Hofer

Wenn wir den nächsten Schritt in Richtung Automatisierung, autonomes Fahren gehen, dann muss ich mir die Frage stellen: Brauche ich ein eigenes Fahrzeug? Ich kann mir ja über eine App – das wird über eine App laufen – ein Fahrzeug bestellen und kann so meinen Weg von A nach B zurücklegen. Das heißt nicht, dass uns Individualverkehr keine Freude mehr machen soll – das wird auch weiterhin der Fall sein, wir wollen uns ja frei bewegen –, den Weg in die Arbeit, den Weg zu beruflichen Terminen werden wir aber automatisiert zurücklegen, vielleicht gar nicht mit dem eigenen Fahrzeug, und das wird emissionsfrei, dekarbonisiert erfolgen.

Das ist die große Veränderung, die wir in den nächsten Jahren erleben werden. Die Welt verändert sich sehr rasch, die Art und Weise, wie wir uns bewegen, ändert sich sehr, sehr rasch. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich spüre bei jungen Menschen einen unglaublichen Optimismus. Das war – und das möchte ich auch sagen –, als ich jung war, nicht immer der Fall. Da war ein bisschen die Rede von der verlorenen Generation und man war nicht sehr motiviert. Heute gibt es einen unglaublichen Optimismus. Das hat mit uns Politikern überhaupt nichts zu tun, es hat nichts damit zu tun, ob wir gut oder schlecht arbeiten. Es gibt diesen Willen, einen Beitrag zu leisten, um Österreich positiv zu verändern. Daher bin ich sehr optimistisch, dass es uns gelingen wird, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten diesen Weg der Dekarbonisierung in Österreich umzusetzen.

Ich möchte mich auch bei allen Stakeholdern bedanken, vor allem bei den Expertinnen und Experten, die an dieser Klimaschutzstrategie mitgearbeitet haben. Es haben Hunderte Experten daran mitgearbeitet, viele, viele Arbeitsstunden wurden investiert, und dieser permanente Dialog soll auch weitergeführt werden.

Ich glaube, es gibt gewisse Bereiche in der Politik, in denen die Parteipolitik eigentlich nicht die große Rolle spielt, denn die Gesetze der Physik scheren sich nicht darum, ob man rot, grün, blau, schwarz, türkis oder sonst etwas ist. Diese Gesetze gelten, und das, was wir umsetzen, wird sich in konkreten Ergebnissen niederschlagen.

Ich möchte mich sehr, sehr herzlich bei allen, die mithelfen, die mitwirken, die mitarbeiten, damit wir dieses Ziel der Dekarbonisierung in Österreich umsetzen können, bedanken, ich möchte mich bei den Expertinnen und Experten, bei den Politikerinnen und Politikern bedanken. Ich sage es noch einmal: Ich bin mir vollkommen dessen bewusst, dass ich mit meinem Ministerium einen besonderen Beitrag leisten muss.

Erlauben Sie mir, noch eines zu sagen: Die Frage ist nicht, wie schnell wir uns mit einem Fahrzeug bewegen – klar, der Luftwiderstand steigt proportional zum Quadrat der Geschwindigkeit –, sondern mit welchen Primärenergieträgern wir das Fahrzeug betreiben.

Wir fahren auch mit der Bahn gerne schnell. Unser Ziel ist es, dass wir bei der Elektrifizierung sehr, sehr rasch, bis 2030, 85 Prozent erreichen; wir haben momentan 73, 74 Prozent. Die Bahn ist das wichtigste Klimaschutzunternehmen Österreichs.

Die Frage ist also: Mit welchem Primärenergieträger betreiben wir unsere Fahrzeuge? Da möchte ich einen Beitrag leisten, damit das Primärenergieträger sind, die erneuerbar sind und auf die wir in Österreich zugreifen können. Diese Frage ist nicht nur eine Frage des Umweltschutzes, es ist nicht nur eine Frage des Klimaschutzes, es ist auch eine Frage der Freiheit und der Unabhängigkeit Österreichs, wenn wir nicht von Scheichs und Oligarchen abhängig sein werden, sondern das nützen, was wir in Österreich haben. – Besten Dank. *(Beifall.)*

11.30

Vorsitzender Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Ich danke der Frau Ministerin und dem Herrn Minister für die Einleitungsstatements.

Vorsitzender Präsident Mag. Wolfgang Sobotka**Keynote**

Vorsitzender Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Wir kommen nun zur Keynote.

Ich freue mich, dass wir heute einen ausgewiesenen Experten zu Gast haben, Herrn Dr. Gunnar Luderer vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Ich freue mich, dass ich ihm heute das Wort erteilen darf. Seine Redezeit beträgt 20 Minuten. – Bitte.

11.31

Dr. Gunnar Luderer (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung): Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich sehr herzlich für die Einladung zu dieser Enquete bedanken. Es ist mir eine große Ehre, hier in diesem Hohen Haus zu diesen wichtigen Themen Energie und Klimaschutz zu sprechen. Ich freue mich auch über die Gelegenheit, hier und heute die Perspektive der Wissenschaft in diesen wichtigen Prozess einzubringen.

Der Klimawandel ist zweifellos eine der größten Herausforderungen, langfristig vielleicht sogar die größte Herausforderung für die Menschheit im 21. Jahrhundert, und er schreitet noch immer ungebremst voran. Die zehn global wärmsten Jahre seit Beginn der in das 19. Jahrhundert zurückreichenden Wetteraufzeichnungen ereigneten sich seit 1998. Die bislang heißesten Jahre waren 2014, 2015, 2016 und 2017.

In der Wissenschaft besteht kein Zweifel mehr, dass der Mensch der Hauptverursacher des Klimawandels ist. Wenn die globalen Treibhausgasemissionen weiter steigen, erwarten wir eine im Mittel um 4 Grad wärmere Welt allein bis zum Ende des Jahrhunderts. 4 Grad würden nicht nur die polaren Eisschilde zum Schmelzen bringen sondern auch die Gletscher der Alpen. Für Mitteleuropa erwarten wir außerdem eine deutliche Zunahme von Extremereignissen wie etwa Hitzewellen und Überschwemmungen, die auch mit massiven wirtschaftlichen Schäden einhergehen werden.

Die notwendige große Transformation hin zu einer klimaverträglichen Weltwirtschaft kann nur dann gelingen, wenn zivilgesellschaftliches Engagement und unternehmerisches Handeln mit dem politischen Prozess Hand in Hand gehen. Hierfür war 2015 ein ganz wichtiger Meilenstein. Um der Bedrohung des Klimawandels Herr zu werden, hat sich die Weltgemeinschaft im Abkommen von Paris auf das Ziel verständigt, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad, besser noch auf 1,5 Grad zu begrenzen.

Zur Erreichung dieses Ziels wurden im Abkommen von Paris die einzelnen Vertragsstaaten dazu aufgefordert, nationale Klimaschutzpläne aufzustellen und dabei ihre Emissionsminderungsziele bis 2030 zu benennen. Das Hauptproblem dabei ist, dass diese nationalen Klimaschutzziele in der globalen Summe deutlich zu schwach sind, um die 2-Grad-Grenze zu halten. Die Lücke zwischen den versprochenen Emissionsreduktionen für 2030 und dem Niveau, das wir für das 2-Grad-Ziel bräuchten, beträgt mindestens 10 Milliarden Tonnen CO₂, das entspricht ungefähr 20 Prozent der aktuellen globalen Emissionen. Ohne eine substanzielle Stärkung der nationalen Klimaanstrengungen wird die 2-Grad-Marke deutlich überschritten werden.

Letztlich kann das 2-Grad-Ziel auch nur mit einem radikalen Umsteuern bei den Treibhausgasemissionen gehalten werden. Aus der Klimaphysik wissen wir, dass die globale Erwärmung in erster Näherung proportional zur Gesamtmenge der über die Zeit emittierten CO₂-Emissionen ist. Mit anderen Worten: Es gibt nur einen beschränkten Deponieraum für vom Menschen verursachtes CO₂. Das heißt wiederum, dass wir langfristig die global vom Menschen verursachten CO₂-Emissionen auf null senken müssen, weil es sonst nicht gelingen wird, die globale Erwärmung zu stoppen.

Was folgt aus all dem für die österreichische Klima- und Energiestrategie? Zunächst ist es angesichts dieser Sachlage richtig und wichtig, das Langfristziel zu formulieren, bis 2050 eine nahezu vollständige Dekarbonisierung zu erreichen. Das ist genau der Kernpunkt dieser #mission 2030.

Dr. Gunnar Luderer

Die Strategie enthält viele für sich genommen sehr begrüßenswerte Elemente und Ansätze, um aus der Herausforderung des Klimaschutzes auch eine Chance für Österreich zu machen. Ich sollte aber auch betonen, dass an vielen Stellen größere Anstrengungen und weitere Konkretisierungen notwendig sind, um diesem Anspruch der langfristigen Dekarbonisierung gerecht zu werden.

Lassen Sie mich durch die aus meiner Sicht wichtigsten Handlungsfelder gehen, um zu konkretisieren, was dieses Leitbild der vollständigen Dekarbonisierung, also der kompletten Abkehr von den fossilen Energieträgern, für die Klima- und Energiestrategie bis 2030 bedeuten muss!

Der erste Punkt sind die Minderungsziele für 2030: Nach dem europäischen Lastenverteilungsschlüssel soll Österreich seine Emissionen bis 2030 gegenüber 2005 um 36 Prozent reduzieren, während für die gesamte EU ein Minderungsziel von 40 Prozent gegenüber 1990 gilt. Vor dem Hintergrund der 2-Grad-Grenze und dem Langfristziel der nahezu vollständigen Dekarbonisierung erscheinen sowohl das EU-weite Ziel als auch die nationalen Ziele für Österreich und andere Länder zu schwach. Derzeit betragen die Pro-Kopf-Emissionen hier in Österreich ungefähr 9 Tonnen CO₂ pro Kopf. Das ist 1 Tonne weniger als in Deutschland, aber immer noch deutlich mehr als der EU-Durchschnitt und erst recht deutlich mehr als der globale Durchschnitt. Gleichzeitig bedeutet eine Minderung von 36 Prozent in den 25 Jahren zwischen 2005 und 2030, dass die Minderungsgeschwindigkeit in den 20 Jahren nach 2030 massiv beschleunigt werden muss, um dem Ziel der vollständigen Dekarbonisierung bis 2050 gerecht zu werden.

Österreich sollte daher eine deutliche Stärkung dieser 2030-Ziele erwägen, um kostspielige Ad-hoc-Nachbesserungen in der Zeit nach 2030 zu vermeiden. Das gilt für andere Länder, für Deutschland und für die restliche EU, gleichermaßen. Nutzen Sie die bevorstehende EU-Ratspräsidentschaft dazu, um die Ambitionen der EU-weiten Klimapolitik zu stärken!

Mein zweiter Punkt ist der Stromsektor: Der Stromsektor ist der Dreh- und Angelpunkt der Energiewende hin zur Treibhausgasneutralität. Das ist in Österreich genau so wie in vielen anderen Ländern. Die gute Nachricht ist einerseits, dass Österreich dank seiner langen Tradition in der Wasserkraftnutzung mit einem Anteil erneuerbarer Energie von über 70 Prozent EU-weit führend ist. Neidvoll blicken wir aus Deutschland und aus vielen anderen Ländern auf diese wirklich hervorragende Ausgangslage.

Andererseits zeigen der auf globaler Skala rasante Ausbau und die dramatischen Kostensenkungen bei Wind- und Solarstrom das gewaltige Potenzial dieser sogenannten neuen erneuerbaren Energien. Um das in der Klima- und Energiestrategie richtigerweise verankerte Ziel zu erreichen, bis zum Jahr 2030 die Stromnachfrage vollständig erneuerbar zu bedienen, müssen Wind- und Solarenergie deutlich schneller ausgebaut werden als bisher. Dabei ist es wichtig zu berücksichtigen, dass die Gesamtstromnachfrage trotz aller Effizienzanstrengungen langfristig steigen wird, weil in Zukunft mehr und mehr Strom zur Elektrifizierung von Mobilität, Gebäudeheizung und Industrieprozessen benötigt wird.

Ist das Ganze mit Wind- und Solarstrom ein Selbstläufer? – Auf keinen Fall, der entscheidende Haken bei diesen Ressourcen ist deren Variabilität. Der Strom wird eben dann erzeugt, wenn die Sonne scheint und wenn der Wind weht, und nicht notwendigerweise genau dann, wenn der Energieverbrauch besonders groß ist. Österreich hält aber auch ganz entscheidende Schlüssel in der Hand, um dieser Integrationsherausforderung beizukommen. Die bestehenden Laufwasserkraftwerke können gesicherte Stromerzeugung als Ergänzung zu Wind- und Solarenergie bereitstellen. Zusätzlich können Pumpspeicherkraftwerke einen wertvollen Beitrag zum Ausgleich der Schwankungen bei Wind- und Sonnenstrom leisten. Mit einem zunehmenden Ausbau der Er-

Dr. Gunnar Luderer

neuerbaren wird die Bedeutung und Wirtschaftlichkeit dieser Pumpspeicherkraftwerke mittelfristig massiv zunehmen.

Die jüngsten Entwicklungen in Deutschland haben gezeigt, dass der Ausbau von Wind- und Solarenergie extrem kostengünstig realisiert werden kann. Seitdem vorletztes Jahr die Vergütungssätze für Ökostrom in einem wettbewerblichen Ausschreibungsverfahren bestimmt werden, sind diese extrem stark gesunken. Sowohl Wind- als auch Sonnenenergie wurden zuletzt für deutlich unter 5 Cent pro Kilowattstunde angeboten. Bis vor Kurzem hätte niemand in Deutschland davon zu träumen gewagt, dass wir in unserem wolkenverhangenen Land derartig günstig Solarstrom erzeugen können. – Und wenn das in Deutschland klappt, bin ich sehr zuversichtlich, dass das in Österreich auch möglich ist.

Der dritte Punkt betrifft Energienachfrage und Energieeffizienz. Dies ist nämlich mindestens genauso wichtig wie die CO₂-freie Stromerzeugung, auf die sich der öffentliche Diskurs ganz oft konzentriert. Global gesehen kommen mehr als 60 Prozent – in Österreich sind es sogar mehr als 80 Prozent – der Energieemissionen aus der nicht elektrischen Nutzung von fossilen Energieträgern, also zum Beispiel im Verkehr, für die Beheizung von Gebäuden oder in der Industrie.

Die eigentliche Mammutaufgabe auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität besteht also darin, genau diese nichtelektrischen Emissionen zu mindern. Das Hauptsorgenkind ist dabei der Verkehrssektor, bei dem die Emissionsminderungen bisher so gut wie keine Fortschritte gemacht haben. Die Verkehrswende kann nur durch eine Kombination von verändertem Nutzerverhalten, erhöhter Kraftstoffeffizienz und konsequenter Förderung von Elektromobilität gelingen.

Um dem Langfristziel der Dekarbonisierung näherzukommen, muss man auch den Fracht- und Flugverkehr mit einbeziehen. Es ist richtig, wie in der Klima- und Energiestrategie vorgesehen, das Potenzial der Verlagerung von Frachtverkehr auf die Schiene konsequent auszuschöpfen. Für den schwer vermeidbaren verbleibenden Lkw-Verkehr müssen wir aber auch über völlig neue Konzepte nachdenken. Beispielsweise könnte durch den Einsatz von Oberleitungen auf wichtigen Frachtkorridoren auch der Schwerlastverkehr mittelfristig elektrifiziert werden. In jedem Fall erwarten wir von einer solchen konsequenten Verkehrswende nicht nur eine Entlastung in Bezug auf die CO₂-Emissionen, sondern auch eine deutliche Reduktion von Luftverschmutzung und Lärmbelastung.

Eine weitere große CO₂-Quelle ist der Wärmesektor. Da können große Einsparungen realisiert werden, indem für Neubauten hohe Effizienzstandards gesetzt werden und der Gebäudebestand systematisch energetisch saniert wird. Der verbleibende Wärmebedarf kann dann effektiv und klimafreundlich durch Wärmepumpen oder durch nachhaltig angebaute Bioenergie gedeckt werden. Die Krux ist hierbei aber die extreme Trägheit bei Bestandsgebäuden, die üblicherweise nur einmal in 30 bis 50 Jahren saniert werden. Deshalb gilt es schon jetzt, bei Neubau und Renovierung die Klimaschutzanforderungen des Jahres 2050 mitzudenken.

Insgesamt scheint das in der Klima- und Energiestrategie formulierte Effizienzziel noch nicht ambitioniert genug zu sein – nicht nur bei den Gebäuden; in fast allen Bereichen kann die gleiche Funktionalität mit einem Bruchteil der eingesetzten Energie erreicht werden. Gleichzeitig zeichnet sich Energieeffizienz typischerweise durch einen besonders großen gesellschaftlichen Zusatznutzen in Kombination mit den geringsten ökologischen und sozialen Nebenwirkungen aus. Empirische Studien zeigen, dass Effizienzverbesserungen durch eine Kombination von Preisinstrumenten, regulatorischen Maßnahmen wie Effizienzstandards sowie gezielter finanzieller Förderung von Einsparmaßnahmen deutlich beschleunigt werden können.

Dr. Gunnar Luderer

Das bringt mich zu meinem vierten Punkt, den Politikinstrumenten. Hier hat die CO₂-Bepreisung eine herausragende Bedeutung, um Anreize zur Abkehr von fossilen Energien zu schaffen. Das EU-Emissionshandelssystem soll genau das leisten. Bisher hat es jedoch genau daran gekrankt, dass durch eine Überversorgung an Emissionszertifikaten der CO₂-Preis viel zu gering war, um eine ausreichende Lenkungswirkung zu entfalten. In diesem Zusammenhang ist es absolut begrüßenswert, dass Sie, Frau Ministerin Köstinger, sich zusammen mit dem französischen Präsidenten Macron und mit der französischen Regierung für die Einführung eines Mindestpreises im europäischen Emissionshandelssystem einsetzen. Die vom Klimawandel verursachten wirtschaftlichen Schäden und die Kosten des Nichthandelns sind absolut immens. Dementsprechend sollte der CO₂-Preis anfänglich mindestens 30 Euro pro Tonne CO₂ betragen und jedes Jahr sukzessive ansteigen. Das ist dann nicht nur klimapolitisch zielführend, weil es zu stärkeren Emissionsreduktionen führen wird, es ist auch ökonomisch sinnvoll, weil es die sozialen Kosten der Emissionen den Verursachern in Rechnung stellt und Planungssicherheit für klimafreundliche Investitionen schafft.

Der EU-Emissionshandel deckt derzeit jedoch nur die Stromerzeugung, die energieintensive Industrie und Teile des Flugverkehrs ab. Wie ich vorhin ausgeführt habe, kommt aber ein großer Teil der Emissionen – gerade in Österreich – aus der nicht elektrischen Energienutzung, zum Beispiel im Verkehrs- und Gebäudesektor. Auch hier müssen die Energiepreise die ökologische Wahrheit widerspiegeln. Deshalb ist es sinnvoll – so wie zum Beispiel in Schweden vor Jahrzehnten sehr erfolgreich –, für diese Sektoren eine Energiesteuerreform durchzuführen, die den tatsächlichen CO₂-Gehalt verschiedener Energieträger zum Ausgangspunkt nimmt. Solche CO₂-basierten Energiesteuern können bisher fehlende Lenkungswirkungen erzeugen und damit einen wichtigen Beitrag leisten, um fossile Energienutzung in diesen Sektoren zu beenden.

Lassen Sie mich zum fünften Punkt kommen: Bioökonomie. In der CO₂-limitierten Welt hat die Biomasse einen unschätzbaren Wert. Sie ist der einzige Energieträger, der fossile Energie auch im nicht elektrischen Bereich – zum Beispiel im Flugverkehr – ersetzen kann. Darüber hinaus kann sie als Ersatz für Erdöl und Erdgas in der Grundstoffindustrie verwendet werden, zum Beispiel zur Produktion von Kunststoffen.

Gleichzeitig müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass das Potenzial für nachhaltige Bioenergie beschränkt ist – auch in einem Flächenland wie Österreich. Vor diesem Hintergrund ist es extrem wichtig, eine integrierte Strategie zur Bioökonomie vorzulegen, um sicherzustellen, dass Biomasse nachhaltig angebaut und die Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion minimiert wird. Wichtig ist dabei, dass die knappe Biomasse dort eingesetzt wird, wo sie für den Klimaschutz den größten Nutzen stiftet.

Der sechste Punkt ist die Zieldetaillierung und das Monitoring. Aus der politikwissenschaftlichen Forschung zur Umsetzung von Transformationsprozessen wissen wir, dass Ziele in der Regel nur dann erfolgreich erreicht werden, wenn dafür auch konkrete Instrumente, Zeitpläne, Meilensteine und Akteure verankert werden. Ein Beispiel, bei dem genau das nicht geklappt hat, sind die deutschen Klimaziele für 2020. Deutschland wird seine Reduktionsziele genau deshalb verfehlen, weil diese eben nicht mit einer derartigen Detailplanung hinterlegt waren. Um die Wiederholung eines solchen Scheiterns, das in Deutschland durchaus als Blamage gesehen wird, zu vermeiden, wurde im letzten Jahr ein neuer Klimaschutzplan erarbeitet, in dem die 2030-Ziele in den Kontext der langfristigen Dekarbonisierung gestellt werden und detaillierte Instrumente zur Erreichung dieser 2030-Ziele genannt und quantifiziert werden. Das ist ganz wichtig.

Neben so einer detaillierten Instrumentierung ist es auch von großer Bedeutung, dass der Fortschritt bei der Erreichung der Ziele fortlaufend durch ein sogenanntes Monitoring überprüft wird. Nur so kann frühzeitig erkannt – und damit auch politisch thema-

Dr. Gunnar Luderer

tisiert – werden, wenn der Klimaschutz nicht ausreichend schnell vorankommt. Es ist begrüßenswert, dass ein solches Monitoring auch in der Klima- und Energiestrategie angelegt ist. Um die Glaubwürdigkeit dieses Prozesses und der Dekarbonisierungsstrategie als Ganzes sicherzustellen, ist es allerdings auch extrem wichtig, dass so ein Monitoring von einer politisch unabhängigen Expertengruppe auf regelmäßiger Basis durchgeführt wird.

Abschließend möchte ich betonen – und das ist mein siebenter und letzter Punkt –, dass Klimaschutz nicht nur eine sehr große gesellschaftliche Herausforderung, sondern vor allem auch eine riesige Chance ist. Das gilt in besonderem Maße für Österreich. Der Klimaschutz ist eine sehr große Chance für die österreichische Stromwirtschaft. Durch die hervorragenden Potenziale der Erneuerbaren in Österreich und die zentrale geografische Lage als Drehscheibe im europäischen Strommarkt wird Österreich von einem künftigen erneuerbar dominierten Stromsystem massiv profitieren.

Der Klimaschutz ist aber auch eine Chance für andere gesellschaftliche Ziele. Die Abkehr von fossilen Energieträgern bringt nicht nur Vorteile für das Klima, sie beseitigt auch die europäische Importabhängigkeit bei Kohle, Öl und Gas. Zudem führt sie zu einer spürbaren Verbesserung bei anderen Umwelthandlungsfeldern, zum Beispiel bei der Luftreinhaltung oder bei der Minderung von Verkehrslärm.

Klimaschutz ist auch eine riesige Chance für Innovation und Wachstum. Die Dekarbonisierung kann nur durch einen gewaltigen Innovations- und Investitionsschub erreicht werden. Das ist sehr gut für die wirtschaftliche Dynamik, was nicht zuletzt eine kürzlich erschienene Szenarienstudie des Bundesverbands der Deutschen Industrie gezeigt hat, der der grünen Propaganda ganz und gar unverdächtig ist. Darin wurde eben gezeigt, dass die tiefgreifende Dekarbonisierung bis 2050 das Wirtschaftswachstum nicht bremsen, sondern sogar steigern wird.

Eine konsequente CO₂-Bepreisung – und das ist eine weitere große Chance – kann auch die soziale Gerechtigkeit weiterbringen. Sowohl über einen gestärkten Emissionshandel als auch über entsprechende Energiesteuern können neue staatliche Einnahmen entstehen, die einerseits dafür genutzt werden können, klimafreundliche Innovation zu fördern, andererseits – und das ist vielleicht noch viel wichtiger – auch benutzt werden können, um die Energiewende sozial verträglich auszugestalten, zum Beispiel durch eine Senkung der Lohnnebenkosten.

Mein allerletzter Punkt: Der Klimaschutz ist vor allem eine große Chance und Verpflichtung für die nachfolgenden Generationen. Für unsere Kinder und Enkel, aber auch für die Alpengletscher wird es einen ganz fundamentalen Unterschied machen, ob sie in der zweiten Jahrhunderthälfte in einer 2-Grad-Welt oder in einer Welt mit 4 Grad Erderwärmung leben.

Sie werden es Ihnen danken, werte Entscheidungsträger, wenn Sie Ihren Teil dazu beitragen, dass es eine 2-Grad-Welt wird. – Damit danke ich Ihnen sehr herzlich für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

11.50

Vorsitzender Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Danke für die Zeitdisziplin.

Panel 1: Das Ende des fossilen Zeitalters hat begonnen

Vorsitzender Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Wir kommen nun zu Panel 1.

Als ersten Redner darf ich Herrn Dkfm. Peter Püspök, den Präsidenten von Erneuerbare Energie Österreich, als Experten des ÖVP-Parlamentsklubs ans Rednerpult bitten. Die Redezeit beträgt 5 Minuten. – Bitte.

Dkfm. Peter Püspök

11.51

Dkfm. Peter Püspök (Dachverband Erneuerbare Energie Österreich): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Bundesministerin! Lieber Herr Bundesminister! Liebe Parlamentarier! Liebe Damen und Herren! Ich möchte mich zuerst bedanken: Ich möchte mich für die Einladung bedanken. Ich möchte mich auch dafür bedanken, dass das Thema Klimaschutz und Energiewende gleich bei der ersten Regierungsklausur im Jänner auf die Tagesordnung gekommen ist. Ich möchte mich auch dafür bedanken, dass der angekündigte Zeitplan von drei Monaten wirklich pünktlichst eingehalten wurde – das gibt uns Anlass zu Hoffnung. Ich möchte mich auch für die Ziele bedanken. Ich glaube, die Ziele sind wirklich in Ordnung, darauf kann man aufbauen.

Wir von Erneuerbare Energie Österreich haben eine Reihe von Anregungen, Verbesserungsvorschlägen. Wir haben eine sehr detaillierte Stellungnahme abgegeben. Wir hoffen vor allen Dingen auf weitere Konkretisierungen. Wir brauchen, das ist schon gesagt worden, Roadmaps mit Maßnahmen und Zwischenzielen. Wir brauchen eine Zuordnung von Verantwortlichkeiten und wir brauchen ein periodisches Monitoring in der sich schnell entwickelnden Energiewelt, in der 2030 sicher alles anders aussehen wird als heute.

Mir liegt aber besonders am Herzen, dass ich der Regierung und den Parlamentariern hier Mut zuspreche und sie motiviere. Ich darf Ihnen kurz sagen, was ich an Ihrer Stelle tun würde. Ich würde erstens einmal Klimawissenschaftlern zuhören, wie wir das heute gemacht haben, und würde die Konsequenzen aus diesen wirklich schon alarmierenden Nachrichten, die uns fast täglich zukommen, ziehen. Ich glaube, es geht darum, dass wir alle – unsere Generation – nicht auf der Anklagebank unserer Kinder und Enkelkinder sitzen. Wir werden in 20, 30 Jahren nicht sagen können: Wir haben es nicht gewusst. – Ich bin froh darüber, dass eine Enquete wie diese dazu beiträgt, dass dieses Wissen vielleicht noch einmal vertieft wird.

Ich würde an Ihrer Stelle die Chance nutzen, in die Geschichtsbücher einzugehen, indem wir die Energiewende, an der wir ohnehin nicht vorbeikommen, wirklich konsequent und bewusst vorantreiben. Diese Energiewende sollten wir nicht nur vorantreiben, um den Klimaschutz in Österreich zu stärken – wir haben hier ja Berichte vom Umweltbundesamt, von der Energieagentur, vom Wifo et cetera, die uns sagen, dass wir hier Aufholbedarf und Beschleunigungsbedarf haben; aber ich würde das nicht nur deswegen machen –, sondern auch deshalb, weil wir uns Milliarden von Euro jährlich an Zahlungen ersparen könnten, Zahlungen für Energieimporte an Länder, die nicht unsere Werte teilen, in denen wir großteils alle nicht leben wollen. Hier gehen Milliarden ins Ausland, die wir uns ersparen könnten.

Ich würde vor allen Dingen die Energiewende deswegen beschleunigen, weil es eine Frage der Verbesserung des Wirtschaftsstandorts Österreich ist. Sie alle als Entscheidungsträger tragen die Verantwortung für die Arbeitsplätze der Zukunft. Diese Arbeitsplätze, zukunftssichere Arbeitsplätze, müssen wir jetzt schon durch unsere Weichenstellungen schaffen. Es ist schon gesagt worden: Die jungen Menschen spüren das. Die jungen Menschen haben einen Zug zu den erneuerbaren Energien. Viele, viele bewerben sich. Wir können ihnen noch nicht genug Jobs bieten.

Es ist ansatzweise durchaus schon da, aber ich glaube, es muss noch intensiver erzählt werden: Diese Geschichte der sauberen Energiezukunft ist eine, die alle Menschen einbindet, die die Menschen mitgestalten können und auf die die Menschen stolz sein können. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie wir als Kinder, als Jugendliche – ich gehöre schon einer ein bisschen älteren Generation an –, als junge Erwachsene stolz waren, als wir in der „Wochenschau“ Kaprun gesehen haben, als wir in der „Wochenschau“ Ybbs-Persenbeug gesehen haben. Die Kraftwerke, die dort entstanden sind, waren eine tolle Leistung. Ich glaube, so etwas brauchen wir wieder.

Dkfm. Peter Püspök

Diese Energiewende, die wir vor uns haben, ist ja ein weltweiter Megatrend. Das ist ja nicht etwas, was wir in Österreich erfunden haben. Wenn wir uns da an die Spitze setzen wollen, haben wir, ausgehend von der guten Basis, die wir schon von unseren Vätern bekommen haben, tolle Möglichkeiten. Da kann sich unser kleines Land wirklich profilieren – auch in Europa. Diese Chance sollten wir nicht ungenützt vorbeigehen lassen.

Ich hätte an Ihrer Stelle auch keine Angst vor der, wie ich sie nenne, Allianz der BVB, der Blockierer, Verhinderer und Bedenkenträger, die meinen, das ginge alles nicht und das sei alles viel zu teuer. Ich war 37 Jahre Banker und habe 37 Jahre Wirtschaftlichkeit zu beurteilen gehabt. Ich kann, glaube ich, sehr gut die Wirtschaftlichkeit der Energiewende beurteilen. Ich kann Ihnen sagen: Das geht, und zwar ohne dass irgendwelche Betriebe ins Ausland abwandern müssen und ohne dass irgendwelche Betriebe zusperren müssen. Es gibt übrigens auch sehr gute Studien von der Technischen Universität Wien – „Stromzukunft 2030, Wärmezukunft 2050“ –, die das sagen und vorführen. Das sind also keine Träumereien. (*Vorsitzender Sobotka gibt das Glockenzeichen.*)

Weiters würde ich an Ihrer Stelle die Komplexität des Themas Energiewende nicht unterschätzen. Das *ist* ein schwieriges Thema. Das geht nicht mit: Schalter umlegen, und dann läuft das. – Das ist eine Thematik, die sehr viel Know-how erfordert. Es ist eine Umstellung der Systeme. Es geht um das Produktionssystem, um das Speicher- und das Netzsystem. Daher bitte: sehr viel Hirnschmalz und Weitsicht in diesem Bereich einsetzen.

Ich glaube, dass wir dazu nur ein bisschen Mut brauchen. Ich sage Ihnen: Haben Sie Mut, ziehen Sie das durch! Ich glaube, dass Sie dafür belohnt werden, denn eine „unmutige“ Politik erzeugt Unmut, daher bitte ich um Mut. – Danke schön. (*Beifall.*)

11.57

Vorsitzender Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Danke schön.

Als nächste Rednerin darf ich Frau Univ.-Prof. Dr. Sigrid Stagl, Institutsvorstand des Instituts für Ökologische Wirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien, als Expertin des SPÖ-Parlamentsklubs ans Rednerpult bitten. – Bitte.

11.58

Univ.-Prof. Dr. Sigrid Stagl (Institut für Ökologische Wirtschaft, Wirtschaftsuniversität Wien): Sehr geehrtes Parlament! Sehr geehrte Regierung! Sehr geehrte Klimaschützer! Bundesministerin Köstinger hat heute schon die Waldviertler Bauernhöfe erwähnt. Ich komme von einem Waldviertler Bauernhof und mein Nachbar hat mir letzte Woche erzählt, dass heute seine hauptsächliche Einnahmequelle die Sonnenenergie ist. Das heißt also, auch im Waldviertel passiert Innovation.

Einige von meinen Ausführungen werden eine Wiederholung dessen sein, was Herr Dr. Luderer gesagt hat, aber das bedeutet, dass sich Klimaforscher und Ökonomen hier einig sind.

Dekarbonisierung bezeichnet die Umstellung der Wirtschaftsweise, speziell der Energiewirtschaft, und damit die radikale Senkung vor allem des Kohlendioxid ausstoßes und letzten Endes den Abschied von der Verbrennung fossiler Energieträger.

Die österreichische Regierung bekennt sich zum Abschied von Kohle, Öl und Gas bis 2050. Doch damit dies gelingt, sind entsprechende kurz- und mittelfristige Schritte nötig, zum Beispiel ein Festlegen von Pfaden, die mit dem Pariser Klimaabkommen konsistent sind, konkrete Maßnahmen mit Zeitplänen und Zuständigkeiten, ein entsprechender finanzieller Rahmen sowie eine laufende Kontrolle der Einhaltung der Ziele.

Univ.-Prof. Dr. Sigrid Stagl

Naomi Klein vergleicht die Frage der Klimapolitik mit der Abschaffung der Sklaverei. Das mag vielleicht etwas drastisch klingen – moralisch sind das natürlich zwei verschiedene Dinge, das Verbrennen von Erdöl ist moralisch nicht schlecht, Freiheitsberaubung schon –, aber es gibt Parallelen: Sklaven wie auch fossile Energieträger waren beziehungsweise sind sehr wichtige Ressourcen für die Produktion. So wie sich viele nicht vorstellen konnten, ohne Sklaven zu produzieren, ist es heute bei den fossilen Energieträgern. Wenn man so will, sind das unsere heutigen Energiesklaven. Sie liefern die Energie, die wir für unseren Lebensstil brauchen. 1865 änderten die USA ihre Verfassung. Die 13. Änderung besagte, dass Sklaverei und unfreiwillige Dienstbarkeit in den USA verboten wurden. Das war eine Verfassungsänderung für Emanzipation, Gerechtigkeit und Freiheit. – Also wenn man schon die Verfassung ändert, dann dafür.

Von der Abschaffung der Sklaverei kann man lernen, wie man ohne eine Ressource auskommt, die man für unersetzlich hielt, und auch, wie man eine Übergangszeit organisiert. Während man auch während der Zeit der Transformation Win-win-Strategien und Effizienzsteigerungen nutzen kann und soll, reichen diese allein nicht aus. Es geht um ein konstruktives Herangehen an fundamentale gesellschaftliche Konflikte.

In der Geschichte gab es auch in Österreich Ressourcen, auf die man nicht glaubte verzichten zu können. Änderungen wurden zur Erreichung eines höherstehenden Ziels jedoch durchgezogen. Kinderarbeit wurde in Österreich Ende des 19. Jahrhunderts verboten. Bis dahin waren Kinder in der Landwirtschaft, aber auch in Textilfabriken oft im Einsatz – sie kosteten nur ein Viertel von männlichen und die Hälfte von weiblichen Arbeitskräften. Auch damals gab es Widerstand gegen das Verbot, aber die österreichische Gesellschaft hat ein höheres Gut – hier das Wohlergehen, die Gesundheit und die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern – als bedeutender eingestuft als die Verfügbarkeit billiger Arbeitskräfte.

Ähnlich ist es beim Klimawandel: Die moralische Verpflichtung des Erhalts der Lebensgrundlagen wird als höher eingestuft als die weitere billige Verfügbarkeit fossiler Energien. Intakte Natur ist erforderlich für das langfristige Überleben auf diesem Planeten, somit ist sie besonders schützenswert und sollte über den anderen Zielen stehen. Daher brauchen wir Instrumente und Gesetze, die das Pariser Klimaabkommen innerhalb von Österreich bindend machen.

Für mich als Volkswirtin ist der Einsatz für eine stringente Klima- und Energiepolitik eine Frage von guter Ökonomie. Der rasche Abschied von fossiler Energie ist nicht nur das moralische Gebot der Stunde, sondern auch langfristig die kostenminimierende Strategie. Herman Daly, der ehemalige Chefökonom der Weltbank, wies auf die Möglichkeit von unökonomischem Wachstum hin, wenn nämlich Wirtschaftswachstum um jeden Preis angestrebt wird, sodass die gesellschaftlichen Kosten und Umweltfolgekosten den ökonomischen Zugewinn übersteigen. Das Festhalten am überholten Paradigma kreiert nicht wünschenswerte Systeme, die nicht fähig sind, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen zu unterstützen.

Um die Klimaziele erreichen zu können, braucht es eine sozialökologische Transformation. Diese beinhaltet eine sozialökologische Steuerreform, um Kostenwahrheit herzustellen. Österreich hat bei den Umweltsteuern dringenden Aufholbedarf. Mit einem Anteil von 5,6 Prozent am Gesamtsteueraufkommen liegt Österreich bei den Umweltsteuern unter dem EU-Schnitt und auf einem der hinteren Plätze in Europa.

Zweitens: Abbau der umwelt- und klimaschädigenden Subventionen. Das Wifo hat in einer Studie vorgerechnet, dass bis zu 4,7 Milliarden Euro für umwelt- und klimaschädigende Subventionen in Österreich ausgegeben werden. Ich stimme Frau Bundesministerin Köstinger zu, dass es nicht nur eine Aufgabe der Regierung ist, sondern eine Aufgabe aller Österreicherinnen und Österreicher. Als Ökonomin muss ich aber sagen:

Univ.-Prof. Dr. Sigrid Stagl

Es müssen den Menschen auch die richtigen Signale gesendet werden, das heißt, die relativen Preise müssen korrigiert werden.

Die Berücksichtigung sozialer und verteilungspolitischer Auswirkungen der geplanten Maßnahmen ist eine wesentliche Voraussetzung für das Erreichen der klima- und energiepolitischen Ziele, die auf einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz basieren. Ortwin Renn hat in Deutschland vor Kurzem eine Studie durchgeführt, in der es um die Akzeptanz der Energiewende ging. 88 Prozent der deutschen Bürgerinnen und Bürger befürworteten die Energiewende. Die einzige Kritik betraf die soziale Schieflage in der politischen Umsetzung: Klimagerechtigkeit, Klimapolitik soll als Gerechtigkeitshebel eingesetzt werden. (*Vorsitzender Sobotka gibt das Glockenzeichen.*)

Mit der Budgetneutralität bei allen klima- und energiepolitischen Maßnahmen verabschiedet sich die öffentliche Hand von der aktiven Klimapolitik. Mariana Mazzucato als Innovationsökonomin hat gezeigt, dass der Staat als Investor und Risikonehmer sehr aktiv eintreten kann.

Also: sozialökologische Steuerreform, Zurückfahren von umwelt- und klimaschädlichen Subventionen, Verteilungsgerechtigkeit, Klimagerechtigkeit und der Staat als Investor. So kann die sozialökologische Transformation gelingen. So sieht ein Umweltmusterland aus, so sieht zukunftsfähiges Wirtschaften aus. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

12.04

Vorsitzender Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Danke schön.

Als nächstem Redner darf ich Herrn Dipl.-Ing. Johann Precht, Technische Universität Graz, als Experten des FPÖ-Parlamentsklubs das Wort erteilen. Die Redezeit beträgt 5 Minuten. – Bitte.

12.04

Dipl.-Ing. Johann Precht (Technische Universität Graz): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Bundesregierung! Sehr geehrte Abgeordnete, Experten, Gäste hier im Hohen Haus! So mancher Abgeordnete hier wird sich noch an die parlamentarische Debatte am 8. Juli 2016 über die Ratifizierung des Pariser Abkommens erinnern. Die Debatte war höchst kontrovers – aus einem einfachen Grund: Was damals noch fehlte, war ein Plan, eine Strategie, eine Festlegung von Meilensteinen und auch eine Kalibrierung der Ziele an den finanziellen Ressourcen unseres Staates. Jetzt liegt sie uns vor, die Klima- und Energiestrategie. Vielleicht ist das um einiges später, als in anderen europäischen Staaten, aber Österreich kommt damit seiner Planungsverpflichtung aus dem Pariser Abkommen fristgerecht nach.

Frau Bundesminister! Herr Bundesminister! Ich möchte Sie jedoch ermuntern, sich keinen Moment lang vom Gedanken verführen zu lassen, dass das Klimaziel des Pariser Abkommens weit in der Ferne bei 2050 liegt. Es geht jetzt darum, einen höchst ehrgeizigen Plan bis 2030 zu realisieren. Genau diese Weichen für die Chance auf Erfolg werden noch in dieser Legislaturperiode zu stellen sein. Alles, was nicht bis 2021 auf Schiene ist, wird es den Nachfolgeregierungen schwer bis unmöglich machen, den Zielpfad dieser Klima- und Energiestrategie zu verfolgen.

Die Akzente und Stoßrichtungen dieser Energiewende in Österreich sind vielleicht nicht so umfassend und breit definiert wie beispielsweise in Deutschland oder in Frankreich, aber sie treffen genau jene Bereiche, in denen die größte Innovationsmöglichkeit und das größte Sparpotenzial für Energie und damit für Emissionen besteht.

Was manche kritisieren – die fehlenden Maßnahmen und Instrumente –, wird sicher zeitgerecht in Verordnungen und Gesetze gegossen. Einige Maßnahmen möchte ich hier aber schon vorwegnehmen, nämlich jene, die aus meiner Sicht unverzichtbar sind.

Dipl.-Ing. Johann Precht

Zum Ersten ist das ein klares Bekenntnis zum Ziel der Autarkie Österreichs in der Elektrizitätsversorgung. Dies gelingt durch die schon angekündigte Offensive der erneuerbaren Energien mit dem frühen Meilenstein 2030.

Zweitens brauchen wir ein neues, ein besseres Ökostromgesetz – vielleicht sollten wir es Energiewendegesetz nennen –, das spätestens gegen Ende der Legislaturperiode in Kraft tritt und die Verfahren so reformiert und festschreibt, dass dieses Ziel konsequent und auch ökonomisch effizient erreicht wird.

Zum Dritten ist das ein konstruktiver Vorschlag für die Anreizbildung zur Investition. Wir brauchen, weil das EU-Stromlabel versagt hat, eine Zertifizierung der erneuerbaren Quellen in Österreich. Nur auf dieser Basis können wir hier inländischen Anreiz für Investoren bieten und vielleicht auch auf dieser Basis eine steuerliche Begünstigung der inländischen erneuerbaren Energie aufbauen, zum Beispiel über einen reduzierten Mehrwertsteuersatz.

Ich möchte noch drei Punkte aufzählen, die die Emissionen betreffen: erstens – ganz klar –: sofortiger Ausstieg aus der Kohleverstromung; zweitens: Frackingverbot in Österreich; drittens: ein Stopp der direkten und indirekten Förderung fossiler Energieträger über Subventionen.

Ich hatte das Vergnügen, schon 1985 an der Schaffung und Entwicklung des ersten österreichischen Energiekonzepts der Bundesregierung beteiligt zu sein. Alle waren stolz darauf. Es war das erste Mal, dass dieses große Werk geschaffen wurde. Ich gratuliere jetzt Ihnen in der Bundesregierung und den Abgeordneten, die es hoffentlich schnell beschließen werden, dazu, dass wir erstmals die Symbiose zwischen Klimaschutzprogramm und langfristigem Energieplan geschafft haben. Ich wünsche uns Österreichern, dass es gelingt. *(Beifall.)*

12.09

Vorsitzender Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Danke für die Zeitdisziplin.

Als nächstem Redner darf ich Herrn Dr. Fred Luks, Leiter des Kompetenzzentrums für Nachhaltigkeit der Wirtschaftsuniversität Wien, als Experten der NEOS das Wort erteilen. – Bitte.

12.09

Dr. Fred Luks (Kompetenzzentrum für Nachhaltigkeit, Wirtschaftsuniversität Wien): Herr Präsident! Liebe Frau Köstinger! Lieber Herr Hofer! Ich weiß, dass diese Lampe nur zur Verzierung da ist, ich werde trotzdem versuchen, mich an meine 5 Minuten Redezeit zu halten. Ich bedanke mich übrigens sehr dafür, dass ich heute hier reden darf. 5 Minuten – ich habe fünf Punkte. Machen Sie kurz die Handys aus! Ich glaube, es lohnt sich, kurz zuzuhören.

Transformation und Strategie, Innovation und Markt, Rebound und Wachstum, Expertise und Stakeholder und das große Ganze, das sind meine Themen in diesen fünf Minuten.

Zu Transformation und Strategie: Es ist ja schon ein paarmal angeklungen, und auch in Ihrem Video sprechen Sie von einer Zeitenwende – wir reden ja hier über das Ende des fossilen Zeitalters, das angeblich begonnen hat. Es ist viel von Transformation die Rede. Ich würde gerne den Punkt machen, dass diese Transformation auf jeden Fall stattfinden wird. Ich glaube, dass bei der großen Transformation, die uns bevorsteht, die Unterscheidung wichtig ist, ob wir sie erleiden oder gestalten. Und ich habe bei einigen Punkten Zweifel daran, ob diese Strategie geeignet ist, zu verhindern, dass wir sie erleiden. Aber eine Strategie zu haben, ist schon einmal gut, und ich würde gerne ein paar Verbesserungsvorschläge oder Kommentare anbringen.

Dr. Fred Luks

Zu Innovation und Markt: Sie setzen sehr auf Innovation und Effizienz. Das ist zwar nicht ohne Probleme, aber grundsätzlich, glaube ich, eine sehr gute Strategie. Aber gerade weil Sie darauf setzen und weil ja diese Regierung auch im Ruf steht, dem Markt einiges zuzutrauen, möchte ich doch darauf hinweisen, dass ein Markt nur dann gut funktioniert, wenn er auch entsprechende Rahmensetzungen hat. Ein Markt selbst generiert keine ökologischen Rahmensetzungen. Im deutschsprachigen Raum hat ja der Neoliberalismus oder der Ordoliberalismus, um das schönere Wort zu verwenden, gute Tradition, das ist ja auch schon angeklungen, hat beste Tradition, und ich glaube, eine Partei, die das Wort frei im Namen hat, sollte damit keine Schwierigkeiten haben: Wir brauchen einen Markt, der dann funktioniert, wenn er einen Rahmen hat, und auch dafür ist diese Strategie eine Riesenchance, die nicht liegen gelassen werden darf.

Ich habe einige Zeit mit Ernst Ulrich von Weizsäcker zusammengearbeitet. Er ist hier auch schon zitiert worden: „Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen.“ Ich glaube, das ist der Dreh- und Angelpunkt. Das haben schon verschiedene Leute hier gesagt, das müssen Sie ernst nehmen.

Dritter Punkt: Rebound und Wachstum. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Dass heute hier und vor allem auch in dem Dokument der Strategie das Wort Rebound nicht ein einziges Mal vorkommt, nicht erwähnt wird, hat mich wirklich – bei allem Respekt – fassungslos gemacht. Reboundeffekt steht für den Effekt, dass man mikroökonomisch sehr effizient werden kann, sehr viel einsparen kann, und makroökonomisch mit mehr CO₂-Emissionen aussteigt. Das ist seit Jahrzehnten eine zentrale Thematik in der Diskussion.

Ein gewisser Stanley Jevons hat diesen Effekt 1865 das erste Mal beschrieben, in einem Buch über die Kohlefrage. Dieses Paradoxon, dass, wenn ich Geld spare, weil ich effizienter bin, und dieses Geld anderswo ausbebe, am Ende die Effizienz möglicherweise makroökonomisch dazu führt, dass mehr CO₂ ausgestoßen wird, dieses Thema muss Teil der Strategie sein, das muss angesprochen werden. Und auch da ist die Strategie eine Riesenchance, denn was tut man, wenn man Reboundeffekte verhindern will? – Man braucht eine Strategie. Man braucht einen ökologischen Rahmen, man braucht auch eine ökologische Steuerreform. Ich glaube, die Strategie ist eine Riesenchance, dieses Thema ernst zu nehmen.

Noch einmal: Wenn Sie schon sagen – und damit bin ich bei meinem Punkt Expertise und Stakeholder –, dass Sie Stakeholdern und Expertinnen und Experten zuhören wollen, dann muss doch diese Erkenntnis – die ist wirklich fundamental; jeder, der über dieses Thema redet, hat diesen Reboundeffekt irgendwann schon einmal gehört und sieht das als Problem – Teil der Strategie werden. Und wenn der heutige Tag einen Unterschied machen soll, dann bitte ich Sie wirklich, wie gesagt, auch auf die Expertise zu hören, die es hier in diesem Land gibt.

Herr Plank, ich hatte neulich das Vergnügen, zu den Nachhaltigkeitszielen der UN zu reden. Was ich dort versucht habe einzufordern und zu betonen: Dieses Land verfügt über so viel Expertise, über so viele Expertinnen und Experten, die ja Gott sei Dank größtenteils heute auch hier sind. Das ist großartig; aber das muss man auch nutzen. Ich finde es ganz wichtig, dass heute hier nicht nur zugehört wird, sondern dass diesem Zuhören auch Taten folgen. Und ich bin guter Dinge, dass das auch der Fall sein wird.

Der letzte Punkt, das große Ganze: Es kommt immer wieder vor in Ihrer Strategie, aber ich glaube, am Ende muss dieses Thema der Digitalisierung noch ernster genommen werden, weil wir – und das Wegener Center hat in einer Studie darauf hingewiesen – heute nicht wissen können, wie die Technologie in fünf oder in zehn Jahren aussieht. Alle Strategien, alle Pläne, alle Szenarien, die wir heute erstellen, sind möglicherweise disruptiven Änderungen ausgesetzt, die dann die Pläne zur Makulatur machen. Ich

Dr. Fred Luks

glaube – und das ist auch schon angeklungen –, der Monitoringprozess, der sicherlich dringend notwendig ist, muss auch das berücksichtigen.

Wir reden viel über Transformation und Klimawandel, wir wissen so viel, aber mein Eindruck von der Gesellschaft ist manchmal: Es wird nicht geglaubt. Wir wissen es zwar, aber wir glauben es nicht. Und ich glaube, wir müssen daran glauben.

Das hat ja auch mit dem Begriff Mission zu tun. Ich fordere Sie auf, auch dazu beizutragen, dass das wirklich ernster genommen wird. Noch einmal, das kann ich Ihnen nicht ersparen: Wenn Sie diesen Reboundeffekt nicht berücksichtigen, dann greift Ihre Strategie einfach zu kurz. – Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

12.15

Vorsitzender Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Danke schön auch für Ihre Disziplin.

Als letzten Redner hierzu darf ich Herrn Mag. Erwin Mayer, Klima- und Energieexperte, als Experten von der Liste Pilz das Wort erteilen. 5 Minuten Redezeit. – Bitte.

12.15

Mag. Erwin Mayer (Klima- und Energieexperte): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrtes Parlament! Sehr geehrte Vertreter der Regierung! Sehr geehrte Klimaschützer! Mein zentrales Motto lautet: Klimaschutz muss sich wieder lohnen – ähnlich wie es der Finanzminister in seiner Budgetrede formuliert hat, nur in einem anderen Zusammenhang. Ich möchte in drei Bereichen sehr konkret werden und dazu sehr konkrete Zahlen nennen.

Der erste Bereich wurde schon angesprochen: die Klimaschutzziele. Die Ziele in der Klima- und Energiestrategie müssen pariskompatibel gemacht werden. Was heißt das? – Derzeit beziehen wir uns auf einen Ratsbeschluss der EU von 2014 mit den bekannten drei Zielen: 40 Prozent Treibhausgase, 27 Prozent Erneuerbare, 27 Prozent Energieeffizienz. Das ist nicht pariskompatibel, nicht einmal mit 2 Grad vereinbar, geschweige denn mit 1,5 Grad. Es laufen derzeit internationale Studien vom IPCC, und auch die Kommission ist inzwischen schon beauftragt worden, diese Ziele zu revidieren und nachzubessern, was ja notwendig ist.

Wir sollten nicht den Fehler machen, dass wir eine Klima- und Energiestrategie beschließen, deren zentrale Ziele in ein bis drei Jahren wieder geändert werden müssen. Ich möchte das an zwei Zahlen konkret festmachen. Ich habe mir den österreichischen Anteil am ETS und den Nichtemissionshandelsbereich angeschaut. Zusammen kommen wir auf eine Reduktion von 2 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr, die nach den bestehenden Zielen da erforderlich wäre. Wenn man das an das Kohlenstoffbudget, das sich aus diesen internationalen Studien ergibt, von 800 Millionen Tonnen CO₂ ab 1. Jänner 2020 anpasst, dann wären es 4 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr, die im Zeitraum zwischen 2020 und 2040 einzusparen sind, also eine Verdoppelung der CO₂-Einsparung pro Jahr. Und daran sollte sich die KES orientieren.

Das zentrale Instrument, um solch ein ambitioniertes Klimaschutzziel zu erreichen – und jetzt bin ich beim zweiten Punkt – und um das auch effizient, marktwirtschaftlich und zum Vorteil aller zu erreichen, ist eine ökosoziale Steuerreform. Auch dieses Bekenntnis haben wir heute einige Male gehört, aber ich möchte konkreter werden.

Wir haben bestehende Steuern auf fossile Energieträger. Wir haben eine Mineralölsteuer, eine Kohleabgabe, eine Erdgasabgabe. Wir haben Steuern auf fossile Energieträger, nur sind die sehr uneinheitlich. Wir haben Steuersätze von umgerechnet 18 Euro pro Tonne CO₂ bis 195 Euro pro Tonne CO₂ bei Benzin. Im Emissionshandel, das sind Anlagen, die in Österreich stehen, zahlen wir über die Jahre im Schnitt 10 Euro pro Tonne CO₂. Es sind also extrem unterschiedliche CO₂-Preise.

Mag. Erwin Mayer

Als Ökonom muss ich sagen: Wenn man die günstigsten Vermeidungspotenziale nutzen will – und das sollten wir, damit es günstig wird –, dann müssen wir zumindest einmal im Nichtemissionshandelsbereich die CO₂-Steuersätze angleichen, das heißt, auf das Benzinsteuerniveau anheben – nicht von heute auf morgen, sondern innerhalb von zehn Jahren, zwischen 2020 und 2030. Dazu brauchen wir eine CO₂-Steuer ähnlich wie in Schweden, die 2020 mit 20 Euro beginnt und dann auf 120 Euro 2030 jedes Jahr kontinuierlich um 10 Euro ansteigt. Das wird auf diese harmonisierten Energiesteuern draufgesetzt. Dann haben wir noch immer nicht das Niveau, das die Schweden zum Beispiel bei Benzin mit 308 Euro pro Tonne CO₂ jetzt schon haben, also wir brauchen uns vor diesen Zahlen nicht zu schrecken. Insgesamt kämen wir dann auf so ein Steueraufkommensvolumen von 5 Milliarden bis 8 Milliarden Euro – je nach Reaktion, das ist nicht ganz einfach abzusehen –, die umgeschichtet werden.

Es ist ganz wesentlich zu betonen: Es geht um Umschichtung, definitiv nicht um Mehrbelastung. Es geht nicht um eine Steuererhöhung, sondern es muss aufkommensneutral und belastungsneutral sein. Ich gehe sogar so weit, dass man es sektorneutral gestalten sollte, das heißt, für Arbeitnehmer, Arbeitgeber, aber auch zum Beispiel für die Stahlindustrie als einen Sektor hat sich das belastungsneutral darzustellen. Das heißt, wir geben dieses zusätzliche Steueraufkommen einerseits über Lohnnebenkostensenkung zurück, wir geben es über eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer zurück, wir geben es über den Ökobonus oder den Sozialversicherungsfreibetrag zurück. Aber wir geben es auch mit speziellen Förderungen für die Stahlindustrie zurück, für die Landwirtschaft und andere, damit eine Anpassung erfolgen kann.

Wenn wir in diesem Tempo, wie ich es hier vorgegeben habe, Klimaschutz betreiben und so rasch CO₂ reduzieren, dann bedeutet Entkarbonisierung fast immer mehr Stromverbrauch. Wie schon erwähnt, geht es immer mit Elektrifizierung einher, und diese Strommengen, die da notwendig sind, sind enorm. Wir haben derzeit 50 Terawattstunden Ökostrom in Österreich bei 70 Terawattstunden Verbrauch. 10 Terawattstunden importieren wir aus Deutschland und Tschechien, mit Atomstromanteilen.

2030 hätten wir bei diesem Tempo 90 Terawattstunden Ökostrombedarf – das bedeutet 100 Prozent Ökostrom im Jahr 2030, das heißt, wir reden von 40 Terawattstunden Zubau in zehn Jahren, von 2020 bis 2030 also, vier Terawattstunden Zubau pro Jahr. Derzeit haben wir 0,7 Terawattstunden Zubau pro Jahr. Wir reden also von einer Versechsfachung des Ökostromausbau. Die Beispiele, wie viele Windräder und Photovoltaikanlagen das sind, will ich jetzt nicht nennen, das würde zu weit führen. Das heißt, wir brauchen diesen beschleunigten Ökostromausbau, um zum Beispiel der Voest diese 33 Terawattstunden zur Verfügung stellen zu können, die sie braucht, um 2030 bis 2035 auf Wasserstoff umsteigen zu können, weg von Kohle. Das müssen wir der Voest in Österreich zur Verfügung stellen, deswegen dieser dramatische Ökostromausbau.

Abschließend möchte ich nur noch betonen, dass die aktuelle UBA-Wifo-TU-Studie zeigt, dass es bei einer geeigneten Instrumentenwahl positive wirtschaftliche Auswirkungen gibt: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung steigen. Wir müssen uns also nicht vor diesem Tempo fürchten, und es ist nicht das Ambitionsniveau, das über die soziale Verteilung und Belastung entscheidet, und es ist nicht das Klimaschutzambitionsniveau, das über die Standortqualität entscheidet, sondern es ist die Instrumentenwahl, die entscheidet. Das heißt, ambitionierter Klimaschutz mit den richtigen Instrumenten kann zum Standortvorteil und zu sozialer Gerechtigkeit genutzt werden; wenig Klimaschutz mit den falschen Instrumenten kann genau das Gegenteil bewirken.

Ich möchte mich dem Satz von Norbert Hofer anschließen: Die Physik lässt sich nicht betrügen, sie ist nicht beeinflussbar. Das heißt, jede Überschreitung eines Kohlenstoffbudgets oder eine Tonne mehr CO₂ bedeutet, dass wir damit für die nächsten hundert

Mag. Erwin Mayer

Generationen – ich rede wirklich von 3 000 Jahren – die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen über den Klimaschutz festlegen. Darüber entscheidet die heutige Generation, aber die nächsten hundert Generationen sitzen quasi hier mit am Tisch. – Danke.
(Beifall.)
12.22

Vorsitzender Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Ich darf mich herzlich für die Ausführungen bedanken.

Diskussion

Vorsitzender Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Ich eröffne die Diskussion.

Es liegen mir 30 Wortmeldungen zu Panel 1 vor. Insgesamt haben wir 65 Minuten zur Verfügung, und aufgrund der Fülle der Wortmeldungen würde ich vorschlagen, dass wir die Redezeit mit 2 Minuten begrenzen.

Ich darf als erster Rednerin Frau Christine Fohler-Norek das Wort erteilen. – Bitte.

12.22

Mag. DDr. Christine Fohler-Norek (Klimakoordinatorin der Stadt Wien): Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung und des Nationalrates! Sehr geehrte Damen und Herren! Wien, für das ich hier spreche, hat im Rahmen der Konsultation einen umfangreichen Input abgegeben, und jetzt bin ich beauftragt, ein Kurzstatement im Rahmen der Enquete hier abzugeben. Ich darf das kurz verlesen:

Wien begrüßt, dass von der österreichischen Bundesregierung nun ein Entwurf einer Klima- und Energiestrategie vorgelegt wurde, der ein klares Bekenntnis zur Dekarbonisierung des Energie- beziehungsweise des Wirtschaftssystems bis 2050 beinhaltet. Dies deckt sich mit den Intentionen der Wiener Klima- und Energiepolitik. (Abg. **Schmuckenschlager** übernimmt den Vorsitz.)

Die vorgelegte Klimastrategie enthält im Sinne des Klimaschutzes positive und wünschenswerte Ansätze. In Teilen sind auch ambitionierte Zielsetzungen und brauchbare Zugänge verankert. Allerdings wird sie insgesamt einem Anspruch, den man an eine professionelle Klimastrategie stellen muss, bei Weitem nicht gerecht. Das zeigt sich insbesondere an folgenden Aspekten: Die Gesamtzielsetzung wird den Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen nicht gerecht. Es fehlen weitgehend klare Strategien und konkrete Umsetzungsmaßnahmen und -instrumente.

Es gibt keine Zeitpläne und definierten Verantwortlichkeiten. Es gibt keine Abschätzung von Kosten und keine nachvollziehbaren Ausführungen zur Finanzierung. Insbesondere ist das entscheidende Thema einer dazugehörigen ökosozialen Steuerreform, wie zum Beispiel einer CO₂-Abgabe, nicht einmal angesprochen. Bevor die Klima- und Energiestrategie im Ministerrat behandelt wird, sollte der weitere Prozess und hier vor allem für den nationalen Energie- und Klimaplan, der ja dann in Brüssel abzugeben ist, unter intensiver Einbindung der Länder klar definiert und fixiert sein. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. (Beifall.)
12.25

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Herzlichen Dank.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Leonhard Schitter. – Bitte.

12.25

Dr. Leonhard Schitter, M.A. (Oesterreichs Energie): Herr Vorsitzender! Frau Ministerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Oesterreichs Energie begrüßt die vorliegende integrierte Klima- und Energiestrategie aus mehreren Gründen: unter anderem,

Dr. Leonhard Schitter, M.A.

weil wir vom Reden ins Tun kommen, weil diese Strategie zum ersten Mal wirklich etwas auf den Boden bringt, weil sie mit einem langfristigen Dekarbonisierungspfad bis 2050 auch ein klares Ziel vorgibt und mit den 2030-Zielen auch wiederum überprüfbare und klare Zwischenziele formuliert.

Jetzt ist es aber so, dass die Klima- und Energiepolitik den Energiesektor immer gesamthaft betrachten muss, und auch deswegen begrüßt Oesterreichs Energie diese vorliegende Klima- und Energiestrategie: weil sie zum ersten Mal auch den Wärmebereich und ganz speziell den Mobilitätsbereich in den Fokus der Überlegungen und der Betrachtungen stellt.

Energiewende ist nicht nur eine Stromwende, dessen Erzeugung wir bereits zu drei Vierteln auf nachhaltige, erneuerbare Produktion umgestellt haben. Es ist vor allen Dingen eine Mobilitäts- und eine Wärmewende. Das Ziel, national bilanziell 100 Prozent Erneuerbare im Jahre 2030 zu haben, ist extrem ambitioniert, das wissen wir. Das bedeutet unseren Zahlen zufolge, wie mein Vorredner bereits gesagt hat, von derzeit 72 Terawatt auf 88 Terawatt auszubauen, das heißt, 35 Terawattstunden, weil ja auch in Ersatzkraftwerke investiert werden muss, auszubauen.

Wir wollen das. Es ist ambitioniert, wir wollen das, wir können das schaffen, wenn – das ist die Voraussetzung – die Rahmenbedingungen gegeben sind. Diese Rahmenbedingungen bedingen ganz klar: Es müssen auch Investitionen in die Infrastruktur unterstützt werden. Wir müssen uns zum Ausbau der Infrastruktur bekennen. Netze, Netzausbau, Leitungen, Kabel, das alles ist erforderlich und muss umgesetzt werden. Wir müssen uns mit der Speicherthematik auseinandersetzen, und wir müssen uns vor allen Dingen auch dazu bekennen, dass auch Kraftwerke als Netzreserve für die Erreichung der 2030-Ziele wichtig sind.

Jetzt geht es vom ersten Punkt, von der ersten Strategie in die Umsetzung. Wir brauchen das Erneuerbare-Energien-Gesetz, Energiegesetz Neu, wo es um die Frage der Erneuerbaren geht, bis hin zur Energieeffizienz und zu Energieeffizienzmaßnahmen.

Wir begrüßen diese Strategie, wir unterstützen diese Strategie. Oesterreichs Energie ist auch dafür aufgestellt. Lassen Sie uns jetzt gemeinsam zur Tat schreiten! Sagen wir nicht, warum es nicht geht, sondern machen wir es einfach! Sie werden sehen, die Ziele 2030 werden wir dann schon umsetzen. *(Beifall.)*

12.28

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Axel Kassegger. – Bitte.

12.28

Abgeordneter MMMag. Dr. Axel Kassegger (FPÖ): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Bundesminister! Ich nehme als Energiesprecher der Freiheitlichen Partei Österreichs Stellung, übrigens als Nachfolger des nunmehrigen Herrn Bundesministers Norbert Hofer, und bin sehr, sehr froh und glücklich über mehrere Dinge, unter anderem dass die Regierungsverhandlungen, an denen wir beide intensiv beteiligt waren, sehr, sehr gute Ergebnisse gebracht haben, insbesondere auch im Kapitel Energie.

Viele Punkte aus diesen Verhandlungen sind auch in die Klima- und Energiestrategie miteingeflossen, die – und das muss man immer wieder betonen – ein besonderes Werk einer jungen, neuen Bundesregierung ist, die das innerhalb von fünf Monaten zustande gebracht hat, wohingegen die Vorgängerregierungen über Jahrzehnte in diesem Bereich nichts zustande gebracht haben.

Es ist eine gute Strategie, aus mehreren Gründen: Sie ist ambitioniert – das haben wir vorhin schon gehört. Sie ist ausgewogen, sie ist ganzheitlich – auch das ist schon angesprochen worden. Es ist ein Grundsatz freiheitlicher Energie- und Wirtschaftspolitik,

Abgeordneter MMMag. Dr. Axel Kassegger

das Zieldreieck immer im Auge zu behalten: Nachhaltigkeit – also Umstieg auf erneuerbare Energien –, Versorgungssicherheit und Leistbarkeit, Wirtschaftlichkeit, das spiegelt sich in dieser Klima- und Energiestrategie wider. Sie ist in dem Ausmaße bestimmt, wie eben eine Strategie bestimmt sein soll.

Wir dürfen nicht vergessen, dass das Winterpaket Clean Energy Package auf EU-Ebene noch nicht beschlossen ist, aber es ist Ziel, das relativ rasch zu beschließen. Selbstverständlich – dazu hat die Bundesregierung auch einen entsprechenden Plan – wird das Ganze dann in Österreich in Gesetze und Verordnungen gegossen und operationalisiert und konkretisiert.

Die Strategie ist also ambitioniert, ausgewogen, ganzheitlich, bestimmt und zukunftsorientiert. Einen großen Bereich nimmt die Forschung ein. Wir sind davon überzeugt, dass Österreichs Beitrag zur Rettung des Weltklimas insbesondere auch in seinen Unternehmen, seinen technologischen Unternehmen liegt. Dazu gibt es über Bundesminister Hofer riesige Forschungsprogramme im Bereich der Energieforschung über den Klima- und Energiefonds direkt über das BMVIT; also wir erkennen, dass hier der Hebel ganz offensichtlich am größten ist: zum Nutzen des Weltklimas, aber auch zum Nutzen der österreichischen Wirtschaft und des Standortes Österreich. – Danke. (*Beifall.*)

12.31

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler. Ich bitte um die Einhaltung der 2 Minuten Redezeit. – Bitte.

12.31

Landesrat Ök.-Rat Josef Geisler (Landeshauptmannstellvertreter Tirol): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren der Bundesregierung! Geschätzte Teilnehmer dieser Enquete! Ich darf zunächst als Ländervertreter, als Vertreter des Landes Tirol, feststellen, dass wir die Klima- und Energiestrategie des Bundes sehr wohl unterstützen; nicht nur weil ich – ebenso wie der Kollege Franz Hörl – aus einer Region komme, aus einem Tal, wo siebenmal so viel Strom produziert wie verbraucht wird – das ist eher selten in unserem Land –, sondern weil es notwendig ist, diese zehn Leuchttürme, die in dieser Energiestrategie umgesetzt werden müssen, zu unterstützen. Gerade der Leuchtturm 5; Wärmeversorgung, ist eine ganz besondere Herausforderung, und eine Riesenchance sehe ich auch beim Leuchtturm 7, Wasserstoff.

Das gibt uns vermutlich in Zukunft Möglichkeiten, Energieversorgung dezentral aufzustellen, das ist eine riesige Chance. Es wurde bereits ausgeführt, dass es nicht nur darum geht, dem Klimawandel entgegenzuwirken, sondern auch darum – und das ist die Chance für uns, für den Standort Österreich –, die Wirtschaftskraft in die Region zu bringen. Im Land Tirol geben wir jährlich etwa 2 Milliarden Euro für fossile Energieträger aus. Wenn wir das Geld, das wir uns sparen – abzüglich der Steuerleistung für den Finanzminister –, in die Region investieren, dann haben wir eine riesige Wirtschaftskraft, die wir dann auch gut nutzen können.

Die Energiewende funktioniert nur mit elektrischer Energie, mit Strom – zum Großteil zumindest –, und deshalb werden wir darauf schauen müssen, dass wir neben der Sonne auch die Wasserkraft verstärkt nutzen. Auch wenn viele Damen und Herren vom Bund da sind, die gegenteiliger Meinung sind, tun wir gut daran, diese Chancen, diese Ressourcen zu nutzen.

Besonders wichtig ist mir, dass wir nicht nur die Länder, sondern auch die Gemeinden verstärkt einbinden – es sind auch einige Damen und Herren Bürgermeister heute im Saal –, weil die Gemeinden die Möglichkeit haben, die Bürger auf diesem Weg mitzunehmen, den uns die Bundesregierung vorzeichnet. Das ist, glaube ich, die gemein-

Landesrat Ök.-Rat Josef Geisler

same Chance für die Zukunft. Ich wünsche mir wirklich, dass wir uns nicht gegenseitig kritisieren, sondern dass wir der Bundesregierung und auch dem Nationalrat, der dann einen Beschluss fassen wird, folgen, und gemeinsam diese Strategie zu Ende führen.

(Beifall.)

12.33

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Josef Lettenbichler. – Bitte.

12.33

Abgeordneter Mag. Josef Lettenbichler (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Bundesministerin! Herr Bundesminister! In meiner Funktion als Energiesprecher der Österreichischen Volkspartei bin ich sehr, sehr froh darüber, dass es diese Strategie nun endlich gibt. Ich durfte diese Funktion auch in der vergangenen Gesetzgebungsperiode ausüben. Anwesend von den früheren Energiesprechern ist aktuell Axel Kassegger. Er weiß, wie zäh die Gespräche, die Verhandlungen auch parteiübergreifend in der Vergangenheit waren. Umso mehr freut es mich – ich habe es schon bei anderer Gelegenheit gesagt und werde es immer wieder sagen –, in welchem Tempo diese Regierung Fahrt aufgenommen hat. Eine ihrer ersten Handlungen war, bei der Klausur diese Klima- und Energiestrategie binnen 100 Tagen auf die Reise zu schicken. Wir haben diese Strategie Anfang April präsentiert bekommen, sie liegt uns nun vor.

Ich glaube, es ist ein sehr ambitioniertes Programm. Wir werden von einer Seite kritisiert, dass es überambitioniert ist, von anderer Seite, dass es zu wenig ambitioniert ist. Wir machen aber diese Strategie nicht für NGOs, wir machen diese Strategie für unsere Menschen, für unsere Umwelt, für die Natur; da sind wir verpflichtet.

Wir haben in der Vergangenheit eindringlich diskutiert. Der Prozess wurde schon vorgestellt: Wir hatten einen breiten Bürgerbeteiligungsprozess, wir hatten acht Round-Table-Gespräche mit insgesamt 120 Expertinnen und Experten, wir haben heute diese Enquete als Höhepunkt. Das ist aber nicht der Abschluss, wie die Frau Ministerin gesagt hat, sondern wir werden diesen Prozess natürlich kontinuierlich weiterentwickeln.

Umso bedauerlicher ist, weil das die Kollegin Fohler-Norek angesprochen hat, die mangelnde Beteiligung der Stadt Wien. Ich darf in Erinnerung rufen, dass Stadträtin Sima eingeladen war und unentschuldigt ferngeblieben ist. Bevor man kritisiert, soll man schauen, was man im eigenen Bereich tun kann. Ein weiteres Mal an die Stadt Wien: Ich vermisse die PV-Anlagen, da sehe ich relativ wenige in Wien, und auch bei der Sanierungsquote von Gebäuden ist bislang ein unterdurchschnittlicher Wert erzielt worden. Bitte hier mehr Anstrengungen auch in der Stadt Wien!

Wir seitens der Bundesregierung und des Parlaments sind gewillt, diese Strategie auch in Gesetzen und mit konkreten Zahlen ausfüllen zu wollen. – Danke schön. *(Beifall.)*

12.36

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Peter Schmiedlechner. – Bitte.

12.36

Abgeordneter Peter Schmiedlechner (FPÖ): Herr Vorsitzender! Herr Minister! Die Klimastrategie sollte nicht nur für die NGOs oder für die Politiker da sein. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir diese Strategie umsetzen und schauen, dass wir in diesem Bereich etwas weiterbringen. Das ist wichtig für die Zukunft unserer Kinder, für unsere Zukunft, und ich glaube, gerade der Bereich Verkehr ist maßgeblich für die Umsetzung der Klimaziele. Dazu habe ich Fragen.

Meine erste Frage ist: Warum enthält die Strategie wenige konkrete verkehrstechnische Maßnahmen?

Abgeordneter Peter Schmiedlechner

Die zweite Frage ist: Glauben Sie nicht, Herr Minister, dass diese Strategie zu schnell vorgelegt wurde?

Die dritte Frage ist: Wie sehen Sie die weiterführenden Analysen und die Prozesse in diesem Sinne? – Danke. *(Beifall.)*

12.37

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nächster Redner: Herr Bundesrat Martin Preineder. – Bitte.

12.37

Bundesrat Martin Preineder (ÖVP, Niederösterreich): Geschätzte Teilnehmer der Enquete! Es freut mich, dass wir heute über diese Klima- und Energiestrategie diskutieren können, auch deswegen, weil ich mich seit meiner Jugend für Umwelt- und Klimaschutz eingesetzt habe. Im Bereich Umweltschutz konnten wir in Österreich schon sehr viel bewegen, aber im Bereich Klimaschutz geht es eben nur auf internationaler Ebene. Deshalb bin ich stolz darauf, dass wir als eines der ersten Länder das Abkommen von Paris ratifiziert haben.

Die österreichische Klima- und Energiestrategie ist ein breites Maßnahmenpaket, das sehr rasch auf den Weg gebracht wurde, und es ist – das ist neu und für manche auch ein Angriffspunkt – ein sehr offener Prozess; offen deswegen, weil es einfach notwendig ist, sich den Gegebenheiten der Zeit anzupassen und Neuerungen mitzunehmen, die sich noch ergeben können.

Es ist besser, wenn wir Machbares rasch umsetzen, als wenn wir ständig Unmachbares fordern. Das ist mein Wunsch an die Umweltaktivisten: mit Augenmaß vorzugehen.

Geschätzte Damen und Herren! Liebe Vertreter der Bundesregierung! Es wird notwendig sein, dass wir – und das ist auch in diesem Prozess vorgesehen – die Länder mitnehmen, die Gemeinden mitnehmen, aber vor allem die Menschen auf diesem Weg mitnehmen, damit sie sich nicht von diesem Weg entfernen. Damit ist es notwendig, entsprechend zu motivieren, dieses Thema zu verbreiten und in die Herzen der Menschen einzupflanzen. Es gibt viele Parameter, wo wir sehen können, ob sich unsere Bürger beteiligen, ob sie ein E-Mobil anschaffen, ob sie ein E-Bike kaufen, ob sie den öffentlichen Verkehr nützen, ob sie ihre Gebäude dämmen und sanieren und Photovoltaikanlagen auf den Dächern platzieren.

Viele Programme sind auf dem Weg, es gibt viele Angebote für unsere Bürger. Ich glaube, es ist notwendig, dass auch von dieser Konferenz eine entsprechende Botschaft ausgeht. Wir laden alle ein, diesen Weg der Klima- und Energiestrategie mit uns zu gehen. *(Beifall.)*

12.40

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Manfred Hofinger. – Bitte.

12.40

Abgeordneter Ing. Manfred Hofinger (ÖVP): Geschätzter Herr Vorsitzender! Herr Minister! Der Energiewandel ist überall spürbar. Als Bürgermeister einer kleinen Gemeinde muss ich feststellen, dass die Abschwemmungen und Überflutungen immer mehr werden und die Veränderung immer spürbarer wird. Ich möchte nun aber einen ganz sensiblen Bereich ansprechen, die Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft, die Landwirte stehen vor großen Herausforderungen. Sie sind die Ersten, die den Klimawandel spüren. Sie produzieren wunderbare, gute, gesunde Lebensmittel für uns und brauchen daher unbedingt einen besonderen Schutz. Die Land-

Abgeordneter Ing. Manfred Hofinger

wirte unterstützen den Klimaschutz insofern, dass sie auch in der Vergangenheit immer darauf geschaut haben, den Boden als Speicher für CO₂ besonders zu forcieren, und das werden wir in Zukunft noch mehr machen. Humus ist ein ganz, ganz wesentlicher, guter CO₂-Speicher. Mit unterschiedlichen Früchten und Zwischenfrüchten werden wir das schaffen und damit einen großen Beitrag leisten.

Der Landwirt ist aber auch ein Energiewirt. Ihr wisst alle, wir haben als Landwirte in der Vergangenheit durch PV-Anlagen, durch die Dächer und so weiter, aber auch durch Biogasanlagen viel geschaffen, und es freut mich, dass in der Klima- und Energiestrategie die bestehenden Anlagen auch in Zukunft gesichert werden. Somit werden wir als Landwirte auch in Zukunft unseren Beitrag leisten. – Danke. *(Beifall.)*

12.41

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Franz Hörl. – Bitte.

12.41

Abgeordneter Franz Hörl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren am Podium! Ich denke, ich kann mich dem Lob des Herrn Dipl.-Ing. Precht anschließen: Diese Klimastrategie #mission 2030 ist eine ambitionierte, eine umfassende. Ich denke, das ist in relativ kurzer Zeit, wie vieles in dieser Bundesregierung, geschafft worden. Dafür meinen herzlichen Dank!

Ich arbeite natürlich auch gerne daran mit und denke: Wenn es auch für den einen oder anderen aus der Wirtschaft etwas zu viel und für die NGOs immer etwas zu wenig ist, dann ist wohl der Weg der Mitte gut gefunden worden. Ich denke, gerade bei den NGOs ist es – wie wir das ja in vielen anderen Bereichen auch erleben – grundsätzlich ein Businessplan, dass man heute gegen viele Dinge auftritt, da man damit auch Mitgliederwerbung macht und Beiträge lukriert. Wir erleben das im Wintersport, im Skisport, beim Ausbau von Seilbahnen. Wenn ich daran denke, dass Schneekanonen mit Wasser, kalter Luft und sonst nichts betrieben werden und sie dennoch offenbar das Feindbild vieler NGOs sind, dann ist es ja nur ein Zeichen in diese Richtung.

Es wurde gesagt, dass wir den Anteil von erneuerbarem Strom auf 100 Prozent hinaufschrauben wollen und sollen; das ist ein ambitioniertes Thema. Unser Landeshauptmannstellvertreter hat ja bereits erwähnt, dass es in meinem Tal, dem größten und intensivsten Tourismustal der Alpen, bereits weit über 100 Prozent an Stromproduktion gibt. Dazu werden wir aber auch einige Dinge ändern müssen, beispielsweise die UVP und viele gesetzlichen Voraussetzungen.

Wenn ich daran denke, dass das Projekt Sellrain-Silz jetzt über zehn Jahre in der Warteschleife ist und dass wir bei Kraftwerken – wie im Kaunertal – bereits 20 Jahre vorher beginnen müssten, um zu einer Lösung zu kommen, dann glaube ich, sind wir am falschen Weg. Die Doppelbödigkeit vieler NGOs in diesem Bereich, die auf der einen Seite erneuerbare Energie und aus dem Karbonzeitalter aussteigen wollen, auf der anderen Seite aber solche Projekte verhindern, gehört auch immer wieder aufgezeigt, weil ich doch glaube, dass der Ausstieg aus dem Karbonzeitalter nicht nur eine Frage der Wirtschaftlichkeit und der Umwelt ist – und auch nicht nur eine Frage der NGOs –, sondern eine Frage des Anstandes, wie man mit Ressourcen und der Zukunft unserer Jugend umgeht. – Herzlichen Dank. *(Beifall.)*

12.44

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Florian Maringer. – Bitte.

12.44

Florian Maringer (Dachverband Erneuerbare Energie Österreich): Ich glaube, es ist wenigstens dem, was die Experten gesagt haben, hinzuzufügen. Eine ambitionierte Klima-

Florian Maringer

und Energiestrategie, eine ambitionierte Klima- und Energiepolitik sind alternativlos. Ich glaube, das muss man hier im Saal einfach feststellen: Wir haben ein fossiles Joch, das eine laufende Hypothek darstellt. Die laufende Hypothek ist eine mit einer steigenden Verzinsung und je eher wir sie abstreifen, desto besser ist es.

Bis 2030 brauchen wir klare Ziele. Wir können bis 2030 einen Anteil von erneuerbaren Energien von 60 Prozent erreichen. Ich glaube, erst ab 50 Prozent können wir davon sprechen, dass wir die Kurve bis 2030 gekriegt haben. Insofern ist klar, wo die Latte liegt.

Wir müssen auch darüber sprechen, wie unsere Sprache funktioniert. Das, was wir investieren, was wir finanziell wollen und finanziell reinstecken müssen, ist eine Investition, es sind keine Kosten. Wir müssen investieren, weil alles andere alternativlos ist.

Wir müssen diese Investitionen so oder so tätigen. Wir müssen unser Energiesystem umbauen und es sowieso auf neue Beine stellen. Wenn wir es erneuerbar machen, ist es nachhaltig. Wenn wir es erneuerbar machen, hat es eine Zukunft.

Weltweit wird bereits seit Jahren mehr in erneuerbare als in fossile Energien investiert. In einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik muss Österreich genau diesen Weg verfolgen, alles andere ist, wie erwähnt, alternativlos.

Was wir brauchen, ist nicht nur den Markt, sondern auch die Rahmenbedingungen, um auf diesem Markt aktiv zu werden. Die EU-Kommission sagt selbst, dass dieser Markt fossil geprägt ist. Wenn er fossil geprägt ist, dann brauchen wir die Rahmenbedingungen, um dem entgegenzuwirken, das heißt, wir brauchen stabile und sichere Rahmenbedingungen, stabile und sichere Fördersysteme, um den Ausgleich zu fossilen Energieträgern zu schaffen – momentan noch werden wir das brauchen. Wir brauchen beispielsweise keine instabilen Fördersysteme, wie es kürzlich in Europa immer wieder vorkam. Das macht dieses Projekt nur teurer.

Jetzt komme ich zum Schluss: Wir brauchen eine ambitionierte EU-Politik, denn Ziele, die unter 35 Prozent anstreben – und damit gehen wir einher mit den Zielen, die progressive Staaten momentan haben –, sind einfach auch für unsere Energiewende zielführend und wir nicht von fossilen und nuklearen Energieerzeugern umgeben sind, die unsere Märkte stören, die unsere Kraftwerke in Österreich stören.

Insofern wäre es wünschenswert, einen progressiven Weg voranzugehen. Wir stehen bereit, unsere Potenziale sind klar, unsere Expertise liegt am Tisch. Wir haben Studien, wir haben Experten, und wir sind gerne dabei, diese ambitionierte Energie- und Klimastrategie ernst zu nehmen und sie umzusetzen. – Danke. (*Beifall.*)

12.46

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nächster Redner: Herr Heinrich Kopetz. – Bitte.

12.46

Dr. Heinrich Kopetz (Verein Energypeace): Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrter Herr Minister! Geschätzte Damen und Herren! Ich spreche hier im Namen des Netzwerkes Energypeace mit Sitz in der Steiermark, in Mureck. Wir wünschen der Regierung recht viel Erfolg mit der Klimastrategie. Ich möchte zu drei Punkten ein paar Sätze sagen.

Erstens zur Physik: Die Physik liefert uns den Erfolgsmaßstab. Momentan haben wir eine Konzentration von mehr als 410 ppm CO₂ in der Atmosphäre, der höchste Wert, seitdem es Menschen gibt, und der Wert steigt jährlich um 2 ppm. Wenn es noch einige Jahre so weiter geht, sind die Pariser Ziele nicht mehr erreichbar.

Dr. Heinrich Kopetz

Zweitens zur Ökonomie: Wenn man die Entwicklung der österreichischen Emissionen über die letzten 15 Jahre studiert, stellt man Folgendes fest: Immer dann, wenn der Ölpreis unter 100 US-Dollar je Fass war, sind die Emissionen gestiegen, wenn er über 100 US-Dollar je Fass war, sind sie gesunken. Das heißt, der Hauptparameter für unsere Emissionen ist eigentlich der Ölpreis, und daraus folgt: Nur mit einem Steuerumbau können wir die Pariser Ziele erreichen.

Das ist so quasi mein Apell – ich schließe mich meinem Vorredner an –: Wir brauchen einen Umbau im Steuersystem – weniger Abgaben für Arbeit, höhere Abgaben für fossile Energien –, damit wir die Pariser Ziele erreichen können. Es heißt im Regierungsprogramm und in der Politik: Wir setzen das Abkommen von Paris um, und: Wir wollen keine Änderungen im Steuerbereich. – Das ist an sich unvereinbar. Ich glaube, das sollten wir fairerweise erkennen.

Wir brauchen, wie es genannt wurde, die CO₂-Bepreisung, den Abbau der Privilegien der fossilen Energien oder einfach eben eine CO₂-Steuer. Ohne diesen Umbau sind alle Bemühungen allein nicht ausreichend. Das ist quasi die Obermaßnahme, die Leitmaßnahme, die alle anderen Maßnahmen begünstigt: die Effizienzbemühungen, die erneuerbaren Energien, das Sparen.

Mein Appell an alle Vertreter hier ist nur, dass wir diese Erfahrungen aus dem Ausland, aus der Geschichte, aus der Physik ernst nehmen und uns dazu entschließen, jetzt diesen Steuerumbau zu beginnen. Dann wird die Energiestrategie ein toller Erfolg und uns in Österreich wesentlich weiter bringen. – Danke. (*Beifall.*)

12.49

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nächster Redner: Herr Josef Thoman. – Bitte.

12.49

Mag. Josef Thoman (Bundesarbeitskammer): Sehr geehrte Damen und Herren! Die Arbeiterkammer sieht einiges im Entwurf zur Klima- und Energiestrategie sehr positiv. Das betrifft nicht nur die grundsätzliche Ausrichtung, sprich: das klare Bekenntnis zum Ausstieg aus fossiler Energie bis 2050, sondern vor allem auch die sektorübergreifende Betrachtung, das Bekenntnis zu einem sehr effizienten Mitteleinsatz und die gesamtwirtschaftliche Betrachtung, die auch einschließt, dass man sich der Frage der Beschäftigung widmet.

Energie- und Klimapolitik ist auch eine soziale Frage. Die Frage der Finanzierung wird in der Klima- und Energiestrategie aber völlig ausgeblendet. Damit stellt man sich auch nicht der Frage der Verteilung, die darin kein Thema ist. So ist es auch nicht überraschend, dass das Thema Energiearmut auf 62 Seiten nicht ein einziges Mal vorkommt, obwohl 200 000 Haushalte in Österreich angeben, dass sie im Winter ihren Wohnraum nicht ausreichend warmhalten können.

Es ist also auch eine Verteilungsfrage – wer soll zahlen? – nicht nur zwischen Unternehmen, Industrie und den privaten Haushalten, sondern auch innerhalb der Gruppe der privaten Haushalte.

Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in einer Zweiklassenenergiegesellschaft aufwachen: auf der einen Seite die smarten, technisch und finanziell gut ausgestatteten Haushalte mit Photovoltaikanlagen, Speichern, Elektroautos und auf der anderen Seite der Rest unserer Gesellschaft, der nicht in der Lage ist, sich zu optimieren, sich zu solidarischer Netz- und Systemfinanzierung zusammenzuschließen.

Wir müssen erkennen, dass Energie nicht irgendein Gut, sondern ein wesentliches Gut unserer modernen Gesellschaft ist. Es ist für die Wirtschaft wichtig, aber auch Grundlage für die Teilhabe an unserer modernen Gesellschaft. Das heißt, die faire Verteilung

Mag. Josef Thoman

der Kosten und die Sicherstellung, dass alle an dieser Energiewende teilhaben, ist wesentlich, denn sonst wird es uns sicher nicht gelingen, diese ambitionierten Ziele zu erreichen. *(Beifall.)*

12.51

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nächster Redner ist Herr Stefan Moidl. – Bitte.

12.51

Mag. Stefan Moidl (IG Windkraft): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Möglichkeit, hier sprechen zu dürfen. Eine Klima- und Energiestrategie ist etwas, was seit Jahrzehnten in Österreich fehlt. Es ist ganz wichtig, dass es eine Richtschnur auch für die politischen Debatten hier im Haus gibt. Wir haben das in vier Jahren Diskussion über die Kleine Ökostromnovelle, die letzten Sommer dankenswerterweise einstimmig hier im Parlament beschlossen wurde, sehr intensiv verfolgen können. Da diese Richtschnur fehlt, sind die Auseinandersetzungen in der Klima- und Energiepolitik auch so intensiv.

Ich selbst komme aus der Windbranche. Es ist den meisten nicht bewusst, dass wir mit 7 Milliarden Kilowattstunden schon 11 Prozent der österreichischen Stromversorgung sichern – in Ostösterreich natürlich noch viel mehr, denn das Bundesland Burgenland produziert wesentlich mehr Windstrom, als es an Strom im Jahr verbraucht.

Aber darüber hinaus gibt es in der Windbranche eine große Zuliefer- und Dienstleistungsbranche. Wir haben im Moment mit der Erzeugung des Stroms, aber auch der Technologielieferung insgesamt ungefähr eine Milliarde Euro Umsatz. Es ist wenig bekannt, dass es da Weltmarktführer gibt. In jedem zweiten Windrad der Welt ist eine Steuerung der Firma Bachmann aus Vorarlberg enthalten.

Jetzt zur Klima- und Energiestrategie: Wir nehmen uns für die Zukunft sehr viel vor, wir tun aber immer weniger. Das ist ein Leitsatz, der leider für die Europäische Union stimmt. Es gibt seit 2011 sinkende Investitionen in erneuerbare Energien. – Von 2011 bis 2017 um 58 Prozent weniger Investitionen! Dasselbe gilt für Österreich. Sie können den Bericht des BMVIT über die innovativen Energietechnologien anschauen oder auch die Broschüre „Erneuerbare Energie in Zahlen“. Da sieht man, dass auch in Österreich die Investitionen sinken. Das gehört dringend geändert.

Ich will eindringlich bestärken, dieses 100-Prozent-Ziel betreffend Strom zu verfolgen, das wir schon dreimal bei UNO-Konferenzen geäußert haben. Wir brauchen dafür dringend brauchbare Rahmenbedingungen. Das Ökostromgesetz hat zwar ungefähr 120 Anlagen zur Realisierung gebracht, 200 befinden sich aber noch in der Warteschlange. Wir könnten viel mehr tun, wenn uns dieser Nationalrat das auch tun ließe.

Eine CO₂-Bepreisung beim Strom sollte nicht nur europäisch, sondern auch in der Strompreiszone der betroffenen Länder erfolgen, weil es sehr viel realistischer ist, dass das dann auch kommt. – Vielen Dank. *(Beifall.)*

12.54

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Hans-Christian Kirchmeier. – Bitte.

12.54

Ing. Mag. Hans-Christian Kirchmeier, MTD, MBA (Österreichischer Biomasse-Verband): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir begrüßen die Klima- und Energiestrategie. Ein wesentliches Ziel – Sie, Frau

Ing. Mag. Hans-Christian Kirchmeier, MTD, MBA

Bundesministerin, haben es erwähnt – ist die Sicherung der Bestandsanlagen. Dazu gehören in Österreich auch 134 Holzkraftwerke, die Ökostrom und Wärme auf Basis fester Biomasse, im Wesentlichen Hackgut, erzeugen.

Diese 134 Anlagen produzieren circa 2 000 Gigawattstunden, können damit rund 600 000 Haushalte mit Strom aus erneuerbarer Energie versorgen und erzeugen circa 4 500 Gigawattstunden Wärme. Damit können circa 450 Millionen Liter Heizöl substituiert werden. Die Wertschöpfung von Heizöl fließt in aller Regel ins Ausland und bleibt nicht in Österreich. Das gilt es auch zu bedenken.

Eine Studie der Energieagentur aus dem Jahr 2017 kommt zu dem Ergebnis, dass Holzkraftwerke in Österreich circa 6 400 Arbeitsplätze sichern, und das vor allem im ländlichen Raum in – leider oftmals – strukturschwachen Regionen. Das ist auch etwas, was man unbedingt bedenken soll und warum es wert ist, diese Anlagen am Leben zu erhalten und auch weiter auszubauen. Holzkraftwerke sind Wertschöpfungsmultiplikatoren und sorgen für Wertschöpfung in Österreich.

Die Energieerzeugung aus fester Biomasse leistet aber auch einen sehr, sehr wesentlichen Beitrag zur Waldgesundheit, zur Erhaltung der Schutzfunktion des Lebensraumes Wald. Es wurde bereits angesprochen. Wir haben mit massivem Borkenkäferbefall zu kämpfen. Holzkraftwerke sichern auch, dass der große Schadholzanfall rechtzeitig aus dem Wald kommt. So kann die Waldhygiene betrieben, die Waldgesundheit wiederhergestellt und damit auch der Borkenkäferbefall vermindert werden.

Das Energiegesetz 2020 ist wichtig. Wir brauchen das unbedingt. Es gilt aber auch zu bedenken, dass 2018 und 2019 circa 60 Prozent der Kapazität bereits aus dem Markt fallen, daher brauchen wir dringend eine Übergangslösung. Betreiben Sie bitte keine Kindesweglegung, erhalten Sie diese Werke, die österreichische Wertschöpfung bedeuten, am Leben! – Danke. *(Beifall.)*

12.57

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nächster Redner: Herr Adam Pawloff. Ich möchte bitte nochmals auf die 2 Minuten Redezeit hinweisen. – Bitte.

12.57

Adam Pawloff, BA (Greenpeace): Sehr geehrte Bundesminister! Geschätzte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung und auch vielen Dank für die heutige Initiative. Nachdem offenbar das Finanzministerium, die Wirtschaftskammer, die IV und vermutlich eine Reihe weiterer Akteure an dieser Strategie herumgeschraubt haben, war es auch höchste Zeit, das Parlament bei der Zukunft unseres Klimas miteinzubeziehen.

Wenn die Strategie, wie sie derzeit vorliegt, derart vage bleibt, weil wir einfach nicht gewillt sind, Maßnahmen, Zuständigkeiten, Zeitpläne und eine Finanzierung in dieser Strategie festzuschreiben, dann wird eben das Parlament liefern müssen. Das Parlament beschließt die Budgets, die gesetzlichen Maßnahmen und hat auch das Recht, von sich aus initiativ zu werden. Ich appelliere daher heute hier vor Ort an die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, das zu tun.

Um am Ende von einer Klima- und Energiestrategie sprechen zu können, die tatsächlich vielleicht auch mehr wert ist als das Papier, auf dem sie geschrieben steht, müssen ein paar Dinge berücksichtigt sein.

Im ersten Panel ging es um die Frage des Endes des fossilen Zeitalters. Meine Damen und Herren, das fossile Zeitalter werden wir nur dann beenden, wenn die Dinge endlich das kosten, was sie an Kosten verursachen. Das heißt – und da bin ich nicht der Erste, der das heute sagt –, es wird eine grundlegende ökosoziale Steuerreform brauchen. Es wird den Abbau umweltschädlicher Subventionen brauchen. Ich weiß, dass die

Adam Pawloff, BA

Bundesregierung auch nach Einsparungsmöglichkeiten sucht. Hier entgehen dem österreichischen Staat – und ich weiß, so einfach ist die Rechnung nicht – mehrere Milliarden Euro pro Jahr.

Darüber hinaus erwarten wir uns eine deutliche Konkretisierung. Das ist ganz, ganz klar aus allen Round-Table-Gesprächen hervorgegangen. Ohne Zeitpläne, Budgets, Maßnahmen, Zuständigkeiten kann und wird aus dieser Strategie nichts werden. Wir erwarten uns ein Mindestmaß an Transparenz. Daher erhebt sich die Frage, wie mit den Ergebnissen der heutigen Sitzung umgegangen wird.

Am Schluss noch zwei Bemerkungen – und das eine sage ich wirklich bei aller Wertschätzung dem Potsdam Institut für Klimafolgenforschung gegenüber, und ich finde, der Beitrag war auch entsprechend kritisch –: Es stellt sich schon die Frage, warum keine österreichischen KlimawissenschaftlerInnen eingeladen wurden, hier eine Keynote zu halten. Ich stelle vielleicht auch die Frage, warum. – Weil ihre Stellungnahme zur Klimastrategie eben der Bundesregierung einfach zu kritisch war?

Wir werden Sie an Ihren Taten messen – an den Taten, die Sie gesetzt haben, um die größte Herausforderung der Menschheitsgeschichte zu bewältigen. Bislang fällt die Beurteilung ziemlich ernüchternd aus, aber Sie haben noch Zeit, und ich hoffe, Sie werden diese Zeit auch nutzen. *(Beifall.)*

13.00

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nächster Redner ist Herr Gerhard Wotawa. – Bitte.

13.01

Dr. Gerhard Wotawa (Climate Change Centre Austria): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Minister! Sehr geehrter Herr Minister! Ich spreche heute für das Climate Change Centre Austria, das Netzwerk von 24 Universitäten und nicht universitären Forschungseinrichtungen in Österreich. Wir haben bereits einige Kommentare zur Klima- und Energiestrategie gegeben und wollen auch heute etwas dazu sagen.

Das Climate Change Centre Austria begrüßt diese Klima- und Energiestrategie wie auch die Bemühungen der Bundesregierung, in diesem Bereich und auch mit dem Partizipationsprozess weiterzumachen.

Ich glaube, wir brauchen über die wissenschaftliche Evidenz nichts mehr zu sagen, das wurde von den Vortragenden sehr gut gemacht. Wir Klimaforschende kommen uns ja betreffend Trockenheiten, Stürme, Überschwemmungen und so weiter immer wie die Propheten des Untergangs vor. Persönlich glaube ich, dass es uns gelingen muss, die positive Vision einer Zukunft der Österreicherinnen und Österreicher und auch einer globalen Zukunft hervorzuheben.

Was heißt das für uns? – Das heißt, es gibt große Chancen, durch eine frühzeitige ökonomische Transformation – Stichwort Green Economy – auf Unabhängigkeit der Energieversorgung in Österreich, also Unabhängigkeit von Energielieferungen aus Krisenregionen. Ich glaube, auch Sie als Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie die Bundesregierung haben die Chance, entscheidende langfristige Weichenstellungen für die Zukunft Österreichs vorzunehmen.

Ein paar Punkte würde ich Ihnen noch gerne auf den Weg mitgeben. Einer ist: Ich glaube, wir benötigen einen angemessenen Beitrag Österreichs zur Erreichung der Paris-Ziele von 1,5 Grad, was ja ohne Alternative ist. Das heißt, die Reduktion der österreichischen CO₂-Emissionen bis 2030 sollte eher in Richtung minus 50 Prozent gehen, damit wir dieses Ziel einer dekarbonisierten Wirtschaft bis zum Jahr 2050 auch tatsächlich erreichen können. Die Reduktion des Primärenergieverbrauchs in Österreich – denn die Energie, die wir nicht verbrauchen, brauchen wir auch nicht zu produ-

Dr. Gerhard Wotawa

zieren – sollte sich derzeit in Richtung der oberen Bandbreite der Ambitionen entwickeln und sich vor allem eher in Richtung der 35 Prozent bis zum Jahr 2030 bewegen.

Zweitens brauchen wir konkrete Maßnahmen, die wir frühzeitig festlegen, dazu gehört auch eine Ökologisierung des österreichischen Steuersystems, um eben diesen Pfad zu unterstützen.

Last but not least benötigen wir auf diesem Weg auch Monitoring und Controlling durch unabhängige Expertinnen und Experten, damit man die Wirkung von Maßnahmen kontrollieren und, wenn notwendig, nachbessern kann.

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Ich muss Sie leider um den Schlusssatz bitten, sonst kommen wir mit dem Zeitplan nicht durch. – Bitte!

Dr. Gerhard Wotawa (fortsetzend): Danke, Herr Vorsitzender! Ich bin schon beim Schlusssatz. – Ich würde Ihnen gerne auch im Rahmen der österreichischen Community unsere Unterstützung bei der Umsetzung und bei der Kontrolle dieser Maßnahmen zusichern. – Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall.)*

13.03

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Als Nächster gelangt Herr Paul Ablinger zu Wort. – Bitte.

13.03

Mag. Dr. Paul Ablinger (Verband Kleinwasserkraft Österreich): Sehr geehrte Damen und Herren! Als Verband Kleinwasserkraft Österreich begrüßen wir eine Klima- und Energiestrategie mit ambitionierten Zielen. Wir sehen das klimapolitisch und wirtschaftlich als Chance für den Standort Österreich.

Die Kleinwasserkraft war immer ein Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs. Sie kann als älteste der Erneuerbaren auch in Zukunft eine sehr wichtige Rolle spielen, wenn man sie nur lässt. Dass gemäß der integrierten Klima- und Energiestrategie im Wesentlichen auf Ausschreibemodellen verzichtet werden soll, weist aus unserer Sicht in die richtige Richtung.

Natürlich müssen auch die weiteren Rahmenbedingungen nicht nur am Strommarkt entsprechend gestaltet werden. Was wir uns neben dem begrüßenswerten 100 Prozent-Ziel erwarten, sind vor allem verbindliche Umsetzungspfade und Zwischenziele. Derzeit liefern die Kleinwasserkraftwerke Strom für 50 Prozent der österreichischen Haushalte. Um den Bestand zu erhalten, muss das Ziel der Strategie Kostenwahrheit am Strommarkt enthalten.

Aber auch andere Chancen sollten ergriffen werden, wie beispielsweise Speicher- und Pumpspeicherkraftwerke im Kleinwasserbereich zu nutzen. Kleinwasserkraft sollte als Rückgrat, als Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität genutzt werden. Um dies zu ermöglichen, sind die Rahmenbedingungen im System und die Netznutzungsentgelte entsprechend anzupassen.

Sie haben nun den ersten Schritt auf die Brücke gesetzt, und ich hoffe, wir dürfen dann alle gemeinsam darüber gehen. – Danke schön. *(Beifall.)*

13.05

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Als Nächste gelangt Frau Stephanie Veigl zu Wort. – Bitte.

13.05

Dipl.-Ing. Stephanie Veigl (wissenschaftliche parlamentarische Mitarbeiterin): Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als parlamentarische Mitarbeiterin von Wolfgang Katzian möchte ich jetzt auf ein paar Punkte eingehen, die aus Sicht der Sozialdemokratie besonders wichtig sind.

Dipl.-Ing. Stephanie Veigl

Mein Vorredner Mag. Thoman hat bereits angesprochen, dass in der Energie- und Klimastrategie die soziale Komponente fast vollkommen fehlt.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass diese Energie- und Klimastrategie anscheinend als Werbung des Finanzministeriums für eine Haushaltskonsolidierung genutzt wird. Es heißt, dass die Kosten des Handelns nicht auf die nachfolgenden Generationen abgewälzt werden sollen. Aber was ist die Konsequenz? – Das bedeutet, dass Sie die Kosten des Nichthandelns auf die zukünftigen Generationen aufteilen werden. Man kann sich schon die Frage stellen, ob wir und unsere Kinder nicht auch in einer lebenswerten Zukunft leben wollen.

Warum reden wir eigentlich immer von Kosten? Eigentlich sollte viel mehr über Zukunftsinvestitionen gesprochen werden, denn Investitionen in die Infrastruktur und in den Klimaschutz sind Investitionen, von denen unsere Kinder einmal profitieren werden. Sie haben auch heute Beschäftigungseffekte; unsere innovativen Unternehmen würden sich über eine mutige Energiepolitik sehr freuen.

Lassen Sie mich noch kurz auf die Energiewirtschaft als wichtigsten Akteur der Dekarbonisierung eingehen, und zwar auf ein stabiles Stromnetz, das Sorgenkind der Energiewende, die Versorgungssicherheit: Dazu hat die Bundesregierung einseitig einstimmige Beschlüsse des Gesetzgebers aus der letzten Legislaturperiode abgedreht. Das ist nicht nur, Herr Bundesminister und Frau Bundesministerin, aus demokratiepolitischer Sicht extrem fragwürdig, es nimmt vor allem das Vertrauen der Energiewirtschaft in die Politik. Die Energiewirtschaft braucht jedoch dieses Vertrauen und die sicheren Rahmenbedingungen, um heute Investitionen zu tätigen, die wir in den nächsten zehn, zwanzig Jahren brauchen werden.

Ich appelliere daher an Sie, im Rahmen der Überarbeitung auf diese Leerstellen einzugehen. Herr Bundesminister Hofer, ich stimme mit Ihnen überein, die jungen Menschen haben wirklich sehr viel Optimismus. Nutzen wir unseren Optimismus, und stellen wir Weichen für die Zukunft, die wirkliche Weichen sind und nicht nur Lippenbekenntnisse! – Danke schön. *(Beifall.)*

13.08

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nächste Rednerin: Frau Laura Grossmann. – Bitte.

13.08

Laura Grossmann (System Change not Climate Change): Guten Tag! Ich bin heute als Vertreterin der Organisation System Change not Climate Change Österreich hier. Als wir die Einladung zu dieser Enquete bekommen haben, haben wir uns ernsthaft überlegt, ob wir überhaupt jemanden schicken wollen. Die erste Frage war, ob man sich an einer so vagen und katastrophalen Klimastrategie überhaupt beteiligen möchte, noch dazu bei einem Partizipationsprozess, den man eigentlich nur als heuchlerisch bezeichnen kann, wenn das hier der Höhepunkt ist, wo ich jetzt in zwei Minuten meine Kritik anbringen kann. – Aber gut.

Ich glaube, es wurde heute auch inhaltlich schon sehr viel kritisiert. Wenn man wirklich zuhören möchte, welche Vorschläge es in der Zivilgesellschaft, welche Vorschläge es in der Wissenschaft und der Technik gibt, dann haben die Minister und Ministerinnen genügend Möglichkeiten, sich zu informieren. Daher möchte ich die eineinhalb Minuten, die mir noch bleiben, dazu nutzen, einen Appell an alle, die heute hier sind, an alle, die Entscheidungen mittragen und in diesem Land und darüber hinaus Verantwortung haben, auszusprechen. Dieser Appell lautet: Seien Sie mutig!

Meine Kollegin von System Change not Climate Change hat letzte Woche mit ihrer Aktion beim Austrian World Summit bewiesen, dass die österreichische Bevölkerung

Laura Grossmann

Mut sehr schätzt. Man sieht, dass es Mut gibt und Lust macht, sich an Dingen zu beteiligen, wenn Leute aufstehen. Die drastischen Änderungen, die wir brauchen, um einen Systemwandel zu bewirken, um das 2-Grad-Ziel, das in Paris beschlossen wurde, einzuhalten, sind keine technischen und keine wissenschaftlichen Lösungen; die gibt es und das ist toll, und ich bedanke mich bei allen, die daran mitarbeiten. Was es jetzt aber wirklich braucht, sind politische Lösungen. Dafür braucht es auch Mut von Ihrer Seite und von allen, die Entscheidungen mittragen können.

Ich glaube, wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir alle an einem Strang ziehen. Wir als Zivilgesellschaft auf den Straßen, in den Schulen, in den Lokalen, wir werden weiterhin für die Dinge eintreten, die wichtig sind. Wir zeigen Mut, wir zeigen Zivilcourage, und ich würde Sie bitten, dass Sie auch innerhalb dieser Räume Mut zeigen und sozusagen eine Parlamentscourage einführen. Die Vergangenheit hat immer wieder bewiesen, dass große Umwälzungen in der Geschichte von der Zivilgesellschaft ausgingen und dass die Mächtigen, die sich dagegen gewehrt haben, egal ob in Politik oder Wirtschaft, am Ende immer den Kürzeren gezogen haben; deshalb noch einmal der Appell: Seien Sie mutig! Tun Sie etwas Gutes und stehen Sie nicht auf der falschen Seite der Geschichte! *(Beifall.)*

13.10

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Die nächste Rednerin ist Frau Irmis Salzer. – Bitte.

13.10

Dipl.-Ing. Irmis Salzer (Landessprecher-Stellvertreterin der Grünen Burgenland): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Ministerin! Herr Minister! Ich spreche im Namen des einzigen aktiven österreichischen Landwirts im Europäischen Parlament, von Thomas Waiz von den Grünen (*Heiterkeit*) – was gibt es da zu lachen? –, und auch im Namen von vielen anderen.

Wir haben folgende Stellungnahme zur Klima- und Energiestrategie dieser Regierung: Wir sind der Meinung, sie ist zu spät gekommen, sie ist lückenhaft, sie ist unausgewogen und sie ist auch uneuropäisch. Herr Minister Hofer, mein Landsmann aus dem Burgenland, hat gesagt, nach 100 Tagen kann man noch nicht erwarten, dass die Strategie schon sehr konkret ist und Zeitpläne und Maßnahmen beinhaltet. Minister Ruppacher hat seit 2016 angekündigt, dass er die Klima- und Energiestrategie vorstellen wird, aber wahrscheinlich war er da noch bei einer andersfärbigen Partei.

Zweitens ist diese Strategie lückenhaft. Die Frau Ministerin hat über die Probleme der Landwirtschaft angesichts des Klimawandels – mit den heißesten Jahren und mit den meisten Wetterkapriolen – gesprochen. Die Landwirtschaft ist eine der größten Leidtragenden, sie gehört aber global gesehen und auch in Österreich zu den VerursacherInnen. 10 Prozent der österreichischen Treibhausgasemissionen stammen aus der Landwirtschaft. Das Umweltbundesamt hat festgestellt, dass diese Treibhausgasemissionen in den letzten Jahren gestiegen sind. Die Landwirtschaft kommt in der Klimastrategie nicht vor; es gibt nur Lippenbekenntnisse zu Regionalität und Saisonalität der Produkte und zu kurzen Transportwegen, und gleichzeitig schicken wir jetzt Schweinebäuche, wohlgerukt, nicht -rüssel, 60 000 Kilometer nach China.

Drittens: Die Strategie ist unausgewogen. Die Frau Ministerin hat von einem Dreieck gesprochen, wir sagen, es ist ein Flaschenhals. Die Wettbewerbsfähigkeit ist der Flaschenhals, und die Ökologie und der Klimaschutz kommen da leider nicht durch.

Und last, but not least: Sie ist uneuropäisch. Wir haben laut dieser Klimastrategie Effizienzziele von 25 bis 30 Prozent, die EU hat Effizienzziele von 30 bis 35 Prozent. Das Klimaforschungsnetzwerk sagt wortwörtlich: „Damit schlägt Österreich implizit vor, dass

Dipl.-Ing. Irmi Salzer

andere Mitgliedstaaten zum Gesamtziel mehr beitragen sollen“ – also unsolidarisch und uneuropäisch.

Wir sind gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und den Bürgern und Bürgerinnen gespannt, wie Österreich diese Position im Rahmen der Ratspräsidentschaft im Herbst hinsichtlich Clean Energy Package durchbringen wird. – Danke schön. *(Beifall.)*

13.13

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Die Pause wird gegen 13.30 Uhr beginnen. Ich bitte noch einmal darum, die 2 Minuten Redezeit einzuhalten. – Danke schön.

Nächster Redner ist Herr David Reinberger. – Bitte.

13.13

Mag. David Reinberger (Wiener Umwelthanwaltschaft): Sehr verehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich, heute für die Wiener Umwelthanwaltschaft zu Ihnen sprechen zu dürfen. Wir denken, dass die Klima- und Energiestrategie, so wie sie vorgelegt ist, viele wichtige Ziele und Eckpunkte enthält. Gleichzeitig nehmen wir das Gesagte als Versprechen dafür, dass die Klimastrategie kein Endpunkt ist, sondern ein Anfangspunkt, der jetzt mit Leben erfüllt werden muss. Ich möchte das viele Richtige, das bereits gesagt wurde, nicht wiederholen, nur Schlagworte: Danke an all jene, die eine ökosoziale Steuerreform erwähnt haben, und ein ganz besonderer Dank an Herrn Dr. Luks, der über Reboundeffekte gesprochen hat. Ich denke, das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt, den wir immer mitdenken sollten.

Vonseiten der Umwelthanwaltschaft möchte ich noch sagen, dass wir uns auch mit jenen Dingen beschäftigen müssen, die wir nicht mehr ändern können, den Effekten des Klimawandels, die wir bereits sehen und mit denen wir in den nächsten Jahren zurande kommen müssen. Dabei ist die Erhaltung einer gesunden Umwelt ein ganz, ganz wesentlicher Punkt, denn nur eine gesunde Umwelt wird ein Garant dafür sein, dass die Natur mit den Effekten des Klimawandels – mit Trockenheit, mit Starkregenereignissen und allem, was da auf uns zukommt – wird umgehen und sich anpassen können. Als ganz wichtigen Punkt möchte ich da den Schutz des unversiegelten Bodens erwähnen; da hat Österreich leider noch einiges zu tun, damit wir Vorbild werden können.

Ganz konkret möchte ich abschließend sagen: Wir müssen angesichts der Weite, die die Strategie hat, aufpassen, dass wir auch unsere tagespolitischen Entscheidungen danach ausrichten, dass diese konsistent zu dieser großen abdeckenden Strategie sind. Letztendlich noch einen ganz konkreten Punkt zur Strategie: Es geht um die Erleichterung und Beschleunigung von Infrastrukturprojekten. Ich denke, da kann man noch etwas nachschärfen, denn es macht einen Unterschied, ob man ein Wasserkraftwerk ertüchtigt und mit einer zeitgerechten Fischaufstiegshilfe versieht oder ob man eine Autobahn baut. – Danke vielmals. *(Beifall.)*

13.16

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nächster Redner ist Herr Bundesrat Stefan Schennach. – Bitte.

13.16

Bundesrat Stefan Schennach (SPÖ, Wien): Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Liebe Teilnehmer dieser Konferenz! Als Vorsitzender des Ausschusses für Zukunftsfragen freue ich mich natürlich, dass endlich eine Klima- und Energiestrategie vorliegt. Ich hätte mich jedoch mehr gefreut, würde das Original vorliegen, das offensichtlich doch etwas mehr Zähne hatte als dieses Kompromisspapier, das leider schon bei der Geburt einen großen Schönheitsfehler hat.

Bundesrat Stefan Schennach

Mit dieser Strategie, die jetzt vorliegt, verfehlen wir die Klimaziele von Paris bei Weitem. Es ist eine Art Torso, es gibt keine Verbindlichkeiten, keine klaren Ziele, keine Umsetzungen, dass das alles kommt, und es geht auf manche Problematiken, die auch heute in der Diskussion schon angesprochen worden sind, nicht ein, etwa dass eine Dekarbonisierung natürlich auch eine extreme Zunahme des Elektrizitätsbedarfs nach sich zieht; die Arbeitsintensität hinsichtlich Energieeffizienz wird viel zu wenig angesprochen, aber auch die Innovationskraft, die wir in den Städten und Gemeinden haben. – All das muss in diese Diskussion einfließen. Es kann nicht ausgeglichen sein; wenn man ein Ziel erreichen will, muss man eine Zielsetzung auch ambitioniert verfolgen.

Was zum Beispiel fehlt, ist eine umfassende Ökosteuerreform; das muss in eine solche Strategie hinein, und diese umfassende Ökosteuerreform muss natürlich eine andere Form von Ausgleich schaffen. Ich war im Rahmen der Union für das Mittelmeer acht Jahre für Energie, Umwelt und Wasser zuständig: Wir haben den mediterranen Solarplan geschaffen. Wir haben in einigen Ländern, in denen das Gas sozusagen nichts kostet, zum Beispiel flächendeckend energieunabhängige Polizeistationen geschaffen. Wir haben zwischen Staaten, die noch nicht einmal einen Friedensvertrag haben, Solarenergielieferverträge gemacht.

Das heißt, man muss eine Zielsetzung haben. Man muss diese Zielsetzung aber wirklich mit Namen und Verantwortlichkeiten versehen, und das fehlt in dieser Strategie. Ich hoffe aber, dass die Regierung so weit offen ist, dass in diese Strategie wieder Zähne zurückimplementiert werden können und wir hier zusammenarbeiten. *(Beifall.)*

13.19

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Zu Wort gelangt Herr Robert Pichler. – Bitte.

13.19

Ing. Robert Pichler (Deca): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Minister! Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrte Abgeordnete und Klimaschützer! Ein kurzer Satz zur Vorstellung: Ich komme von Deca, Dienstleister Energieeffizienz und Contracting Austria, wir sind die Stimme für die Energieeffizienz in Österreich. Wir freuen uns, dass es die Klima- und Energiestrategie gibt, aber natürlich würde ich mich nicht zu Wort melden, wenn wir völlig zufrieden wären.

Das Wort Energieeffizienz lesen wir leider viel zu selten in dieser Klima- und Energiestrategie. Energieeffizienz sollte ein Schwerpunkt sein, Energieeffizienz ist sozusagen die Lösung für viele Probleme und Antwort auf viele Fragen, die wir heute schon gehört haben. Energieeffizienz kann in allen Sektoren und bei allen Energieträgern angewendet werden und kann sehr vieles lösen. Energieeffizienz sollte ein Schwerpunkt sein, der in allen Kapiteln begleitend enthalten sein muss. Energieeffizienz stärkt auch die heimische Wirtschaft. Beim Stichwort Wirtschaft muss ich dazusagen, das ist auch das, was wir in der Klima- und Energiestrategie vermissen: die KMU.

Verschwenden wir weiterhin Energie, dann werden wir diese Ziele sicherlich nicht erfüllen können. Auch mein Elektroauto ist schon in Bestellung und wird bald geliefert. Ich hoffe, dass der Reboundeffekt, von dem wir heute schon gehört haben, nicht dazu führt, dass ich dann viel mehr Auto fahre als früher. Das heißt, auch das gehört natürlich in die Klima- und Energiestrategie hinein, und wir sollten darauf achten, dass die Energieeffizienz überall Einzug hält, in jedem Teilbereich.

Wir als Deca bieten unsere Mitwirkung dabei an. Wir haben entsprechende Eingaben gemacht und vier Leuchttürme zusätzlich vorgeschlagen. Es würde uns freuen, wenn wir zur weiteren Mitarbeit und Gestaltung der Detailgesetze eingeladen werden. – Vielen Dank. *(Beifall.)*

13.21

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nächster Redner ist Herr Peter Obricht. – Bitte.

13.21

Dipl.-Ing. Peter Obricht, MBA (Land Niederösterreich): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich, dass ich hier kurz Gelegenheit habe, als Experte des Landes Niederösterreich ein paar Punkte zu erwähnen.

Die vorliegende Strategie der Bundesregierung wird begrüßt – mit dem klaren Bekenntnis zum Paris Agreement, mit dem klaren Bekenntnis zu Klimaschutz und Energieeffizienz und auch dem Bekenntnis, dass der Klimaschutz Motor für Innovation und Beschäftigung sein kann.

Niederösterreich möchte da ein starker Partner sein und ist auch bisher ein starker Partner gewesen. Wir erzeugen seit 2015 bereits 100 Prozent Strom aus Wasser, Sonne und Biomasse. Wir haben mit rund 700 Anlagen und 1 500 Megawatt installierter Leistung die höchste installierte Leistung von Windkraftanlagen in Österreich. Wir haben seit 2005 Treibhausgase im Gebäudebereich um 37 Prozent reduzieren können. Über 40 000 Beschäftigte sind im Bereich Umwelt und erneuerbare Energie tätig, die 7,9 Milliarden Euro Umsatz erwirtschaften und eine Wertschöpfung von 3,3 Milliarden Euro erbringen. Wir haben Energiebeauftragte für alle Gemeinden installiert, machen bei allen Gemeinden Energiebuchhaltung, und wir haben das Ölverbot im Neubau beschlossen.

Ich darf zwei Anregungen für die Strategie mitgeben: Der Entwurf deckt natürlich nur eine Teilmenge der zu reduzierenden Treibhausgase, und da ist die große Aufforderung, dass wirklich alle Sektoren einbezogen werden müssen; jeder kann etwas beitragen, jeder sollte etwas beitragen. Bei den Ausbaupfaden der Energieträger – das haben wir schon mehrfach gehört – sollten Sie bitte Zwischenziele einführen. Wir stehen für eine kostengünstige Zielerreichung, zur heimischen Erzeugung von Energie und für eine stetig und langjährig berechenbare Förderpolitik.

Bitte entfesseln Sie die E-Mobilität, das ist ganz wichtig. Generieren Sie – wie in Norwegen – alle möglichen Vorteile hinsichtlich Steuern, Förderungen, Besserstellung im Betrieb! Das wäre ganz wichtig für die Verkehrssituation. Fangen Sie mit dem Einspeisen von Grünem Gas in die Gasinfrastruktur an! Wir können heute beginnen und 2030 könnten wir 10 Prozent Biogas einspeisen.

Die Vorleistungen der Länder im Bereich der Wärmeversorgung und der thermischen Sanierung sind bekannt. Weitere Maßnahmen sind sicher nur möglich, wenn uns der Bund da auch wirklich unterstützt: zusätzliche Förderungen, langfristig sichere Förderungen, steuerliche Erleichterungen für Private und Betriebe, Änderungen im Wohnungseigentumsgesetz, im Mietrechtsgesetz, eine Ansprechstelle für Bundesförderungen und Landesförderungen bei Sanierungen. Warum könnten das zum Beispiel nicht die Länder machen?

Bitte durchforsten Sie klimaschädliche Subventionen, betreffend Heizöl wäre wichtig, sukzessive die Heizölsteuer anzuheben, damit wir bis 2025 nicht ständig neue Ölheizungen einbauen müssen. Verwenden Sie die Einnahmen aus dem Emissionshandel für Maßnahmen zu Klimaschutz und Energiewende. – Vielen herzlichen Dank. *(Beifall.)*

13.24

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Zu Wort gelangt Herr Roman Türk. – Bitte.

13.24

Univ.-Prof. Dr. Roman Türk (Naturschutzbund Österreich): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ein Vertreter des Naturschutzbundes Österreich und möchte einige Gedanken bringen, die die Natur betreffen.

Univ.-Prof. Dr. Roman Türk

Wir haben den Begriff Natur heute immerhin schon zweimal gehört. Als ein in Naturschutzfragen Tätiger möchte ich hier anregen, dass man im Zusammenhang mit der Klimaschutzstrategie auch ein Bundesgesetz für Naturschutz schafft, dass die Ökosysteme in einer Weise erhalten bleiben, dass die Biodiversität erhalten bleibt, damit die interaktiven Prozesse zwischen den einzelnen Organismen entsprechend ablaufen können und auch ein Evolutionspotenzial erhalten bleibt, denn ohne dieses geht es nicht. Wir können uns hier nicht nur auf das Klima beschränken, wir müssen auch immer die Natur in Betracht ziehen.

Wir haben schon sehr oft den Begriff Dekarbonisierung gehört. Wir brauchen auch eine Denitrifizierung der Atmosphäre – es sind unwahrscheinlich hohe Gehalte an Stickstoffverbindungen in der Atmosphäre. Wir brauchen zum Beispiel eine Verminderung der Aerosole, die eine enorme Bindungskapazität für Infrarotstrahlung haben.

Eines muss auch noch erwähnt werden: Wir müssen die CO₂-Bindungsfähigkeit von Ökosystemen erhöhen beziehungsweise wirklich auch schaffen, sei es etwa durch die Schaffung und durch die Aktivierung von Hoch- und Flachmooren oder von Naturwaldreservaten mit einem hohen Moosanteil, die eine enorme CO₂-Bindungsfähigkeit haben.

Ich habe heute auch schon den Begriff Humus gehört, das hat mich sehr gefreut, denn wir müssen eben auch den Humusanteil erhöhen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

13.26

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nächster Redner ist Herr Johannes Wahlmüller. – Bitte.

13.26

Mag. Johannes Wahlmüller (Global 2000): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrter Herr Minister! Für uns ist dieses Thema sehr, sehr wichtig und wirklich auch ein Herzensanliegen. Ich möchte jenen Abgeordneten, die ihre Redezeit dafür verwendet haben, Seitenhiebe auf NGOs zu verteilen, ein Gespräch anbieten, denn vielleicht gibt es hier auch Aufklärungsbedarf.

Uns ist es sehr, sehr wichtig, und ich sehe es auch positiv, dass in der Strategie die Dekarbonisierung bis 2050 als klares Ziel vorgegeben wird; nur wichtig ist dann auch, dieses Ziel durchzudeklinieren und auch umsetzbar zu machen. Wir brauchen deshalb eine Strategie, die die Bevölkerung wirklich vor Klimagefahren schützt. Wir reden hier nicht über Kleinigkeiten, wir reden über Schäden im Ausmaß von bis zu 8,8 Milliarden Euro pro Jahr – Vermurungen, Hochwasserschäden, Ernteauffälle in der Landwirtschaft, bis hin zu Einbrüchen im Wintertourismus –, und wir reden auch über Menschenleben. Die Paris-Ambition sehen wir in der Strategie derzeit noch nicht, das hat die Klimawissenschaft, glaube ich, auch sehr klar gesagt.

Wir brauchen aber auch eine Strategie, die die wirtschaftlichen Chancen nutzt, denn es ist auch eine gewinnbringende Strategie, auf Klimaschutz zu setzen. Eine Studie, die auch auf Initiative von Global 2000 vor zwei Wochen veröffentlicht wurde und in der genau durchgerechnet wurde, wie wir die Klimaziele erreichen können, kommt zum Ergebnis, dass es auch wirtschaftlich gut für uns ist, das zu tun.

Wir brauchen auch eine Strategie, die die Lebensqualität erhöht, die Luftschadstoffe senkt und letztendlich auch die Lärmbelastung senkt. Das kann eine wirkliche Gewinnstrategie für die Bevölkerung in Österreich sein. Das heißt, ambitionierte Klimapolitik ist gut für uns, und wir sehen, dass hier die Ambition derzeit zum Großteil noch fehlt. Es braucht also einerseits eine Nachschärfung bei den Zielen.

Ich möchte aber auch noch ein paar Worte über ein sehr, sehr entscheidendes Instrument beziehungsweise eines, das wir für sehr, sehr wichtig halten, verlieren, das in

Mag. Johannes Wahlmüller

der Strategie kaum oder nur sehr, sehr vage vorkommt, und das ist eine ökologische Steuerreform. Ich sage das auch deshalb, weil wir das wirklich durchrechnen lassen haben und gesehen haben, dass wir, wenn wir fossile Energie stärker besteuern, auf der anderen Seite andere Steuern senken, dadurch Arbeit günstiger machen, mehr als 17 000 Arbeitsplätze schaffen können. Wir halten es für einen wirklich schweren Fehler, wenn ein solches Instrument in einer Strategie nicht prominent vorkommt.

Schlusswort: Letzte Woche fand der Austrian World Summit statt, dort hat die Premierministerin von Norwegen, Erna Solberg, eine konservative Ministerin, auch gesagt, wie positiv die Erfahrungen mit der ökologischen Steuerreform in diesem Land waren. Das ist schon ihre zweite Amtszeit, sie ist wiedergewählt worden. Bitte nehmen Sie das als Zeichen, dass man solche Dinge auch sinnvoll und gut umsetzen und die Klimapolitik wirklich ein Treiber für positive gesellschaftliche Veränderungen sein kann! – Vielen Dank. *(Beifall.)*

13.29

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nächste Rednerin ist Frau Hanna Simons. – Bitte.

13.29

Mag. Hanna Simons (WWF): Sehr geehrte Damen und Herren! Der WWF begrüßt und anerkennt, dass in relativ kurzer Zeit von dieser Bundesregierung eine Klima- und Energiestrategie vorgelegt wurde, dass also endlich etwas getan wurde. Nur das Wesen einer Strategie ist nicht, etwas zu tun, sondern, etwas zu erreichen, und aus unserer Sicht werden die Klimaziele des Pariser Klimaschutzabkommens und auch das Ziel der Dekarbonisierung mit dieser Strategie nicht erreicht; daher ist auch die Strategie nicht ausreichend.

Eine zentrale Voraussetzung wäre, dass ausreichend Budgetmittel zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten des Nichthandelns sind ja, wie wir heute schon mehrfach gehört haben, um ein Vielfaches höher als die Kosten des Handelns. Wer eine enkelfreundliche Politik machen möchte, der muss natürlich jetzt in den Klimaschutz investieren und darf das österreichische Carbon Budget, das CO₂-Budget nicht noch weiter überziehen. Also: mehr Geld für Klimaschutz, mehr Geld für Umweltschutz und weniger Geld für alles, was dem Umwelt- und Klimaschutz zuwiderläuft! Das heißt, wir brauchen dringend eine aufkommensneutrale ökologische und soziale Steuerreform und die Streichung der umweltschädlichen Subventionen. Die Kostenwahrheit ist ein entscheidender Hebel, der derzeit in der Klima- und Energiestrategie so noch fehlt.

Der nächste Punkt, der heute noch etwas zu kurz gekommen ist, ist das Thema Naturverträglichkeit: Ja, Österreich hat ein sehr hohes Potenzial für den Ausbau erneuerbarer Energien, aber erneuerbar heißt nicht unendlich. Wir haben derzeit schon über 5 000 Wasserkraftwerke in Österreich, und wenn der Energieverbrauch weiter steigt und wir die Wasserkraft als einzige Lösung begreifen, wie wir den steigenden Energieverbrauch decken können, werden wir auch da schnell an unsere Grenzen stoßen. Naturverträglichkeit heißt nicht: Nein zu Windkraftinfrastruktur und Wasserkraft!, das heißt nur, zu begreifen, dass der Ausbau nicht die einzige Lösung ist. Die effektivere Lösung ist die Reduktion des Verbrauchs, das bedeutet betreffend Verkehr aber auch, dass nicht nur die Elektrifizierung die Lösung ist, sondern auch die Änderung des Mobilitätsverhaltens.

Der letzte Punkt: Die Klima- und Energiestrategie braucht unbedingt ganz konkrete Ziele in den einzelnen Sektoren, braucht konkrete Maßnahmen, Zeitpläne, politische Verantwortlichkeiten.

Noch eine Bemerkung in Richtung des Herrn Abgeordneten Hörl, der auch Obmann des Tiroler Wirtschaftsbundes ist: Businesspläne sind Ihr Metier, der WWF und NGOs

Mag. Hanna Simons

sind Non-Profit-Organisationen und haben daher mit Business in dem Sinn eigentlich nichts zu tun. – Danke. (*Beifall.*)

13.32

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nächster Redner ist Herr André Buchegger. – Bitte.

13.32

Mag. André Buchegger (Wirtschaftskammer Österreich): Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Wirtschaftskammer Österreich steht hinter den Zielsetzungen des Pariser Klimaschutzabkommens, hinter den Zielsetzungen der Europäischen Union bis 2030. Die vorgelegte Klima- und Energiestrategie ist ein geeigneter Startschuss, um diesen Zielen näherzukommen und diese Ziele zu erreichen. Es gibt einige Lichtblicke, viele Lichtblicke, es gibt aber auch Schattenseiten.

Wie schon einige Vorredner möchte ich konkret auf das Thema Investitionen eingehen, das aus unserer Sicht in der Strategie zu kurz kommt. Investitionen sind eigentlich das Gebot der Stunde, Investitionen sind Ausdruck des Vertrauens in die Zukunft und eine zentrale Größe für die Weiterentwicklung der Wirtschaft, der Beschäftigung, aber auch unserer gesamten Gesellschaft. Private und öffentliche Investitionen haben kurzfristig großen Einfluss auf die Nachfrage, auf die Konjunktur, langfristig sind sie die entscheidende Determinante für den technologischen Fortschritt und damit für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Daher gilt es – unser Appell – ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen; ohne diese zusätzlichen Mittel werden die Ziele schwer erreichbar sein. Der Appell richtet sich natürlich auch an das Finanzministerium, das aus unserer Sicht Nachholbedarf hat.

Ergänzend sollen auch Projekte, sogenannte nationale PCIs – Projects of Common Interest –, wie der Ringschluss der Salzburg-Leitung oder wichtige Wasserkraftprojekte rasch umgesetzt werden; dafür gilt es mit der Strategie die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen.

Nutzen wir die Chance für die Wirtschaft. Die österreichische Wirtschaft ist gut aufgestellt, wir haben das Potenzial, die Vorreiterrolle in der Energie- und Umwelttechnik weiter auszubauen. Die #mission 2030 kann stabile Rahmenbedingungen schaffen, soll stabile Rahmenbedingungen schaffen, von denen Österreich langfristig profitiert. Lassen Sie uns zeigen, dass Österreich eine Verschränkung von Standort- und Beschäftigungspolitik mit Energie- und Umweltpolitik schafft! – Vielen Dank. (*Beifall.*)

13.34

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nun gelangt Herr Ingmar Höbarth zu Wort. – Bitte.

13.34

Dipl.-Ing. Ingmar Höbarth (Klima- und Energiefonds): Sehr geehrte Frau Minister! Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrte Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Einladung! Als Vertreter des Klima- und Energiefonds möchte ich gratulieren: Es ist erstens einmal sehr bemerkenswert, in der kurzen Zeit diesen von den Themen her umfassenden Entwurf einer Klima- und Energiestrategie vorzulegen. Es werden unserer Meinung nach mit den Leuchtturmprojekten auch die richtigen Schwerpunkte gesetzt und mit Verkehr und Gebäuden auch die richtigen Themen als Schwerpunkte angesprochen.

Ich möchte allerdings noch zusätzlich vier Empfehlungen abgeben. Die eine Empfehlung ist – wir haben es schon gehört –: Wir haben nicht sehr lange Zeit, diese Strategie umzusetzen. Gerade wenn ich an Infrastrukturmaßnahmen oder an Gebäude denke:

Dipl.-Ing. Ingmar Höbarth

Da haben wir Wirkungszeiträume von 20, 30, 40 Jahren, die Weichen setzen wir aber jetzt. Das heißt, unsere Empfehlung geht dahin, dass wir bei dieser Strategie Zeitpläne haben, die nicht linear sind, sondern bei denen in nächster Zeit doch konkrete Maßnahmen und Umsetzungsschritte gesetzt werden müssen.

Das Zweite ist, wir sehen ein riesiges Potenzial in der Umsetzung in Regionen. Unsere 91 Klima- und Energie-Modellregionen und 20 Klimawandel-Anpassungsmodellregionen sind bereits auf dem Dekarbonisierungspfad. Da wäre unsere Anregung, diesen Ansatz noch zu verstärken, da können die Gemeinden und Regionen wirklich starke Partner sein.

Dritter Punkt wäre eine nationale Speicherstrategie. Ein ganz ein wesentlicher Punkt für die Energiewende sind ja die Speicher. Da müssen wir sowohl bei Wärme als auch bei Strom – kleine Speicher, große Speicher – noch eine einheitliche nationale Strategie ergänzen.

Die letzte Anregung wäre ein neuer Leuchtturm, nämlich Bildung und Bewusstsein. Bewusstseinsbildung brauchen wir, um einerseits die Maßnahmen an die Bevölkerung zu bringen, klarzumachen, worum es geht, und andererseits zum eigenen Handeln aufzufordern. Wir sehen zum Beispiel, die Verbindung zwischen Handeln und Bewusstsein funktioniert am besten, indem man mit den Leuten direkt vor Ort Klimaschutzmaßnahmen umsetzt, zum Beispiel in Klimaschulen. – Herzlichen Dank. *(Beifall.)*

13.37

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nun gelangt der Klubobmann der NEOS, Matthias Strolz, zu Wort. – Bitte.

13.37

Abgeordneter Mag. Dr. Matthias Strolz (NEOS): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum einen finde ich diesen Ansatz, in einen Dialog mit den Stakeholdern zu gehen, gut. Ich halte das für sehr wichtig und möchte Sie bestärken, auch in anderen Politikfeldern diesen Weg zu wählen, diesen Weg vor allem aber in diesem Politikfeld fortzusetzen. Ich glaube, wir leiden an zu wenig Prozessorientierung in der Politik, und das hier ist ein Anfang.

Genauso ist auch die gesamte Klima- und Energiestrategie ein Anfang, sie ist allerdings maximal ein Vorwort, die tragenden Kapitel sind nicht geschrieben, das wissen Sie auch, so wie Sie hier sitzen, Herr Minister, Frau Ministerin. Sie werden mit der aktuellen Fassung die Ziele nicht erreichen, denn es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Das heißt, die Verbindlichkeit ist nicht gegeben, es ist ganz offensichtlich, dass die Umsetzung in keiner Weise gewährleistet ist. Da muss nachgelegt werden, sehr entschlossen nachgelegt werden. Ich werde als Fraktionsvertreter die Chance haben, am Ende dieser Enquete noch einige Takte zu sprechen, insofern erfolgt mein Resümee später.

Ich habe viel Interessantes gehört – wir sind ja auch hier, um zu lernen. Ich habe verstanden, dass es jetzt keine Rückspielrunde des Podiums gibt, bitte aber die Expertinnen und Experten, die heute da sind, in den kommenden Runden nach Möglichkeit auf zwei Themen einzugehen, die mir wichtig sind, an denen wir gerade dran sind: Zum einen geht es um Carbon Budgeting, um die Frage, ob dieser Ansatz aus Sicht der Experten und Expertinnen auch für Österreich infrage kommt, möglicherweise auch für die Bundesländer. Das Zweite – weil es ganz zentral um das Instrumentarium geht und Kollege Stefan Gara da auch in Wien mit einer Initiative aufwarten wird – betrifft Green Bonds: Wie können wir das vor allem auch für PPP-Modelle auf Bundeslandebene als Instrument verankern? Es wäre mir sehr geholfen, wenn dazu Vorschläge von den Praktikerinnen und Praktikern, Expertinnen und Experten kämen. – Danke schön. *(Beifall.)*

13.39

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Ich danke allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre Beiträge zu diesem Panel.

Ich **unterbreche** nun die Enquete bis circa 13.55 Uhr.

(Die Enquete wird um 13.39 Uhr **unterbrochen** und um 14.09 Uhr **wieder aufgenommen**.)

**Panel 2: Mobilität.neu.denken –
Notwendige Weichenstellungen im Sektor Verkehr**

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger (den Vorsitz übernehmend): Ich **nehme** die unterbrochene Enquete **wieder auf**.

Wir kommen nun zu Panel 2.

Erster Redner ist Herr Dipl.-Ing. Oliver Schmerold, Direktor des ÖAMTC, als Experte des ÖVP-Parlamentsklubs. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Redezeit 5 Minuten beträgt. – Bitte sehr.

14.09

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold (ÖAMTC): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der ÖAMTC begrüßt grundsätzlich, dass sich das Parlament als Gesetzgebungsorgan mit der Klima- und Energiestrategie der Bundesregierung auseinandersetzt und sich auch gemeinsam mit Experten ein eigenes Bild dazu macht.

Als größter Mobilitätsklub Österreichs mit mehr als zwei Millionen Mitgliedern bekennen wir uns dazu, dass der motorisierte Individualverkehr seinen Beitrag zur CO₂-Reduktion leisten muss. Welche Maßnahmen sind daher aus unserer Sicht in der individuellen Mobilität anzudenken?

Wir begrüßen ganz ausdrücklich das Postulat der Technologieneutralität, das die Bundesregierung in ihrer Klima- und Energiestrategie vorgesehen hat. Das Rennen um die besten Antriebstechnologien ist aus unserer Sicht noch lange nicht entschieden. Es wird auch voraussichtlich gar keinen eindeutigen Sieger geben, sondern es werden in Zukunft je nach Mobilitätsbedürfnis unterschiedliche Technologien zum Einsatz kommen.

Wir setzen uns für eine leistbare und sozial verträgliche Mobilität ein. Daher sind Effizienz und Anschaffungspreise wesentliche Merkmale dafür, ob sich eine Technologie am Markt durchsetzen kann oder nicht. In diesem Bereich ist ganz eindeutig die Industrie gefordert. Die Politik soll sich trauen, ambitionierte Ziele zu setzen.

Ganz konkret möchte ich dabei die Diskussion auf der europäischen Ebene ansprechen, bei der es um die post-2020-Ziele im Bereich der Flottenverbräuche geht. Wir sprechen der Politik Mut zu, sich auf Flottenverbräuche von 70 Gramm für nach 2020 zu einigen. Das sind Ziele, die die Industrie schaffen kann. Wie wir auch in der Vergangenheit gesehen haben, sind nur durch so klare Zielvorgaben auch Ergebnisse in der Entwicklung und der Marktakzeptanz zu erreichen.

Grundsätzlich sollte man nachfragen – nun bin ich wieder bei unserer österreichischen Strategie –, warum gewisse Mobilitätsbedürfnisse überhaupt existieren. Bei dieser Fra-

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold

ge erscheint uns eine Differenzierung in Berufsverkehr – Berufsmobilität, Pendler – und Freizeitverkehr sinnvoll, und natürlich muss man in einer Klima- und Energiestrategie auch die Frage der Raumordnung mitbehandeln.

Ein weiteres Beispiel für die in den letzten Jahren stark gestiegenen Mobilitätsbedürfnisse ist der durch den Onlinehandel erhöhte Güterverkehr. Es ist zu überlegen, wie in diesem Bereich regulatorische Maßnahmen getroffen werden können, um eine gewisse Eindämmung zu erzielen.

In der Klima- und Energiestrategie der Bundesregierung fehlen aus unserer Sicht noch einige Aspekte. Einer ist die individuelle Mobilität, denn da muss der Besetzungsgrad der Kraftfahrzeugen erhöht werden. Das kann durch entsprechende Mitfahr- und Sharingplattformen erzielt werden. Ein durchschnittlicher Besetzungsgrad von 1,5 könnte durchaus ein ambitioniertes Ziel sein, das man auch in so einer Strategie festhalten kann. Ein anderer ist die Stärkung des Mikro-ÖV, wobei es darum geht, die öffentlichen Verkehrsströme zu flexibilisieren und an die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger anzupassen. Es gibt da noch viel Potenzial für Effizienzsteigerungen.

Ich komme nun zum Stichwort Mobility as a Service. Wir bekennen uns zum öffentlichen Verkehr und ebenso ganz klar dazu, dass die öffentliche Hand die Infrastruktur für den öffentlichen Verkehr finanziert. Allerdings befürworten wir auch den freien Zugang zu dieser Infrastruktur, der Wettbewerb dafür muss gestärkt werden. Angebote sollen passender gestaltet werden und private Anbieter sollen die Möglichkeit erhalten, bedarfsgerechte Pakete für Konsumenten auf Grundlage dieser Infrastruktur zu entwickeln.

Zum Abschluss möchte ich noch auf die Technologieneutralität zurückkommen und einen Appell an die Industrie richten. Die Industrie ist definitiv dazu angehalten, alternative Antriebstechnologien weiterzuentwickeln, aber auch das Potenzial des Verbrennungsmotors noch weiter auszuschöpfen, vor allem wenn man diesen mit E-Fuel betreibt. Wir hatten heute schon das Thema Biogas, E-Gase. Damit kann man auch mit dem Kraftfahrzeugbestand, wie wir ihn heute haben, schnell deutliche Reduktionen in der CO₂-Emission erreichen.

Ich möchte meine Ausführungen damit beenden und zum Schluss noch anmerken, dass wir uns neben dem Verkehrs- und dem Raumwärmebereich in der Klima- und Energiestrategie auch ähnlich konkrete Maßnahmen und Vorgaben für die Bereiche der Landwirtschaft und des Zertifikatehandels wünschen. Zudem sollten die Sachstandsberichte, wie sie nun für den Verkehr vorgesehen sind, auch für andere Sektoren vorgesehen werden. – Danke schön. (*Beifall.*)

14.15

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Herzlichen Dank.

Als Nächster erteile ich Frau Mag.^a Sylvia Leodolter, Abteilungsleiterin Umwelt und Verkehr der Arbeiterkammer Wien, als Expertin des SPÖ-Parlamentsklubs das Wort. Die Redezeit beträgt ebenfalls 5 Minuten. – Bitte.

14.15

Mag. Sylvia Leodolter (Abteilung Umwelt und Verkehr, Arbeiterkammer Wien): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Die Mitglieder der Bundesregierung wollte ich zwar auch begrüßen, diese sind aber nicht mehr da. Klimapolitik, sehr geehrte Damen und Herren, ist eine soziale Frage, denn es geht nicht nur darum, die Zukunft zu gestalten, sondern es geht vor allem darum, die Zukunft sozial gerecht zu gestalten.

Wenn wir von einer Dekarbonisierung der Wirtschaft und der Mobilität sprechen, muss uns klar sein, dass es dabei nicht nur Gewinner gibt. Ob der Politik dieser Prozess

Mag. Sylvia Leodolter

letztlich gelingt, wird davon abhängen, wie sie mit den Verlierern umgeht, ob sie sie alleine auf der Strecke zurücklässt. Die Arbeiterkammer als Interessenvertretung von ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen weist in ihrem Positionspapier auf viele Probleme und auf die brennendsten Stellen in dieser Klima- und Energiestrategie hin.

Eine Klima- und Energiestrategie, die sozial verträglich sein soll, braucht mehr als bloß einen Rahmen mit vielen Leerstellen. Welche Leerstellen meine ich? – Viele sind heute schon genannt worden. Es fehlen verbindliche und messbare Ziele. Es fehlt vor allem die Berücksichtigung oder die Betrachtung von verteilungspolitischen Auswirkungen, es fehlt die Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Qualität und die Quantität von Arbeitsplätzen, und es fehlt vor allem eine Kostenabschätzung, die man braucht, um zu wissen, wer zahlt, wer profitiert und wie man gegensteuern kann. Es fehlt natürlich auch die Sicherstellung der Finanzierung dieser Strategie, was besonders bedauerlich ist, denn die öffentliche Hand muss in dieser Klima- und Energiestrategie eine besondere Rolle spielen.

Kommen wir kurz zur Mobilität, die ja der Schwerpunkt dieses Panels ist. Aus meiner Sicht gibt es drei zentrale Weichenstellungen, die nicht übersehen werden dürfen. Erstens darf der Klimaschutz nicht an der mangelnden Finanzierung eines flächendeckenden und leistbaren öffentlichen Verkehrs scheitern, zweitens darf der Klimaschutz nicht am Sozialdumping im Güterverkehr scheitern, und drittens darf der Klimaschutz die Beschäftigten im Automobil- und Zuliefersektor sowie die Bevölkerung im ländlichen Raum nicht als Verlierer zurücklassen.

Zum ersten Punkt, zum massiven Ausbaus des öffentlichen Verkehrs: Der öffentliche Verkehr ist der zentrale Ansatzpunkt für eine soziale Gestaltung der Mobilitätswende. Nur ein flächendeckender und leistbarer öffentlicher Verkehr garantiert die soziale Teilhabe aller Österreicherinnen und Österreicher. Im Widerspruch zu dieser Schlüsselrolle des öffentlichen Verkehrs stehen allerdings die Bremsspuren, die die Regierung in der Budgetpolitik im Bereich der Schieneninfrastruktur hinterlassen hat. Im Gegensatz dazu braucht es ein ambitioniertes Ausbauprogramm, das über das Zielnetz 2025+ hinaus die notwendigen Kapazitäten in der Verkehrsinfrastruktur sicherstellt.

Infrastruktur allein reicht aber nicht. Der Bund und insbesondere auch die Länder müssen das Verkehrsangebot an die wachsende Bevölkerung und die Klimaziele anpassen. Das kostet Geld, das auch für zusätzliche Arbeitsplätze im öffentlichen Verkehr genutzt werden muss. Wie ernst die Regierung den Klimaschutz und diese Aufgabe überhaupt nimmt, wird sich in den nächsten Monaten zeigen, wenn es darum geht, die Verkehrsdienstverträge, das heißt die Bestellungen der öffentlichen Hand im öffentlichen Verkehr, den Rahmen für die nächsten 10 bis 15 Jahren zu fixieren.

Zum zweiten Punkt, der Schwachstelle Güterverkehr: Sehr geehrte Damen und Herren, jegliches Verlagerungsziel für den Güterverkehr ist völlig illusorisch, solange es nicht gelingt, dem Sozialdumping auf Europas Straßen ein Ende zu bereiten.

Zum dritten Punkt, der Weichenstellung für eine sozial verträgliche Gestaltung der Mobilitätswende, der Weichenstellung für eine Just Transition: Österreich hat einen bedeutenden Automobilsektor, der immer noch ganz klar auf Verbrennungsmotoren setzt. In diesem Industriezweig arbeiten direkt rund 70 000 Beschäftigte, die vor einem massiven Strukturwandel stehen.

Die diversen Skandale der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Automobilindustrie selbst nicht dazu in der Lage ist, eine sozial und umweltverträgliche Modernisierung zu schaffen. Sie braucht – und da schließe ich an den Standpunkt des ÖAMTC an – klare und ambitionierte politische Vorgaben in Richtung Dekarbonisierung. Was aber noch wichtiger ist: Die Beschäftigten brauchen eine Perspektive und volle Unterstützung dabei, wie sie diesen Wandel bewältigen können. Sie und ihre Interessenvertretungen müssen in diesen Prozess breit eingebunden werden.

Mag. Sylvia Leodolter

Zum Schluss gibt es noch eine ganz große Gruppe, die nicht zu den Verlierern der Dekarbonisierung werden darf, und das sind die Menschen in den ländlichen Regionen sowie die PendlerInnen, die aus unterschiedlichen Gründen zumindest noch keine Alternative zum Pkw haben. Auch für diese Gruppe sind Maßnahmen nötig, die leistbar und ökologisch vertretbar sind. Diese Maßnahmen müssen sich aber auch im Praxistest beweisen. Der technokratische Verweis auf Elektromobilität reicht dabei sicher nicht.

Ganz zum Schluss – mein letzter Satz –: Der nächste Schritt werden konkrete Maßnahmen im Rahmen eines integrierten nationalen Energie- und Klimaplanes sein, wie wir zumindest hoffen. Wenn diese Strategie dann mehr als nur ein PR-Produkt mit einigen Placebomaßnahmen – wie etwa der Aufhebung von Tempolimits für Elektrofahrzeuge – sein soll, dann müssen die Anliegen der Arbeitnehmer und die Konsumenteninteressen bei den nächsten Schritten umfassend berücksichtigt werden sowie ihre Vertretungen ernsthaft einbezogen werden. – Danke. *(Beifall.)*

14.21

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Danke sehr.

Als Nächstem erteile ich Herrn Univ.-Prof. Mag. Dr. Karl Steininger, Institut für Volkswirtschaftslehre der Karl-Franzens-Universität Graz, als Experten des FPÖ-Parlamentsklubs das Wort. Die Redezeit beträgt ebenfalls 5 Minuten. – Bitte sehr.

14.22

Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Karl Steininger (Institut für Volkswirtschaftslehre, Karl-Franzens-Universität Graz): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Minister! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger! Den ersten Schritt zu einem nachhaltigeren und treibhausgasfreien Österreich setzt der Entwurf der Klima- und Energiestrategie auch im Bereich Verkehr durch Nennung der Zielrichtung. Es gilt im nächsten Schritt die Erreichung dieses Ziels in einem Prozess von Maßnahmen, Monitoring und Controlling Wirklichkeit werden zu lassen. Es wird, wie Herr Bundesminister Hofer eingangs gesagt hat, ein gemeinsamer Kraftakt notwendig sein.

Wie groß der Umbruch ist, zeigen allein die Zahlen: In den letzten Jahren hatten wir im Bereich des Verkehrs einen Anstieg der Treibhausgasemissionen um 2,8 Prozent pro Jahr. Die Strategie sieht eine Umkehrung des Trends vor, nämlich in den nächsten zwölf Jahren eine Reduktion um 2,3 Prozent pro Jahr. Zu ergänzen ist, dass danach eine noch stärkere Reduktion notwendig sein wird.

Der Verkehr ist in unser aller Leben verwoben, wie soll das also gelingen? Österreich hat viele Aufbrüche geschafft. Ich erinnere zum Beispiel an die Weihnachtsansprache des Bundeskanzlers Figl von 1945: „Ich kann euch zu Weihnachten nichts geben. [...] Ich kann euch nur bitten, glaubt an dieses Österreich!“ – Wir haben viele Pioniere in allen Bereichen, in der Industrie, im nachhaltigen Tourismus, bei sozialen Innovationen, aber auch in der Landwirtschaft, bei der man den Weinskandal 1985 und die innovativen Winzer danach erwähnen kann.

Schwierigkeiten haben uns nicht gehindert, denn wenn wir es gemeinsam angegangen sind, haben wir es geschafft. Das liegt nun auch beim Verkehrssystem vor uns. Wie wir es in der Vergangenheit angegangen sind, reicht nicht, trotz unserer bisherigen Versuche der Förderung des öffentlichen Verkehrs, des Ausbaus der S-Bahn, der Förderung von E-Autos oder des Ausbaus der Radwege. Die Feinstaubbelastung und die Stickoxidemissionen sind zu hoch und die Treibhausgasemissionen sind in letzter Zeit gestiegen.

Wir müssen also über die bisherigen Maßnahmen hinausgehen, wir brauchen grundsätzliche Änderungen. Wie können wir diese erreichen? – Es reicht nicht, das derzeit politisch möglich Gegläubte umzusetzen. Wir müssen gemeinsam mit politischer Arbeit

Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Karl Steininger

das möglich machen, was notwendig ist. Anhand dreier kurzer Beispiele möchte ich Ihnen zeigen, dass dies realisierbar ist.

Das erste ist ein eher schwieriges Beispiel, nämlich eine Citymaut. Stockholm hat eine tageszeitabhängige Citymaut eingeführt, die den Pkw-Verkehr effektiv um ein Fünftel gesenkt hat, ihn vor allem aber in den Stauzeiten gesenkt und damit Staus aufgelöst hat. An diesem Beispiel kann man nachvollziehen, wie es gelungen ist, so eine Maßnahme einzuführen, die von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird.

Erste und notwendige Voraussetzung ist klarerweise das Vorhandensein des öffentlichen Verkehrs in einer ausreichenden Weise. Zwei weitere Dinge waren wichtig. Einerseits die Vertrautheit mit dem System: Man hat die tageszeitabhängige Citymaut zuerst als Versuch eingeführt und erst dann die Abstimmung darüber gemacht, also nachdem die Menschen bereits Erfahrungen damit gehabt und gesehen haben, dass die Vorteile viel größer sind als sie es ursprünglich gedacht hatten. Andererseits hat man kommuniziert, was das Ziel ist, nämlich Stauauflösung und Luftqualitätsverbesserung. Mit diesen beiden Zielen hat man viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Das Referendum ist dann auch positiv ausgegangen. Interessanterweise war das die erste Maßnahme einer neuen Regierung, und zwar einer Mitte-rechts-Regierung.

Das zweite Beispiel: Aus Kalifornien wissen wir, dass die Klarheit über die Verwendung der Einnahmen zentral ist. Wenn man weiß, dass die Einnahmen konkret zur Senkung etwa der Mehrwertsteuer oder für eine Steuergutschrift verwendet werden, steigt die Zustimmung in der Bevölkerung signifikant um entscheidende 10 Prozent.

Das dritte Beispiel: Wie wichtig die Erfahrung mit neuen Systemen ist, wissen wir auch aus der Einführung der Fußgängerzonen in Wien. Nur durch den U-Bahn-Bau war es möglich, dass einmal provisorisch der Weihnachtskorso 1971, Kärntner Straße, Graben et cetera, eingerichtet wurde. Der war dann so erfolgreich, dass er auf unbefristete Zeit verlängert wurde.

Wer wird diesen Umbruch schaffen? – Die Regierung, die Parlamentarier, die NGOs, nur wir alle gemeinsam. Wenn wir gemeinsam wollen, können wir die derzeit favorisierten Pull-Maßnahmen, wie finanzielle Förderung und Angebote im ÖV-Verkehr, durch Push-Maßnahmen ergänzen, die wichtig sind, um wirklich zu signifikanter Wirkung zu kommen – ich habe als Beispiel die mehrheitlich mitgetragene Maut genannt.

Wenn wir gemeinsam wollen, können wir aktuelle Trends wie autonomes Fahren und Digitalisierung dazu nutzen, dass die Treibhausgasemissionen nicht steigen, sondern sinken, indem wir diese Technologien an die Antriebstechnologien binden – E-Fahrzeuge oder Sharingnutzung. Wenn wir gemeinsam wollen, können wir die Kompetenzen in der Raumordnung so verschieben und ausführen, dass Raumstrukturen entstehen, bei denen weniger physische Mobilität nötig ist, und wenn, dann umweltfreundlicher. Als ersten Schritt können wir den Finanzausgleich ganz stark daran binden, ob überregionale Planung wirklich effektiv gelebt wird.

Die Ziele der Klimastrategie sind machbar, es braucht aber eine substantielle Änderung im Politikansatz. Wir haben vonseiten der Österreichischen Forschungsgesellschaft Straße-Schiene-Verkehr eine detaillierte Stellungnahme abgegeben, die ich gerne allen zusende, die mir ein E-Mail schicken.

Der Politikansatz muss möglich und mehrheitsfähig sein. Ich habe mit den Beispielen gezeigt, dass dies möglich ist. Ich hoffe, dass wir zu denen werden, die keine Angst vor Veränderungen machen, sondern dass wir zu den Mutmachern gehören, denn nur mit genügend Mutmachen und mutigem Umsetzen wird es gelingen, Österreich lebenswert und zu einem Innovator auch im Bereich dauerhaft nachhaltiger Mobilität zu machen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall.)*

14.27

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Danke sehr.

Als Nächstem erteile ich Herrn Dipl.-Ing. Manfred Mühlberger, Geschäftsführer der ETA, als Experten des NEOS-Parlamentsklubs das Wort. Die Redezeit beträgt ebenfalls 5 Minuten. – Bitte.

14.27

Dipl.-Ing. Manfred Mühlberger (ETA Umweltmanagement GmbH): „Mobilität.neu.denken“, meine Damen und Herren, steht heute auf der Tagesordnung dieser Enquete. Ich glaube, dass es das eigentlich gar nicht braucht, denn mittlerweile gibt es sehr, sehr viele Menschen, die Mobilität neu denken, bei uns in Österreich – wir haben schon viele Beispiele gehört – und auch auf der ganzen Welt. Diese Menschen tun das aber auch nicht erst seit heute, sondern schon seit sehr, sehr vielen Jahren. Wenn ich mir die #mission 2030 anschau, dann ist erfreulich, dass sich darin sehr viele Ideen dieser Menschen wiederfinden. Am Anfang habe ich mir gedacht, was ich sagen soll, denn es steht ohnehin alles drinnen.

Es ist tatsächlich sehr, sehr viel in dieser #mission 2030 drinnen. Dieses Papier soll ja aber – und das ist der entscheidende Punkt – kein Sachbuch über neue Mobilität oder die Mobilität der Zukunft sein, sondern eine Strategie zur Erreichung von Zielen, und daher gibt es aus meiner Sicht zwei zentrale Fragen, die zu beantworten sind.

Die erste Frage ist, ob das, was da als bunter Strauß an Maßnahmen – sehr, sehr vielen und breit aufgestellten – drinnen steht, auch tatsächlich umgesetzt wird. Wir in Österreich sind Konzeptweltmeister, wir haben zwar Pläne, Strategien und Masterpläne in Hülle und Fülle, wir sind allerdings auch – das wird uns leider oft bescheinigt – Umsetzungszwerg.

Daher ist es ein bisschen fraglich, was davon auch umgesetzt wird, auch weil – das möchte ich ganz besonders hervorheben – gewisse Punkte gar nicht angesprochen werden, also einige Dinge fehlen. Das Wort Autobahn kommt zum Beispiel kein einziges Mal vor. Flugverkehr oder Flughafen kommen zweimal vor, nämlich in der Erwähnung der Flughafenspanne und in der Äußerung, dass Nachtverkehrszüge den Flugverkehr reduzieren können.

Was meine ich damit? – Die kontroversiellen Themen – darunter der Tourismus –, die wahrscheinlich die Knackpunkte sein werden, sind ausgespart. Die gilt es aber anzusprechen, und das ist auch Aufgabe des Parlaments. Das muss ausgehandelt werden und es muss geschaut werden, wo die Schwerpunkte liegen.

Die zweite ganz wesentliche Frage ist, ob die Maßnahmen nicht nur umgesetzt werden, sondern ob sie auch rasch genug umgesetzt werden. 1 000 Millionen Tonnen beträgt unser CO₂-Budget, 80 Millionen Tonnen geben wir derzeit aus. Sie können sich ausrechnen, dass das nicht bis 2050 reicht. Das heißt, wir müssen schneller werden, viel schneller, und je länger wir weitermachen wie bisher, umso radikaler werden die notwendigen Sparmaßnahmen. Ein Klima-Griechenland könnte uns drohen, wenn wir weiter so viel wie derzeit ausgeben.

Meine Damen und Herren! Der Verkehrsbereich ist ein Bereich, in dem wir rasch dekarbonisieren können, im Vergleich zu anderen Bereichen wie der Industrie, wo das wesentlich schwerer ist. Es macht also Sinn, da besonders rasch vorzugehen.

Was braucht es dazu? – Es ist ein Prozess, die Klimastrategie ist der Start dazu. Wir brauchen langfristig eine Beobachtung der Trends und technologischen Entwicklungen, die weltweit und nicht nur hier in Österreich stattfinden. Wir brauchen das deshalb, um gerade bei den großen Infrastrukturinvestitionen im Verkehrsbereich Lock-ins oder dann vielleicht sogar stranded investments zu vermeiden. Es stellt sich zum Beispiel

Dipl.-Ing. Manfred Mühlberger

die Frage: Braucht es noch diese Straßenkapazitäten, wenn automatisiertes Fahren kommt, wie das durchaus wahrscheinlich ist? Braucht es ausgebauten Parkraum in diesem Maße, Stellplatzverpflichtungen, die Hunderte Millionen verschlingen?

Zweitens: Es ist ganz wichtig, mittelfristig konkrete Ziele zu setzen, die im Mobilitätsbereich fehlen. Wenn drinnen steht, dass es ab 2025 oder ab 2030 keine Neuzulassungen für Verbrennungsmotoren mehr gibt, dann können sich sowohl die Menschen als auch die Industrie, die langfristige Planungssicherheit braucht, darauf einstellen. Es braucht – das ist das Wichtigste – einen ambitionierten kurzfristigen Aktionsplan, sagen wir einmal, für die nächsten 1 000 Tage, mit wirksamen Maßnahmen in den Bereichen, in denen viel zu holen ist – jetzt nicht unbedingt der Applaus der Presse, aber an Wirkung für die CO₂-Ansparung, an Mobilisierungseffekt und auch an Stimulierung von Aufbruch.

Ein Beispiel noch ganz schnell am Ende, um das zu illustrieren, weil die Redezeit vorbei ist: Fahrradfahren zu fördern ist eines der zentralen Themen, das auch in der Mobilitätsstrategie vorkommt, gerade Elektromobilität bietet sehr viel Potenzial, das es zu heben gilt. Machen wir doch aus der Asfinag eine *Arsfinag*, eine Autobahnen- und Radschnellstraßen-Finanzierungs-AG. Nehmen wir die 170 Millionen Euro, die jetzt an Dividende ausgeschüttet werden, dotieren wir damit das erste Budget, laden wir Länder und Gemeinden ein, es zu verdoppeln, dann haben wir bis 2030 4,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit lässt sich in diesem Bereich in diesem Land wirklich etwas bewegen. Das ist ein Beispiel, viele weitere fallen sicher den ExpertInnen noch ein. – Vielen Dank. (*Beifall.*)

14.33

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Als Nächste zu Wort gelangt Frau Ulla Rasmussen, MSc vom VCÖ – Mobilität mit Zukunft als Expertin der Liste Pilz. Die Redezeit beträgt ebenfalls 5 Minuten. – Bitte sehr.

14.33

Ulla Rasmussen, MSc (VCÖ – Mobilität mit Zukunft): Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Damen und Herren! Die Analyse der Klima- und Energiestrategie, dass im Verkehr der größte Handlungsbedarf bezüglich Klimaschutz besteht, ist wirklich goldrichtig. Für die langfristige Dekarbonisierung bis 2050 braucht es allerdings nicht erst 2030, sondern schon jetzt – also innerhalb dieser Legislaturperiode, vor 2022 – wirksame Maßnahmen.

Bisher hat der Verkehrsbereich alle Bemühungen der anderen Sektoren einfach zunichte gemacht, und in den letzten Jahren, wie wir gehört haben, hat es sogar wieder eine starke Zunahme von Lkw- und Pkw-Emissionen gegeben, und die Treibhausgasemissionen sind deswegen im Verkehrsbereich gestiegen. Dazu kommt noch, dass der Verkehr immer noch zu 90 Prozent von Erdöl abhängig ist. Das heißt, es braucht einen regelrechten Trendbruch, eine Mobilitätswende, die auch eine Antriebswende beinhaltet, aber weit mehr als nur eine Antriebswende ist. Das soll sein und das wird sein, denn die moderne individuelle Mobilität ist multimodal, flexibel und – wo immer möglich – auch bewegungsaktiv. Das haben wir heute ein bisschen zu wenig gehört.

Diese moderne individuelle Mobilität gilt es zu ermöglichen, indem Schnittstellen zwischen Pkw und Bahn, zwischen Rad und Bahn ausgebaut werden. Es braucht deutlich mehr öffentliche Verkehrsverbindungen in den Ballungsräumen sowie ein stark verbessertes Angebot in den Regionen. In den Ballungsräumen braucht es allerdings auch Radhighways vom Umland in die Stadt, um eine bewegungsaktive Verlagerung aufs Rad zu ermöglichen. In der Stadt braucht es mehr Platz für die Menschen und weniger Platz für den Pkw-Verkehr.

Ulla Rasmussen, MSc

Die Verbesserung des Angebotes, die notwendig ist, wird nicht ohne Investitionen gehen, und diese sind wieder ohne Finanzierung nicht möglich. Bei der Strategie gibt es einen großen Ergänzungsbedarf, es fehlen weitgehend Überlegungen dazu, wie die Maßnahmen finanziert werden sollen. Zum Beispiel gibt es im Radverkehrsbereich das sehr lobenswerte Ziel einer Verdoppelung des Radanteiles bis 2025. Es werden allerdings keine Maßnahmen wie die notwendige fahrradfreundliche Revision der Straßenverkehrsordnung genannt und es sind keine zusätzlichen Budgetmittel vorgesehen. Ein zeitgemäßes Radverkehrsbudget hat aber ein Volumen von etwa 3 Milliarden Euro bis 2030, und das Potenzial ist ja da. Es sind immerhin 40 Prozent der Autofahrten der Österreicher und Österreicherinnen kürzer als 5 Kilometer. Auch das Potenzial der Transport- oder Lastenfahrräder ist groß und gehört gefördert.

Die gewählten Maßnahmen, die hoffentlich demnächst präsentiert werden, müssen klimawirksam, aber auch energiesparend sein. Es ist ja nicht so, dass wir nur, weil etwas auf erneuerbarer Energie basiert, verschwenderisch mit der Energie umgehen können. So sind zum Beispiel auch E-Fuels ein Problem, weil es einfach sehr viel Energie braucht, diese zu produzieren.

Es wird nicht ohne entsprechende Rahmenbedingungen gehen und dazu zählen auch finanzpolitische Instrumente wie die Besteuerung von dem, was wir nicht wollen, nämlich CO₂. Es braucht also auch außerhalb des Emissionshandels eine Bepreisung von CO₂. Es braucht aber auch zum Beispiel eine Anpassung der Normverbrauchsabgabe sowie auf EU-Ebene die vorher erwähnten CO₂-Grenzwerte für Pkws, für leichte Nutzfahrzeuge und auch für Lkws. Je mehr dort passiert, desto weniger muss im Land passieren.

Ich würde gerne dafür plädieren, dass wir auch die Maßnahmen, die mehrfach nutzen stärker in den Fokus nehmen, und zwar die verbesserte Luftqualität durch weniger Abgase oder eben auch die Gesundheitsvorteile durch mehr Bewegung durch Radfahren oder Zufußgehen. Das sind solche Maßnahmen mit Mehrfachnutzen – nicht nur für die Kleinsten in der Bevölkerung, aber vor allem für die Kleinsten in der Bevölkerung –, die schnell implementiert werden sollen, weil sie eben für die Gesellschaft Sinn machen.

Der Güterverkehr ist ein bisschen zu kurz gekommen, er ist aber gerade für das Transitland Österreich sehr wichtig, die Reduktion der von Lkws verursachten Emissionen, aber auch die Kilometer an sich. Es braucht verstärkte Lkw-Kontrollen, da die Nichteinhaltung von Tempolimits, Ruhezeiten und anderen Vorschriften den Wettbewerb zwischen Bahn und Lkw verzerrt. Sektorale Fahrverbote sind auszuweiten und betriebliche Gleisanschlüsse zu fördern.

Über die ganze Welt sind Länder und Unternehmen auf der Suche nach klimawirksamen Lösungen im Verkehrsbereich; das heißt, umso schneller Österreich auch in der Autozulieferindustrie den Weg der Dekarbonisierung einschlägt, umso besser ist es auch für die Wirtschaft. Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele im Verkehr sind eben eine ökologische Notwendigkeit, aber auch eine ökonomische Chance.

Es wird nicht ohne unpopuläre Maßnahmen gehen, es ist aber die Rolle der Politik, auch ungeliebte Fakten zu akzeptieren und Mut und Leadership zu zeigen, indem die Weichen bald gestellt werden, um tatsächlich das Reduktionsziel im Verkehr zu erreichen. Ich wünsche Österreich und vor allem Ihnen, den verantwortlichen Politikern und Politikerinnen und der Regierung, viel Mut zum Leadership. – Danke schön. *(Beifall.)*

14.39

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf noch einmal darauf aufmerksam machen, dass gemäß dem der heutigen Enquete zugrunde liegenden Beschluss des Hauptausschusses Ton- und Bildaufnahmen ausschließlich durch die hauseigenen Fotografen zulässig sind.

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger**Diskussion**

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Ich bedanke mich sehr herzlich für die Ausführungen und eröffne hiermit die Diskussion zu Panel 2.

Dazu liegen mir Wortmeldungen vor. Die Redezeit soll 3 Minuten nicht überschreiten.

Als Erster zu Wort gelangt Herr Kollege Andreas Ottenschläger. – Bitte sehr.

14.40

Abgeordneter Andreas Ottenschläger (ÖVP): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Geschätzte Damen und Herren! Ganz kurz zwei Sätze zum Prozedere, zum Prozess: Ich glaube, es ist wirklich von entscheidender Bedeutung und es wurde heute auch schon in dem einen oder anderen Redebeitrag dokumentiert: Wir brauchen zur Erreichung der Klimaschutzziele ein Miteinander, ein Miteinander von Wirtschaft und Industrie, aber vor allem auch ein Miteinander der Bürgerinnen und Bürger. Dieser Prozess hier, an dem man sich beteiligen konnte, zeigt ja, dass das der erste richtige Schritt in die richtige Richtung ist.

Gerade was das Thema Verkehr betrifft, ist es auch ein Miteinander aller Verkehrsteilnehmer, ob es der Fußgänger, die Autofahrerin, der Bahnfahrer et cetera, et cetera ist. Ziel einer ökoeffizienten Verkehrspolitik ist zum Beispiel – es wurde schon erwähnt, und auch die Diskussion um den Güterverkehr zeigt es – der weitere Ausbau unserer Bahninfrastruktur. Meine Damen und Herren, ich glaube, man kann schon auch einmal etwas sehr Positives darüber sagen, was nämlich bereits geleistet wird.

Wir als Republik Österreich investieren Rekordsummen in den Bahnausbau, in die Attraktivierung des Schienennetzes. Über 2 Milliarden Euro pro Jahr werden in den kommenden Jahren investiert. Als Beispiel seien die großen Tunnelprojekte wie zum Beispiel der Semmeringbasistunnel genannt, der dazu führen wird, dass die Südstrecke doch wesentlich attraktiver wird, weil die Fahrzeiten einfach kürzer werden. Das kann auch dazu führen, dass der Güterverkehr durch kürzere Fahrzeiten eine gewisse Attraktivierung erfährt. Das sollten wir bei all den Investitionen, die wir jetzt bereits tätigen, auch mitdenken.

Aber auch auf der Straße gibt es interessante Entwicklungen. Experten haben schon erwähnt, dass wir durchaus auch einen Wettstreit der verschiedenen Antriebstechnologien haben. Wir haben uns auch im Regierungsprogramm dazu bekannt, dass wir sehr technologieoffen an die Sache herangehen. Eine junge Technologie wie zum Beispiel die Elektromobilität braucht aber zumindest temporär gewisse Anreize. Was wird darunter verstanden? – Es gibt vor allem aus skandinavischen Städten und Ländern internationale Beispiele, wo Anreize abseits der finanziellen Förderung wirken, wie zum Beispiel, dass ich andere Geschwindigkeitsbegrenzungen habe – bei uns wäre das der IG-Luft-Hunderter, den man für Elektromobilität eben aufhebt – oder auch die Nutzung von Busspuren. Ein gewisser Anreiz wäre auch die Befreiung von Parkgebühren.

Meine Damen und Herren, vielleicht noch ein ganz kurzer Aspekt, der heute in dem Zusammenhang noch nicht gekommen ist: Wie können wir vielleicht gewissen Verkehr vermeiden? – Gerade im ländlichen Raum wäre es wichtig, dass wir mit dem Breitbandausbau vorankommen. Sie alle wissen, dass wir neue Arbeitswelten haben, die Arbeit flexibler wird, mehr von zu Hause aus gearbeitet werden kann. Dazu brauchen wir aber die dazu nötige Infrastruktur, mit der gewisser Verkehr vermieden werden kann. Auch das, glaube ich, ist ein wichtiger Punkt. Das Wort Digitalisierung kommt auch in der Strategie vor, und darauf sollten wir aufbauen: Stichwort Breitbandausbau, vor allem in den ländlichen Regionen. – Vielen Dank. (*Beifall.*)

14.44

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Barbara Schmidt. – Ihnen stehen 3 Minuten Redezeit zur Verfügung. Bitte sehr.

14.44

Dr. Barbara Schmidt (Oesterreichs Energie): Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Oesterreichs Energie, die Interessenvertretung der E-Wirtschaft, begrüßt die Klima- und Energiestrategie und vor allem, dass darin die Energiewende nicht nur als Stromwende gesehen wird, sondern auch als Wärme- und Verkehrswende.

Strom ist ein wichtiger Teil, Strom kann auch in den anderen Bereichen die Lösung sein, aber alleine werden wir es natürlich nicht schaffen. Schon jetzt ist Strom die Lösung oder kann einen großen Teil der Lösung für die Mobilität bieten, denn bereits jetzt wird der österreichische Strom zu 72 Prozent aus erneuerbaren Energien erzeugt. Das bedeutet, wenn Sie schon jetzt mit einem Elektrofahrzeug fahren, haben Sie einen Ausstoß von nur einem Fünftel an CO₂ gegenüber einem Dieselfahrzeug. Ihr E-Auto ist fünfmal so effizient wie ein Dieselfahrzeug. Umso mehr gilt das natürlich bis zum Jahr 2030. Ab diesem Zeitpunkt streben wir 100 Prozent der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien an.

Wir werden oft gefragt: Werdet ihr überhaupt den Strom haben, den wir dann für die Elektromobilität brauchen werden? – Und ich sage dazu: Ja. Selbst wenn wir annehmen, dass jedes Fahrzeug, das heute auf der Straße unterwegs ist, in Zukunft ein Elektrofahrzeug sein wird – und davon gehen wir ja wahrscheinlich nicht aus, denn wir haben heute schon gehört, dass es insgesamt zu einer Umstellung des Mobilitätsverhaltens kommt –, dann werden wir nur ein Fünftel von dem, was wir derzeit in Österreich an Strom verbrauchen, insgesamt für die Elektromobilität in Österreich brauchen. Natürlich ist das auch viel, wenn wir bedenken, dass wir 100 Prozent erneuerbar ausbauen müssen. Wir haben heute schon von 40 Terawattstunden gehört – wir und die Energieagentur gehen von 35 Terawattstunden zusätzlich an erneuerbarer Stromerzeugung aus.

Natürlich ist das ein großer Aufwand und es braucht, damit der Strom dann nicht nur sauber, sondern auch sicher und leistbar zur Verfügung steht, auch für die Elektromobilität sauber, sicher und leistbar zur Verfügung steht, mehr, nämlich einen Ausbau der Netze, eine Speicheroffensive, Sektorkopplung, dass die Bereiche also zusammenwachsen. All das können wir nur gemeinsam schaffen, denn es wird viel Geld kosten und vor allem wird man es auch in der Landschaft sehen. Die Energiezukunft wird nicht nur schön und grün sein, sondern ihre Infrastruktur wird in der Landschaft sichtbar sein. Daher mein Appell: Bitte binden Sie auch bei der Verkehrsstrategie, die ja, glaube ich, auch noch ausgearbeitet werden soll, die E-Wirtschaft und vor allem auch die Netzbetreiber ein, denn Verkehrssicherheit ist ein hohes Gut und deswegen brauchen wir auch bei der Elektromobilität intelligentes Laden und intelligente Netzinfrastuktur. – Vielen Dank. (*Beifall.*)

14.48

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Zu Wort gemeldet ist Herr Christoph Pfemeter. Die Redezeit beträgt 3 Minuten. – Bitte sehr.

14.48

Dipl.-Ing. Christoph Pfemeter (Österreichischer Biomasse-Verband): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Bundesminister! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier sprechen zu dürfen. Vonseiten des Österreichischen Biomasse-Verbandes und von der biogenen Seite der Energiewende begrüßen wir **ausdrücklich** die #mission 2030. Innerhalb von 30 Jahren wollen wir auf

Dipl.-Ing. Christoph Pfemeter

eine fossilfreie Energiewirtschaft umstellen. Das wird Auswirkungen haben. Es wird Auswirkungen auf Investitionen haben, es wird Auswirkungen auf Entscheidungen haben, auf jede einzelne Entscheidung in der Energiewirtschaft und bei den einzelnen Haushalten. Energiewende bedeutet schlicht und einfach nichts anderes, als den Energieverbrauch auf ein Niveau zu senken, den wir erneuerbar decken können. Mit Bioenergie können wir bis 2030 etwa 360 bis 400 Petajoule, anders ausgedrückt etwa 100 Terawattstunden, Primärenergie bereitstellen.

Ein zentraler Aspekt für uns ist die Sektorkopplung, also die Verschmelzung von Wärme, Strom und Treibstoff im Mobilitätssektor. Hier können wir vonseiten der Bioenergie in allen Sektoren einen wesentlichen Beitrag leisten. (*Ein Holzscheit in die Höhe haltend.*) Ich habe Ihnen hier ein Kilo Sonnenenergie oder 5 Kilowattstunden mitgebracht. Das ist im Wienerwald auf einem halben Quadratmeter Fläche gewachsen. Die können Sie auch besuchen, da können Sie durchgehen und da können Sie darauf spazieren. Das ist konkurrenzlos günstig, jetzt schon einer der billigsten Heizträger, den wir haben. Er ist zum Angreifen, und österreichische Technologie ermöglicht uns jetzt, hieraus auch etwas anderes als Wärme zu machen. Hier drinnen steckt, eine KWK-Anlage vorausgesetzt, genug Energie für 10 Kilometer mit dem Elektroauto, und mit der anfallenden Abwärme können wir noch heizöläquivalent ungefähr einen Viertelliter ersetzen, wenn man das in der Größenordnung sieht.

Biomasse geht Hand in Hand mit Lebensmittelsicherheit, mit Rohstoffproduktion für die Holzindustrie. Bei Biotreibstoffen fallen zum Beispiel auf einer Fläche ein Drittel Biotreibstoffe und zwei Drittel Eiweißfuttermittel zur Reduktion von Sojaimporten an.

Energieholz ist ein Nebenprodukt der Holzbewirtschaftung oder der Holz- und Forstwirtschaft generell. Für einen Kubikmeter Holz fallen 6 Kubikmeter Nebenprodukte für alle möglichen Verwendungen an. Das heißt, wir haben genug Potenzial. Es geht Hand in Hand mit der Bioökonomie, es geht Hand in Hand mit der stofflichen Produktion von Gütern.

Biomasse ist auch der Schlüssel zur Dekarbonisierung des Erdgasnetzes. Wir können die Fernwärme dekarbonisieren, wir können die kalorischen Kraftwerke dekarbonisieren, wir können Diesel oder Benzin bereitstellen. Umso dringender brauchen wir klare Ziele. Wir müssen wissen, wo es hingehet, wir müssen wissen, welche Technologien wir forcieren sollen und wo wir uns hin entwickeln sollen. Es ist ganz klar, dass Biomasse auch ein begrenztes Gut ist, aber in einem zukünftigen Energiesystem können wir etwa 50 Prozent der Energie bereitstellen.

Wir sind dafür, dass wir das jetzt auf Basis heimischer Ressourcen und heimischer Produktion tun. Die Energiewende ist keine Leistung des Marktes, sondern sie ist eine Ingenieursleistung, und nach dieser muss der Markt gestaltet werden. Sie muss leistbar sein und vor allem ein Höchstmaß an Versorgungssicherheit gewährleisten. Wie das funktioniert, dazu hat die TU Wien entsprechende Papiere und Studien vorgelegt.

Ich wünsche ein herzliches Glückauf und danke abschließend noch einmal für die Möglichkeit, hier sprechen zu dürfen. (*Beifall.*)

14.51

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Peter Samt. – Bitte.

14.51

Bundesrat Peter Samt (FPÖ, Steiermark): Herr Vorsitzender! Frau Bundesministerin! Geschätzte Experten und Expertinnen, Kollegen und Kolleginnen und Teilnehmer an dieser Enquete! Gleich vorweg: Diese Enquete – ich glaube, das hat man jetzt auch schon an den Redebeiträgen eindrucksvoll gemerkt – ist richtig und wichtig, so wie natürlich auch die Klima- und Energiestrategie richtig und zu begrüßen ist.

Bundesrat Peter Samt

In den letzten Jahrzehnten hat sich Österreich immer sehr stark gemacht – so eine ähnliche Aussage habe ich heute schon gehört – und sich selbst Ziele gesteckt, die es dann bei Weitem nicht erreicht hat. Das waren markante Erkenntnisse, und ich bin mir sicher, dass man aus diesen Fehlern sehr, sehr viel gelernt hat.

Zum Thema Energie – „Energie zum Angreifen“ war übrigens ein wunderbarer Vortrag –: Der hohe Anteil des Stromes an diesem Energiebedarf, der uns ins Haus steht, ist doch eklatant. Ich erinnere mich an Experten, europäische Experten wohlgermerkt, die in den Jahren 2010 bis 2015 im Hinblick auf die erneuerbaren Energien die Meinung vertreten haben, dass es durch die künftige E-Mobilität maximal zu einem Mehrverbrauch an Strom von 1,5 bis 1,8 Prozent kommen wird. Diese Bemerkungen sind dann irgendwann einmal eingeschlafen. Mittlerweile wissen wir, dass wir allein im Sektor der Elektromobilität mit Steigerungen des Energieaufwandes von über 20 Prozent rechnen müssen. Wir sind also natürlich auch hier gefragt.

Heute war auch schon von Norwegen die Rede, Norwegen ist ja Vorzeigeland in dieser Richtung, natürlich auch durch die Förderpolitik in Richtung der E-Mobilität. Oslo als Hauptstadt zeigt aber zum Beispiel schon Probleme auf. Wenn man sich die Zahlen anschaut, stehen in Oslo 80 000 elektrobetriebenen Fahrzeugen 1 300 Ladestellen gegenüber. Das ist eine Erkenntnis, die wir ganz sicher auch zu berücksichtigen haben, um nicht in diesen gleichen Fehler zu verfallen, hier etwas sehr stark zu forcieren und nachher große Strukturprobleme zu bekommen.

Es war hier auch schon die Rede von Ingenieursleistung. Da bin ich auch der Meinung, dass wir Ziele definieren und planen werden müssen, um hier auch exakte Lösungen erreichen zu können, um – ich denke da vor allem an Pendlerinnen und Pendler in den Umlandgemeinden – eine Attraktivierung dieser E-Mobilität auch tatsächlich realisieren zu können, die sich dann auch für die Bürger leistbar gestaltet. – Danke schön. *(Beifall.)*

14.54

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Peter Raggl. – Bitte.

14.54

Bundesrat Dr. Peter Raggl (ÖVP, Tirol): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Teilnehmer der heutigen Enquete! Ich möchte mich vorweg auch bei der Bundesregierung bedanken, dass sie der Klima- und Energiestrategie jene Vorrangigkeit eingeräumt hat, die sie auch tatsächlich verdient und die auch absolut notwendig ist.

Ich möchte mir jetzt ein bisschen das Thema Güterverkehr herausnehmen – es ist schon angesprochen worden, vielleicht heute noch ein bisschen zu kurz gekommen –, weil es in meinem Bundesland, in Tirol, eine extrem wichtige, negative Rolle spielt. Wir sind da leider weit weg von irgendwelchen Reduzierungen, vielmehr sind wir hier mit extrem hohen Zahlen an Belastungen konfrontiert. Ich habe mir das Sektorziel Verkehr in der Klima- und Energiestrategie angesehen. Es ist sehr ambitioniert: bis 2030 minus 50 Prozent beziehungsweise 7 Millionen Tonnen CO₂-Reduktion. Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel, aber es ist absolut erforderlich, weil diese extreme Belastung nicht nur Auswirkungen auf das Klima, sondern in unserem Land schon direkt nachweisbar auch auf die Gesundheit der Bevölkerung hat, gerade eben in diesem vom Verkehr geplagten Tirol.

Was bedeutet das? – Die Grenze der Belastbarkeit ist zweifellos erreicht. Auf der Brennerroute sind im Jahr 2017 nicht weniger als 2,25 Millionen Lkw gezählt worden. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 8 Prozent. Im ersten Quartal des heurigen Jahres gibt es wiederum verglichen mit dem Rekordjahr 2017 eine Steigerung von 13 Prozent. Hier kann man also sicher nicht länger zusehen. Man sieht auch den

Bundesrat Dr. Peter Raggl

Grund: Wir sind im Transit sehr, sehr günstig, am Brenner wird zweimal so viel Schwerverkehr festgestellt als in der gesamten Schweiz auf allen Transitrouten zusammen.

Unser Ziel muss es sein, die Schiene zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene gegenüber der Straße möglichst zu erhöhen. Es braucht dazu konkrete Maßnahmen, es braucht die Harmonisierung der technischen Zugsysteme. Es kann nicht sein, dass im Jahr 2018 immer noch Wartezeiten von einer Stunde und mehr an der Brennergrenze wegen eines Lokwechsels notwendig sind. Es braucht klar die Förderung der Rollenden Landstraße mit Anreizsystemen. Es braucht ganz klar die Fertigstellung des Brennerbasistunnels in der vorgesehenen Weise. Und es braucht auch – und da tut es mir jetzt ein bisschen leid, dass unser Verkehrsminister derzeit nicht im Saal ist – einen massiven Druck auf unsere Nachbarn, um den Ausbau der Zulaufstrecken, der unbedingt notwendig ist, auch voranzutreiben.

Die derzeitige Situation beim Schwerverkehr und die geschilderte Entwicklung sind tatsächlich unzumutbar, ja gesundheitsgefährdend. Wir brauchen eine klare Strategie, die in der Klima- und Energiestrategie bereits vorhanden ist. Wir brauchen ein Vermeiden von Leerfahrten, wir brauchen eine Verlagerung der Verkehrsströme von der Straße auf die Schiene, und wir brauchen eine Verbesserung der Transporttechnologien. – Danke schön. *(Beifall.)*

14.58

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Zu Wort gemeldet ist Herr Franz Kirchmeyr. – Bitte.

14.58

Franz Kirchmeyr (Kompost & Biogas Verband Österreich): Geschätzter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Bundesminister! Geschätzte Teilnehmer! Ich danke der Bundesregierung und im Besonderen den beiden führenden Ministerien in diesem Sektor für die rasche Inangriffnahme dieses wichtigen Themas, in der Hoffnung, dass hier auch zielgerichtet und konsequent weitergearbeitet wird.

Mit biogenen Energieträgern und Konversionstechnologien in Form von fester Biomasse und Biogas haben wir bereits heute die besten Energiespeicher und somit auch die beste Möglichkeit, auch in Zukunft Versorgungssicherheit in allen Sektoren der Energie – sprich: Strom, Wärme und Kraftstoff – bereitzustellen. Wir haben zudem mit diesen beiden Technologien bereits heute Technologien zur Verfügung, die die höchsten Arbeitsplatzäquivalente an heimischen Arbeitsplätzen ermöglichen. So bringt die Biogastechnik bereits heute pro Gigawattstunde 5,7 Arbeitsplatzäquivalente, das heißt Wertschöpfung im Land. Biomasse ist knapp dahinter, danach kommen alle anderen erneuerbaren Energien.

Wir haben, weltweit gesehen, mit diesen Technologien bereits heute Alleinstellungsmerkmale, um die uns andere beneiden, sprich: wir haben Techniken, die weltweit gefragt sind. Damit dies auch in Zukunft so bleibt und so bleiben kann, damit die österreichische Technik, die Wirtschaft florieren kann, bedarf es aber auch weiterer Forschung. Diese Forschung vermissen wir derzeit ein bisschen in der Strategie und vor allem auch in der Umsetzung. Es geht darum, dass die notwendigen Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden. Ansonsten laufen wir Gefahr, dass uns andere Staaten schneller, als wir denken, im Zuge des Pariser Abkommens überholen werden.

Ein Thema ist in dieser Strategie bereits integriert, und das ist sehr positiv, nämlich erneuerbares Gas. Diese Strategie in diesem Sektor muss nicht nur in Richtung Wärme geführt werden, sondern für alle drei Sektoren offen bleiben, damit das Gasnetz nicht 2050 ein Ende sieht, sondern seine Rolle als sehr elegantes, kosteneffizientes Speicher- und Energietransportsystem beibehalten kann. Wir haben es für Strom, Wär-

Franz Kirchmeyr

me und Kraftstoff zur Verfügung. Beim Kraftstoff erfüllen wir bereits heute mit Biome-thankraftstoffen die Euro-Norm 6d, sowohl im Individualverkehr als auch im Lkw- und Busverkehr. Das bedeutet, wir können diese Technik mit höchsten Arbeitsplatzäquiva-lenten im Sinne der heimischen Wertschöpfung bereits heute anwenden. – Danke. (*Bei-fall.*)

15.01

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Zu Wort gelangt Herr Christoph Streissler. – Bitte.

15.01

Dr. Christoph Streissler (Bundesarbeitskammer): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Klima- und Energiestrategie hat, wie wir schon gesagt haben, sehr ambitionierte Ziele. Wir schätzen das sehr. Auch die Betonung der Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir müssen aber, und das haben wir als Arbeiterkammer immer wie-der gesagt, die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen einer solchen Strategie betrachten, und das umfasst unter anderem auch die Beschäftigung.

Wir als Arbeiterkammer vertreten 3,7 Millionen Beschäftigte in Österreich, und die sind in sehr, sehr vielen verschiedenen Branchen tätig. Das sind auch Branchen, die durch eine ambitionierte Klima- und Energiepolitik Nachteile, Umsatzrückgänge erleiden kön-nen. Diesem Problem müssen wir uns stellen. Wir sagen nicht, wir wollen die Ziele nicht, aber wir müssen genau hinschauen, wie wir für die Beschäftigten in den Sekto-ren auch ein Angebot schaffen können. Das ist es, was unter dem Schlagwort Just Transition, auf Deutsch nicht sehr gut übersetzt als gerechter Übergang, diskutiert wird. Das bedeutet Maßnahmen in den Bereichen wie Ausbildung, Technologiepolitik und auch durchaus am Arbeitsmarkt.

Das sind Fragestellungen, die derzeit von der Strategie, so wie sie vorliegt, nicht be-handelt werden. Es ist uns aber allen klar, dass, wenn die Governance-Verordnung in Kraft ist, weitaus konkretere Maßnahmen formuliert werden müssen, um eine Umset-zung der Energie- und Klimapolitik wirklich zu garantieren. Ich denke, dass, wenn diese Diskussion dann läuft, auch ein intensiverer Beteiligungsprozess notwendig ist, um diese Aspekte hineinzubekommen, um zu vermeiden, dass wir die Konfliktfelder weiter-hin aussparen, um zu vermeiden, dass wir die Unterstützung verlieren von den Leuten, die nicht nur Vorteile in der Strategie sehen, weil wir sonst wohl in eine Zweiklassen-Energiegesellschaft kommen, die wir uns nicht wünschen.

Ich reduziere meine Redezeit um 36 Prozent und danke. (*Beifall.*)

15.04

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Zu Wort gelangt Herr Michael Soder. – Bitte.

15.04

Michael Soder, MSc, PhD (Institut für Ökologische Wirtschaft, Wirtschaftsuniversität Wien): Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Mobilität ist keine rein technische, sondern eine inhärent soziale Frage. Nimmt man den Prozess der Dekarbonisierung im Mobilitätsbereich ernst, bedeutet das einen umfassenden Wandel der Mobilitätssysteme und unseres Mobilitätsverhaltens. Ziel kann es daher nicht nur sein, ein effizientes Mobilitätssystem zu erreichen, sondern Ziel muss der Zugang zu klimaverträglicher und leistbarer Mobi-lität sein.

Dazu bedarf es einer aktiven öffentlichen Hand, die vor notwendigen Investitionen nicht zurückschreckt und alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel und Instrumente nutzt. Das

Michael Soder, MSc, PhD

betrifft insbesondere auch ordnungspolitische und steuerungspolitische Elemente, die in der vorgelegten Klima- und Energiestrategie leider oftmals zu kurz kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Wandel im Mobilitätsbereich betrifft aber nicht nur die Mobilität an sich, sondern auch die Beschäftigten in diesem Sektor. Die öffentliche Hand hat hier die Verantwortung, für soziale Ausgewogenheit und qualitativ hochwertige Beschäftigung im Prozess des Wandels zu sorgen, und zwar gerade in jenen Sektoren, die übermäßig stark von diesem Wandel betroffen sein werden. Nur dann – und nur dann! – wird eine breite Akzeptanz der vorgelegten Strategie vorliegen, und sie wird auch nur dann mittel- und langfristig Erfolg haben. – Herzlichen Dank.
(Beifall.)

15.05

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Zu Wort gelangt Frau Bundesrätin Elisabeth Pfurtscheller. – Bitte.

15.06

Bundesrätin Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth Pfurtscheller (ÖVP, Tirol): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Ministerin! Geschätzte Damen und Herren! Als Tiroler Abgeordnete kann ich Ihnen versichern, wir begrüßen alle in der Klimastrategie genannten Leuchttürme zum Thema E-Mobilität und effiziente Güterverkehrslogistik. Es geht hier nicht nur um unser Klima, um Eindämmung der Erderwärmung, um Erhaltung einer intakten Umwelt, es geht auch um die Entlastung der im Hier und Jetzt lebenden verkehrsgelagten Menschen.

Ich wage zu behaupten, die Tiroler stellen derzeit die durch Verkehr meistbelastete Bevölkerung im Bundesländervergleich dar. Daher freuen wir uns über wirklich jeden Fortschritt, sei es der Ausbau der E-Mobilität oder die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Dass dieses Thema uns Tirolern so besonders wichtig ist, sieht man daran, dass unser geschätzter Herr Landesrat Josef Geisler den Weg nach Wien gefunden hat, aber auch insgesamt vier Tiroler Abgeordnete der ÖVP, die sich alle zu diesem Thema zu Wort melden.

Ein Appell wurde schon vom geschätzten Kollegen Raggl an Sie gerichtet, nämlich der Appell, nicht nachzulassen, was den Brennerbasistunnel-Ausbau und vor allem auch die Anbindung an Deutschland und Italien betrifft. Wir wissen, dass das nur im internationalen Austausch und in der internationalen Zusammenarbeit funktionieren kann. Deswegen möchte ich nicht mehr genauer darauf eingehen. Mein Appell richtet sich an den Herrn Minister Hofer mit der Bitte, ja nicht auf die ländlichen Regionen zu vergessen.

Ich selber komme aus einem peripheren Bezirk und weiß und wir alle in der Peripherie und in den ländlichen Regionen wissen, dass Verkehr nicht grundsätzlich etwas Schädliches ist, sondern eigentlich etwas sehr Begrüßenswertes. Er bringt uns nämlich die Touristen, er hilft uns, unsere wirtschaftliche Entwicklung zu sichern, und trägt dazu bei, dass die jungen Menschen in den peripheren Regionen bleiben, denn sie möchten auch einen guten Anschluss an die Zentralräume haben und freuen sich eben, wenn es gute Straßen- und gute Verkehrsverhältnisse gibt. Daher mein Appell: Bitte, denken Sie nicht nur an die Ballungsräume, schauen Sie darauf, dass die peripheren Regionen mit guter Elektrifizierung für die E-Mobilität ausgerüstet werden!

Ich möchte auch noch auf den Input, den der Herr Minister gegeben hat, zurückkommen. Er hat gesagt, Digitalisierung ist genauso wichtig. Das möchte ich auch unterstreichen, weil Digitalisierung eben auch Verkehr zu vermeiden hilft, wie schon Kollege Ottenschläger gesagt hat. Auch die Automatisierung ist ein wichtiges Thema. Ich finde, es wird in Österreich noch viel zu wenig darüber gesprochen, wie sich das alles rund um den Verkehr entwickeln wird, wenn autonomer oder teilautonomer Verkehr immer

Bundesrätin Dipl.-Kffr. (FH) Elisabeth Pfurtscheller

mehr Realität wird. Ich halte das für ein sehr spannendes Thema und finde, es ist höchste Zeit, darüber zu sprechen. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!
(Beifall.)

15.09

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Zu Wort gelangt Herr Roland Romano. – Bitte.

15.09

Roland Romano (Radlobby Österreich): Sehr geehrte Damen und Herren! Die Radlobby Österreich begrüßt es, dass eine Klima- und Energiestrategie verabschiedet werden soll. Die Unausgewogenheit im Sektor Verkehr bereitet uns allerdings Grund zur Sorge.

Wenn man sich anschaut, wie Radverkehr heute in Österreich funktioniert, sieht man Folgendes: Die Politik auf Landes-, Bundes- und Gemeindeebene erwartet von der Bevölkerung, von Jung und Alt, dass sie mit dem Rad auf Straßen unterwegs ist, die von Fahrzeugen benutzt werden, die bis zu 1 000 Mal so schwer sind wie sie oder mit der zehnfachen Geschwindigkeit unterwegs sind. Das ist nicht sicher und das ist nicht attraktiv für die österreichische Bevölkerung. Das sagt sie Ihnen jeden Tag: 93 Prozent der Wege in Österreich werden nicht mit dem Fahrrad zurückgelegt, obwohl ein sehr großer Teil genau dafür geeignet wäre.

Wir wissen, dass es Investitionen in die Radinfrastruktur braucht, nämlich im Volumen von 3 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030. Diese Kraftanstrengung ist notwendig, wie es der Herr Bundesminister heute schon formuliert hat. Gleichzeitig möchte die Bundesregierung aber die Mittel für den Radverkehr einfrieren und nicht über das heutige Niveau anheben, dessen Notwendigkeit schon früher festgestellt wurde. Gleichzeitig soll aber in den Autobahn- und Schnellstraßenbau investiert werden, der ausschließlich monomodal funktioniert und dem Radverkehr in keinster Weise zugutekommt.

Wer jetzt nicht investiert, wird auch die Vorteile von mehr Radverkehr nicht ernten können. Der große Nutzen für die Allgemeinheit in Milliardenhöhe wird nicht gehoben werden können, und daraus entstehen zusätzliche Kosten für die nachfolgenden Generationen.

Der zweite Punkt neben der Ertüchtigung unserer Straßen ist die Novellierung diverser Gesetze. Was bislang in der Klima- und Energiestrategie fehlt, ist die steuerliche Absetzbarkeit eines Fahrrades alle fünf Jahre im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung, damit die Zugänge zu Fahrrädern in Österreich verbessert werden. Was fehlt, ist die Verankerung des Radfahrens in der 4. Schulstufe. Die größte Novelle wäre ein Update der Straßenverkehrsordnung, die bis dato fahrradfeindliche Sondernachträge beinhaltet und selbständige Kindermobilität nicht ermöglicht.

Wir sehen, dass mit diesen Maßnahmen eine Verdoppelung des Radverkehrs möglich wäre. Wir rufen die Bundesregierung dazu auf, diese Maßnahmen in die Klima- und Energiestrategie zu integrieren, um das Ziel auch zu erreichen. Damit wünsche ich gute Fahrt. (Beifall.)

15.12

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Zu Wort gelangt Frau Laura Fariello. – Bitte.

15.12

Laura Fariello (ÖBB): Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Damen und Herren! Ich darf Ihnen im Namen der ÖBB zu dieser Klima- und Energiestrategie gratulieren. Sie bietet für uns einen sehr robusten Rahmen, mit dem wir arbeiten können und den es jetzt auszugestalten gilt. Wir haben auf

Laura Fariello

der einen Seite öfters gehört, dass wir relativ ambitionierte Sektorziele für den Bereich Verkehr haben. Um diese zu erreichen, gilt es Lösungen zu suchen, und wir, die ÖBB glauben, ein Teil dieser Lösung sein zu können.

Wie können wir das sein? Wir sind das größte Mobilitätsunternehmen Österreichs und sind uns dieser Verantwortung bewusst. Wir können, wollen und werden etwas leisten. Wir fahren derzeit zu 92 Prozent erneuerbar, wir werden im Rahmen dieses Jahres die Umstellung auf 100 Prozent Ökostrom noch umsetzen. Wir ersparen dadurch der Republik Österreich circa 3 Millionen CO₂ im Jahr.

Wesentlicher Faktor für diese Klimafreundlichkeit der Bahn ist die ökologische Stromaufbringung. In diesem Zusammenhang hätte ich drei konkrete Anliegen an die #mission 2030. Wir haben vor, den Ausbau des eigenproduzierten Ökostroms vorzunehmen. Um dies realisieren zu können, bräuchten wir einen Zugang zum Ökostrom.

Gleichzeitig ist in Österreich die Besteuerung von Bahnstrom leider höher als in anderen europäischen Ländern. Wir würden daher darum bitten, dass diese auf ein europäisches Durchschnittsniveau reduziert wird, sodass wir beim Bahnstrom eine ähnliche Belastung wie unsere europäischen Nachbarn haben.

Eine abschließende Bemerkung – ich mache es relativ kurz –: Woran glauben die ÖBB? Wir glauben an eine gemeinsame Koexistenz der Verkehrsträger. Wir glauben, jeder Verkehrsträger kann seinen Stärken entsprechend seinen Beitrag leisten. Ich glaube, wenn wir diese Stärken der Verkehrsträger bündeln, können wir einen wesentlichen Beitrag zur Lösung dieser Klimaherausforderung im Mobilitätsbereich leisten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

15.14

Vorsitzender Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Als letzter Redner in diesem Panel gelangt Herr Erwin Mayer zu Wort. – Bitte.

15.14

Mag. Erwin Mayer (Dachverband Erneuerbare Energie Österreich): Sehr geehrte Damen und Herren! Eine Ergänzung zu dem vorhin Gesagten: Ich habe schon erwähnt, die Harmonisierung der CO₂-Preise ist wichtig. Warum sage ich das jetzt im Zusammenhang mit dem Thema Verkehr? Weil es leider eine lange Tradition gibt, dass man Ökosteuer mit Mineralölsteuererhöhung gleichsetzt, genau das soll es aber nicht sein. Beim Benzin haben wir nämlich schon die hohe Besteuerung, beim Diesel müssen wir aufholen. Wir sollten auch nicht vergessen, dass es hier nicht nur um eine Gleichstellung geht, sondern Diesel um 13 Prozent mehr Kohlenstoff enthält als Benzin und daher höher besteuert werden müsste.

Der Großteil der ökologischen Steuerreform findet außerhalb des Verkehrsbereiches statt, aber, und das sagen auch jüngste Studien, die Preissensibilität ist im Verkehrsbereich am höchsten, gerade auch beim Diesel. Das heißt, eine sehr moderate Erhöhung – und es geht hier wirklich nur um moderate Erhöhungen – würde die Elektromobilität und den Umstieg auf alternative Verkehrsmittel sehr schnell beschleunigen. Hier wirken Preise einfach stärker als in anderen Bereichen. (*Abg. Rauch übernimmt den Vorsitz.*)

Das Zweite, das ich sagen möchte, bezieht sich auf den Ökostrombedarf. Auch dazu möchte ich ergänzen und an Barbara Schmidt anknüpfen. Ich sehe den Ökostrombedarf etwas höher, ich habe das hochgerechnet: Bei gleichbleibenden Aufteilungen im Modal Split, also zwischen Auto, öffentlichen Verkehrsmitteln, Rad und dergleichen, kämen wir auf 10 bis 15 Terawattstunden nur für Pkw. Was oft übersehen wird: Wir bräuchten noch einmal 10 bis 15 Terawattstunden für die Lkws, denn die Lkws – da bin ich sehr optimistisch – werden schneller ausgetauscht und elektrifiziert werden als die

Mag. Erwin Mayer

Pkws. Warum? Weil es hier weitaus geringere Stillstandszeiten gibt und weil die Kilometerleistung pro Lkw sehr viel höher ist, sodass Sie alle drei bis fünf Jahre einen neuen Lkw haben. Das heißt, wenn hier der technologische Break-even-Point erfolgt ist, kommt es zu einem rascheren Austausch bei den Lkws.

Der letzte Punkt, der hier heute noch gefehlt hat, ist ein ökologisches und kilometerabhängiges Road Pricing. Wir haben in Österreich die große Diskussion des Tanktourismus. Das heißt, wenn nur wir alleine Steuern auf fossile Energieträger erhöhen, wird immer mehr im Ausland getankt werden. Das allein kann also nicht die Lösung sein. Mit einem ökologischen Road Pricing bekämen wir alle, die in Österreich auf den Straßen unterwegs sind, in den Griff, und hier sollte differenziert werden zwischen unökologischen Fahrzeugen, sage ich einmal, mit niedrigen Euro-Klassen und hohem CO₂-Ausstoß auf der einen Seite und sehr sauberen Fahrzeugen auf der anderen Seite.

Was mir dabei auch wichtig ist: Die über die Infrastrukturkosten hinausgehenden Mehreinnahmen müssen natürlich an die Mobilitätsbenutzer eins zu eins zurückgegeben werden. Das darf keine versteckte Steuererhöhung fürs Budget sein! – Danke. *(Beifall.)*
15.17

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Ich bedanke mich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre Beiträge und schließe somit die Debatte zu Panel 2.

Panel 3: Zukunftsweisende Maßnahmen im Sektor Gebäude

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Wir kommen nun zu Panel 3.

Ich darf Herrn Landesrat Johann Seitinger das Wort erteilen. – Bitte.

15.17

Landesrat Ök.-Rat Johann Seitinger (Kommission für Umweltförderung im Inland): Geschätzte Frau Bundesminister! Lieber Herr Vorsitzender! Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten! Meine Damen und Herren, die dieser Enquete beiwohnen! Ich darf also jetzt den dritten Teil dieser Enquete einleiten. Ich bedanke mich herzlich dafür, dass ich eingeladen wurde, um als Vorsitzender der österreichischen Umweltförderungskommission hier auch ein paar Worte zu sagen beziehungsweise um einen Beitrag zum Thema Gebäude zu bringen.

Zuerst vielleicht ganz allgemein: Ich darf seit 15 Jahren in der steiermärkischen Landesregierung die Ressorts Landwirtschaft, Umwelt und Ressourcenwirtschaft, Nachhaltigkeit und Wohnbau verantworten. Ich beschäftige mich schon seit etwa 30 Jahren mit den Themen Klimaschutz und Klimawandel und ich sehe zur Stunde sehr deutlich anhand von Fakten und Zahlen, weil ich auch für die Auszahlungen und Abwicklungen der Katastrophenentschädigungen verantwortlich bin, wie sich die klimabedingten Naturkatastrophen entwickelt haben.

Es ist ein volkswirtschaftlicher Super-GAU, den wir derzeit erleben, und es ist keine Besserung in Sicht. Im Gegenteil, es entwickeln sich alle Projekte, die wir kennen und die wir eingefordert haben, leider ins Negative. Es geht um die Frage, ob wir unserer nächsten Generation eine sehr große Hypothek oder eben Zukunftschancen überlassen. Das ist auch heute das inhaltliche Thema schlechthin, und ich danke den beiden Ministern sehr dafür, dass sie diese Enquete gestartet haben und dieses große Projekt sehr ernsthaft angehen.

Zwei Vorbemerkungen vielleicht, meine Damen und Herren: Es ist in den Klimaschutzvorhaben an sich in den letzten 20 Jahren durchaus viel passiert, das ist auch belegbar und beweisbar. Ich sehe das anhand von Tausenden Maßnahmen, die wir im Rahmen

Landesrat Ök.-Rat Johann Seitinger

der Umweltförderung im Inland unterstützen. Da sind Tausende und Abertausende Tonnen an CO₂-Ausstoß eingespart worden. Wir dürfen die Sache per se nicht schlechtreden, aber Faktum ist, dass es da noch sehr, sehr viel zu tun gilt und zu tun gibt.

Das Zweite, meine Damen und Herren, und das ist heute schon einmal gesagt worden, ist, dass Hunderte Expertisen und Konzepte in den Schubladen liegen – im Bund, in den Ländern, in den Gemeinden. Ich würde fast sagen, man könnte drei Winter lang jedes Haus in der Republik damit heizen. Gut gemeint ist also noch lange nicht gut gemacht, tun ist das Schlüsselwort, da sind wir uns alle einig. Das, was wir heute hier tun, ist ein Teil des Guten. Ich hoffe, dass wir da sehr rasch voranschreiten.

Drei Prinzipien sind für die gelernten Österreicherinnen und Österreicher unumstößlich. Das erste ist: Der Österreicher will eine Belohnung haben, wenn er etwas Gutes tut, insbesondere für den Klimaschutz. Das zweite ist: Er will den Nutzen sowohl für sich selbst als auch für das große Ganze erkennen. Das dritte ist: Für den Nachbarn darf man keine Ausnahme machen. So sind wir es gewöhnt, so ist unsere DNA, und die können wir wahrscheinlich nicht rasch verändern. Der Neid, sagt man, ist nach der Sonne der zweitgrößte Energiespender, und da ist schon ein bisschen etwas dran.

Was heißt das, meine Damen und Herren? – Klimaschutzmaßnahmen brauchen Anreizsysteme, nämlich wirksame, aber auch einfache Anreizsysteme. Der beste Anreiz ist – das ist heute schon mehrmals gefallen – eine ökologische Steuerreform, die gut durchdacht, gut vorbereitet ist, die Absetzmöglichkeiten und Ausgleichsmaßnahmen im steuerlichen Sinne geben kann.

Das Zweite ist: Es braucht eine neue Wucht, eine neue verstärkte Bewusstseinsbildung. Klimaschutz muss, wie schon einmal gesagt worden ist, zur Mode werden.

Das Dritte ist: Auch wenn da und dort noch Ausnahmen im Bereich der fossilen Energien gemacht werden – Stichwort Gasanschluss, Stichwort Ölkesseltausch –, so muss das in Einklang mit dem Klimaschutz gebracht werden, das heißt mit nachhaltigen Ausgleichsbeiträgen auch für den Klimaschutz. Dass da die Industrie im Kontext der internationalen Wettbewerbe eine Ausnahme braucht, versteht sich von selbst.

In den verbleibenden paar Sekunden möchte ich noch ein paar klare Aussagen zum Gebäudebereich treffen. Punkt eins: In der Raumordnung liegt die Wahrheit, dessen sind wir uns alle bewusst. Im Handel, nicht nur im Wohnbau, auch im Dienstleistungsbereich, müssen wir uns darauf konzentrieren, die Raumordnung besser zu gestalten.

Punkt zwei: Wir müssen unseren Fokus auf die Sanierung lenken, insbesondere in Bezug auf den Flächenverbrauch.

Punkt drei, den ich anschneiden möchte: Es braucht kleinere Wohnungen, das sage ich auch als Wohnbau-Landesrat, flexiblere Raumkonzepte. Das ist ein sehr, sehr großer Auftrag und eine Herausforderung für die gesamte Architektur.

Punkt vier: Der Energieverbrauch, die Energieversorgung im Wohnbau, muss in Zukunft im Kontext mit der Mobilität stehen, auch im Zeitalter der Digitalisierung mit modernen Smarthomesystemen. Das ist keine Frage, wir brauchen intelligente (*Vorsitzender Rauch gibt das Glockenzeichen*) – danke, ich komme schon zum Schluss –, autarke Wohnkraftwerke, die sowohl die Wärme als auch die Kälte berücksichtigen.

Schließlich, meine Damen und Herren, braucht es mehr Forschung und Entwicklung für ökologische Baustoffe, für intelligente Fassadensysteme auch im Kontext mit einer gesamten Energiebilanz. Dass es einfacher werden muss im Bereich des Normenunwesens, der Baurichtlinien, der OIB-Richtlinien, der Baugesetze sowie der Anreizsysteme, das versteht sich von selbst.

Landesrat Ök.-Rat Johann Seitinger

Es wäre noch viel zu sagen, aber wie gesagt, das Entscheidende ist: Tun müssen wir es. Daher danke ich allen, die an dieser großen Initiative mitarbeiten. – Vielen herzlichen Dank. (*Beifall.*)

15.24

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Als Nächster erteile ich Frau Mag. Nadja Shah von der Mietervereinigung Österreich als Expertin des SPÖ-Parlamentsklubs das Wort. Die Redezeit beträgt auch 5 Minuten. – Bitte.

15.24

Mag. Nadja Shah (Mietervereinigung Österreich): Sehr geehrte Frau Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Danke für die Einladung und die Möglichkeit, aus meiner Sicht Expertenwissen in diese Diskussion um den Klimaschutz einzubringen.

Effektivität ist etwas, das mich sehr beschäftigt. Ich beschäftige mich seit 20 Jahren mit Energie- und Heizkostenabrechnungen, mit Warmwasseraufbereitung, mit Sanierungen von Gebäuden. Ich bin mit diesen Themen viel beschäftigt und unterscheide daher mittlerweile zwischen den Begriffen effektiv und effizient. Effektiv ist es, wenn wir die richtigen Dinge tun, effizient ist es, wenn wir die richtigen Dinge auf die richtige Weise tun, und so soll es sein.

Zwischen 1990 und 2016 sind die Treibhausgasemissionen im Sektor Gebäude um 4,8 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente gesunken, das sind 37,2 Prozent. Im Gebäudebereich sind wir also schon ziemlich erfolgreich, wenn es darum geht, im Klimaschutz tätig zu werden. Im Gegensatz dazu sind die Äquivalente im Bereich Verkehr im gleichen Zeitraum um 66,7 Prozent gestiegen. Da wäre also noch sehr viel zu tun.

Nichtsdestotrotz gibt es den Leuchtturm Gebäudesanierung. Das neue Ziel lautet, 3 Millionen Tonnen bis 2030 einzusparen. Schauen wir, ob das das richtige Ziel ist! Vor dem Hintergrund dieses Ziels wurde in der Klimaschutzstrategie 2030 die Unterlage genannt, der Gebäudebestand von 1950 bis 1980 möge möglichst saniert werden. Ich glaube, das ist das richtige Ziel. Das ist der Gebäudebestand, der tatsächlich die schlechteste Bauweise und den größten Energieverbrauch aufweist.

Es mag nun den einen oder die andere erstaunen, dieser Gebäudebereich unterliegt nicht dem Mietrechtsgesetz. Wir brauchen daher, um dieses Ziel zu erreichen, keine Änderungen im Wohnrecht, was das Mietrecht betrifft.

Ein paar Fakten dazu: Im Jahr 2011 gab es in Österreich 2 191 000 Gebäude. Davon waren 1 442 000, also 65 Prozent, Einfamilienhäuser. Nehmen wir die Zweifamilienhäuser dazu, erreichen wir einen Prozentsatz von 78 Prozent der Gebäude, die Ein- oder Zweifamiliengebäude sind. Wir sehen daher, das ist ein großer Bereich, der schwierig zu erreichen ist, weil der Ein- und Zweifamilienhausbesitzer in der Regel weder das Geld noch die Ambition hat, sich mit den Klimazielen zu identifizieren, außer, wie wir vorhin gehört haben, es sind bestimmte Rahmenbedingungen vorhanden.

Neben den Eigenheimbesitzern sind auch die Wohnungseigentümer die Zielgruppe, die von diesem Gebäudebestand betroffen ist, und die Mieter in diesen Eigentumswohnungen. Für all diese gilt das Mietrechtsgesetz nicht, es gibt dort keine Preisregulierungen und dennoch wird nicht saniert. Was braucht es daher, damit diese Bevölkerungsgruppe animiert wird zu sanieren?

Ich habe folgende drei Probleme identifiziert: fehlendes Know-how – es ist ziemlich aufwendig, eine Sanierung zu planen, wenn sie wirklich die Klimaziele erreichen soll –, es fehlt oft an der finanziellen Ausstattung, und es fehlt auch das Interesse.

Hinsichtlich des fehlenden Know-hows wäre es zumindest im Bereich der Eigentumswohnungen möglich, über die Verwaltungen etwas zu erreichen, doch auch diese wollen natürlich entgolten werden, wenn sie einen Mehraufwand zu betreiben haben. Wer

Mag. Nadja Shah

soll diesen bezahlen? Der größte Hemmschuh in diesem Bereich ist also die finanzielle Ausstattung der Personen, die sanieren sollen.

Gerade im Wohnungseigentumsbereich, mit dem ich mich sehr viel beschäftige, gibt es keine Vorschreibung einer Mindestrücklage, die für die Ansparung der notwendigen finanziellen Mittel sorgen soll. Das bedeutet einen großen Hemmschuh, wenn es zu mehrfachen Ausgaben kommen soll. Es wäre daher sinnvoll, gerade im Wohnungseigentumsgesetz so eine Mindestrücklage vorzusehen.

Problematisch sind aber auch die Schnittstellen, die es zwischen dem Förderungsrecht, dem Wohnungseigentumsrecht und dem Heizkostenabrechnungsgesetz, aber auch dem Bundes-Energieeffizienzgesetz gibt. Hier gibt es nebeneinander Gesetze, die einander behindern und einander Probleme bereiten.

Einen Fall möchte ich schildern, weil er so anschaulich ist: Die niederösterreichische Wohnbauförderung fördert pro Wohnungseigentümer und pro Quadratmeter thermische Sanierungen, die Geschäftsraumeigentümer bekommen kein Geld. Das führt dazu, dass in einem Bau, in dem es sowohl Geschäftsraumeigentümer als auch Wohnungseigentümer gibt, bei den Geschäftsraumeigentümern das Interesse an der Sanierung von vornherein nicht gegeben ist, da sie die Ausgaben tragen müssen, ohne gefördert zu werden. Es wäre also sinnvoll, diese Schnittstellen zwischen dem Förderungsbereich und dem Wohnungseigentumsgesetz ein bisschen besser aufeinander abzustimmen, um diesen Hemmschuh zu beseitigen.

Das zweite wichtige Thema, das ich Ihnen nahelegen möchte, sind die Warmwasser- und Heizkostenanlagen. Wir machen tolle thermische Sanierungen, aber die Sanierung der Heizanlage wird nicht mitbedacht. Wir haben dann zwar gedämmte Gebäude, aber die Heizanlagen und die Heizkörper in den Wohnungen sind immer noch so alt wie vorher. Das heißt, die Reduktion des Energieverbrauchs findet nicht in dem Ausmaß statt, wie es sich der Mensch, der diese Sanierung gemacht hat, vorstellt. (*Vorsitzender Rauch gibt das Glockenzeichen.*) Wenn wir da keine Hilfestellung bieten, dann sind die Personen, die damit konfrontiert werden, schlechte Werbeträger für thermische Sanierungen, denn sie haben das Gefühl, es bringt nicht das, was man verspricht.

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen!

Mag. Nadja Shah (fortsetzend): Ja, danke. – Ich möchte abschließend festhalten, dass die Herausforderungen vor allem in den Unterschieden zwischen Jung und Alt, zwischen finanziell gut und finanziell schlecht ausgestatteten Betroffenen liegen, denn diese haben unterschiedliche Interessen und sind nicht leicht unter einen Hut zu bringen, insbesondere in einer Wohnungseigentumsanlage.

Klimamaßnahmen sind gesellschaftspolitische Maßnahmen und es ist daher sinnvoll, diese Finanzierung auch auf eine gesellschaftspolitische Ebene zu heben und nicht den Schwächsten in die Tasche zu greifen. Es ist gut, wenn geplant wird, sozialverträgliche Sanierungsaufgaben zu machen.

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Entschuldigung! Ich darf Sie bitten, zum Schlusssatz zu kommen!

Mag. Nadja Shah (fortsetzend): Das ist der Schlusssatz. – Es ist nicht so gut, wenn wir vorhaben, Amortisationen in kurzer Zeit herbeizuführen, da wir ein generationenübergreifendes Vorhaben haben. – Danke. (*Beifall.*)

15.31

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dipl.-Ing. Wolfgang Stumpf, Fakultät für Bildung, Kunst und Architektur, Department für Bauen und Umwelt, Donau-Universität Krems, Experte für den FPÖ-Klub. Sie haben 5 Minuten Redezeit. – Bitte.

Dipl.-Ing. Wolfgang Stumpf

15.31

Dipl.-Ing. Wolfgang Stumpf (Department für Bauen und Umwelt, Donau-Universität Krems): Herr Vorsitzender! Frau Minister! Meine Damen und Herren! Wir werden jene Generation sein, die den Klimawandel mitverursacht hat, dies erkannt hat, aus Fehlern gelernt und rechtzeitig Maßnahmen für eine klimagerechte Gesellschaft eingeleitet hat, oder wir werden die Generation sein, die den Klimawandel unumkehrbar gemacht hat.

Die Entscheidung darüber liegt bei uns, hier und heute. Wir stehen vor einer Herausforderung, die nur gemeinsam bewältigt werden kann. Das Ziel einer Klima- und Energiestrategie – ich hoffe, ich spreche für alle hier im Saal – ist klar, es geht um eine deutliche Reduktion der Treibhausgasemissionen.

Wie kann dieses Ziel im Sektor Gebäude aussehen? Stellen Sie sich vor, wir kommen nach Hause: es gibt frische Luft, angenehme Temperatur, die Sonne scheint, am Infodisplay lesen wir eine positive CO₂-Tagesbilanz des Gebäudebetriebs, die Energiespeicher sind voll aufgeladen, es gibt genug Energie, um auch während der nächsten drei regnerischen Tage keine Energie nachkaufen zu müssen, der eingespeiste Energieüberschuss hat uns heute sogar einen kleinen Gewinn ermöglicht. Der Bäcker nebenan liefert fürs Wochenende nicht nur frisches Gebäck, sondern auch Abwärme zur Vorheizung des Warmwassers. So, meine Damen und Herren, schaut der Alltag für manche Leute heute schon aus. Solch ein Szenario macht Sinn, oder?

Die technischen Möglichkeiten sind gegeben, dahinter steckt ein ökologisch gut gedämmtes, energieflexibles Gebäude, ein Haus als Kraftwerk, versorgt mit 100 Prozent erneuerbarer Energie, ausgestattet mit smarter netz- und sektorgekoppelter, kommunizierender Gebäudetechnik, die für hohen Nutzerkomfort sorgt. Das klingt vielleicht kompliziert, ist aber heute schon machbar, liefert einen Nutzen und macht Sinn.

Wie schaut der Weg dorthin aus? Die EU-Richtlinie zur ganzheitlichen Bewertung der Gebäudeenergieeffizienz, die EPBD 2010 hat uns Niedrigstenergiegebäudestandard, mehr erneuerbare Energie und effizientere Gebäudetechnik beschert. Wer von Ihnen, meine Damen und Herren, kennt die Gebäudeenergiekennzahl seines Wohnhauses, seines Arbeitsplatzes, dieses Hauses? – Es sollten über 90 Prozent sein. Wer von Ihnen kann die Gebäudeenergiekennzahl richtig interpretieren?

Die neue EU-Richtlinie zur Gebäudeenergieeffizienz, die EPBD 2018, setzt auf Digitalisierung. Ein Smart Readiness Indicator sagt aus, ob das Gebäude für den digital geregelten energieeffizienten Betrieb bereit ist. Sind wir das? Was bringt das?

Die Nutzer werden in den Mittelpunkt gestellt, die Nutzer erhalten Informationen über die aktuelle Energiesituation im Gebäude, über den thermischen Komfort, die Energieströme, Umweltwirkungen und Kosten – wenn der oder die Einzelne das will.

Die Nutzer können bestimmen, wie viel Energie im oder am Gebäude wofür verwendet wird, ob Energie im Gebäude oder in der Batterie gespeichert wird, ins Netz eingespeist, an den Nachbarn verkauft wird – wenn der oder die Einzelne das will.

Auch über die Freigabe der dazu notwendigen Informationen entscheiden die Nutzer selbst. Eine derartige Entscheidungsfindung setzt aber voraus, dass die Nutzer wissen, was sie wollen und was sie tun. Dazu ist noch viel Information und Aufklärung notwendig.

Die Bedeutung der Digitalisierung und die damit verbundenen beruflichen und wirtschaftlichen Chancen werden noch immer nicht erkannt. Da müssen sehr rasch massive Maßnahmen gesetzt werden. Digitalisierung ist der Gamechanger in der Steigerung der Gebäude- und der Energieeffizienz.

Zurück zum Gebäude, kurz noch zusammengefasst: Der aktuell maximale Heizwärmebedarf kann mit bewährter Bautechnik im Neubau wie in der Sanierung um 50 Prozent

Dipl.-Ing. Wolfgang Stumpf

unterschritten werden. Der kostenoptimale Primärenergiebedarf liegt 50 Prozent unter dem aktuellen Grenzwert. In der Ausschreibung und Vergabe von baulichen Maßnahmen soll eine ganzheitliche Bewertung der Gebäudelebenszykluskosten verlangt werden: weg von der reinen Vergabe über die Investitionskosten hin zu nachhaltigem Handeln.

Förderung soll auch fordern, der Erfolg muss messbar und nicht nur berechnet sein, eine Absichtserklärung allein darf nicht als Effizienzsteigerung gelten. Eine Koppelung der Wohnbauförderung mit dem klimaaktiv Gebäudestandard Gold wäre eine effiziente Maßnahme zu Aufklärung, Information, Kontrolle, zur ganzheitlichen Bewertung der Klimastrategie in der Planung, Errichtung und Nutzung von Gebäuden.

Eine monetäre Bewertung von Treibhausgasemissionen ist ein wichtiges Signal in die richtige Richtung. Die Aktion 100 000 Dächer, Photovoltaik und Kleinspeicher sollte es bitte alle zwei Jahre und nicht nur einmalig bis 2030 geben. (*Vorsitzender Rauch gibt das Glockenzeichen.*)

Der Gesetzgeber ist aufgerufen, eine rasche Umsetzung der Klimaenergiestrategie zu fördern und zu fordern, Barrieren abzubauen, entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen zu setzen, aber vor allem die Aus- und Weiterbildung zu forcieren. Es muss auch ein Anliegen von uns allen sein, dass wieder Bewusstsein für den Klimaschutz geschaffen wird.

Abschließend: Die Klima- und Energiestrategie muss als Chance für jeden einzelnen, für Österreich, für unsere Zukunft erkannt werden: eine Chance, die nicht ungenutzt bleiben darf, eine Aufgabe, die wir nur gemeinsam schaffen können. – Danke. (*Beifall.*)
15.37

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Dipl.-Ing. Dr. Doris Österreicher, Institut für Raumplanung, Umweltplanung und Bodenordnung, Institut für Konstruktiven Ingenieurbau, Universität für Bodenkultur Wien, als Experte für den Parlamentsklub der NEOS. – Bitte.

15.38

Dipl.-Ing. Dr. Doris Österreicher, MSc (Institut für Raumplanung, Umweltplanung und Bodenordnung, Institut für Konstruktiven Ingenieurbau, Universität für Bodenkultur Wien): Danke und vielen Dank für die Einladung. Sehr geehrte Frau Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass es einen sehr offenen Stakeholderprozess gibt und auch die Forschung und die Wissenschaft und die Experten zu Wort kommen.

Die Klima- und Energiestrategie ist sehr umfassend, auch im Gebäudebereich. Ich möchte gerne auf drei aus meiner Sicht sehr wesentliche Punkte eingehen, um das auch ein bisschen von der Zeit her zu beschränken.

Ein wesentlicher Aspekt – mein Vorredner hat es auch schon angesprochen – sind die multifunktionalen Gebäude. Wir müssen die Gebäude anders betrachten als sie jetzt betrachtet werden. Wir nutzen die Gebäude und sehen sie nur als Energieverbraucher. Im Endeffekt sind die Gebäude der Zukunft die Energieversorger und vor allem auch die Energiespeicher. Das ist etwas, was wir im Moment noch viel zu wenig nutzen.

Wir sehen das in einer sehr integrierten Herangehensweise im Stadtgefüge, aber auch im regionalen Aspekt sehen wir, dass die Gebäude viel mehr diesen integrativen Ansatz erfüllen müssen. Das heißt, sie versorgen uns mit Energie. Wir müssen die Flächen der Gebäude nutzen, die Dächer, die Fassaden noch vielmehr für die Nutzung von erneuerbaren Energiesystemen einsetzen, wir müssen die Gebäude selbst als Speicher nutzen. Die Gebäude haben eine unglaubliche Speichermasse, das ist etwas, was für uns einen Energiespeicher darstellt.

Dipl.-Ing. Dr. Doris Österreicher, MSc

Das heißt: Ja, wir brauchen zusätzliche Energiespeicher, wir brauchen die Wasserspeicher und andere chemische Speicher, aber die Gebäude sind Masse, die auch da ist. Verbraucher, Versorger und auch Energiespeicher, das sind aus unserer Sicht die Gebäude der Zukunft. Die Technik dazu ist vorhanden, das ist nicht etwas, was wir neu erfinden müssen. Was uns fehlt sind die Geschäftsmodelle, dass wir als Gebäudenutzer – als Gebäudeeigentümer oder auch als Mieter – die Fassaden nutzen dürfen, genauso Strom und Wärme verkaufen dürfen. Das ist etwas, was wir noch brauchen.

Es ist heute schon einmal gefallen, die Green Bonds oder andere Geschäftsmodelle, wir müssen in diesem Bereich neu denken, um diesen Weg beschreiten zu können. Der Bund kann da aus unserer Sicht als einer der größten Eigentümer und Besitzer von Gebäuden wirklich als Vorreiter fungieren. Das heißt, man kann da ruhig auch diesen Schritt in diese Richtung machen.

Zweiter Punkt: die Energieraumplanung, ein extrem wichtiger Ansatz. Man kann schon sehr viel allein in der Planung – in der städtebaulichen, in der Energieplanung, in der Regionalplanung – bewerkstelligen. Dabei geht es wieder um einen sehr integrativen Ansatz, bei dem Mobilität, Industrie, Gebäude im Verbund miteinander arbeiten und dadurch die Energieeffizienz in diesem Kontext erhöht werden kann. Es geht vor allem darum, dass wir immer mehr in eine strombasierte Gesellschaft hineingehen, das heißt, überregional wird alles auf der Stromebene passieren – zumindest aus der Forschungsperspektive im Moment –, die Umwandlung in Wärme erfolgt auf einer lokalen Ebene.

Das heißt, die Nutzung von Abwärme von anderen Gebäuden, den sogenannten Anergienetzen, zum Beispiel Niedertemperatursystemen, ist daher ein ganz wesentlicher Aspekt, um die Effizienz in der Stadt, aber auch in der Region hervorstreichen. Da braucht es eine sehr holistische Energieraumplanung, indem wir wirklich den ganzen Raum als solches betrachten, egal, ob das an eine Gemeindegrenze oder auch an eine Stadtgrenze stößt, um diese Perspektive zu gewinnen.

Als dritten Punkt möchte ich hervorheben, was aus der Sicht der Wissenschaft oder der Forschung sehr wichtig ist: eine Festlegung von messbaren Zielen, die mit quantitativen Indikatoren hinterlegt werden können, das heißt, Zahlen und Daten und Fakten. Wir würden uns freuen, wenn die Klima- und Energiestrategie tatsächlich mit Fakten hinterlegt ist. Es ist viel besser, einmal eine Zahl hinzuschreiben und dann draufzukommen, das haben wir jetzt doch nicht ganz erreicht, als sich überhaupt nicht zu trauen, eine Zahl hinzuschreiben. Es wäre also aus unserer Sicht sehr, sehr wichtig, messbare Ziele zu setzen, sie dann auch zu messen und zu sehen, ob man diese Ziele dementsprechend erreicht hat.

Es gibt genug Szenarien, es gibt Studien. Das Wifo hat erst kürzlich mit der Universität für Bodenkultur eine Studie zur Klimafolgenabschätzung gemacht, in der verschiedene Szenarien sehr, sehr detailliert durchgerechnet werden. Ich appelliere an Sie alle, diese Zahlen, Daten und Fakten zu nehmen und sich an diesen und den Ergebnissen zu orientieren und nicht nach einem Bauchgefühl oder vielleicht anderen Aspekten zu agieren, denn ich glaube, das ist etwas, worauf wir auch unsere Zukunft bauen können. Es gibt Szenarien und man kann sich darauf verlassen, dass diese auf den Grundlagen des Wissensstandes, den wir jetzt haben, basieren.

Wie gesagt: Auch wenn wir dann ein Ziel nicht ganz erreichen, ist das besser als man setzt sich gar keine Ziele. Die Wissenschaft kann die Entscheidungsgrundlagen dafür liefern. Wir hoffen, wir haben mit vielen Studien und, wie gesagt, auch mit dieser genannten auch die Entscheidungsgrundlage für die Politiker und Politikerinnen geliefert.

In diesem Sinne hoffe ich, dass die Forschung nicht nur zu Wort kommt, sondern auch gehört wird. – Danke schön. *(Beifall.)*

15.43

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Ing. Günter Lang, Passivhaus Austria, als Experte der Liste Pilz. Auch Sie haben 5 Minuten Redezeit. – Bitte.

15.43

Ing. Günter Lang (Passivhaus Austria): Der Gebäudesektor ist für ein Drittel des Endenergieverbrauchs verantwortlich. 500 Millionen Quadratmeter Gebäudebestand und Sanierungsintervalle von 40 Jahren sind gerade im Energiebereich im Wärmesektor die große Herausforderung, noch dazu, wenn im Winter mit dem größten Energiebedarf gleichzeitig mit Abstand die geringste Menge an erneuerbarer Energie zur Verfügung steht.

Auf erneuerbare Energie umzusteigen nennen Sie mit Recht die zentrale Herausforderung der Energiewende. Dafür müssen die Baustandards laufend an den besten verfügbaren Standard angepasst werden, wie im Leuchtturm 5 auf Seite 52 steht, Frau Minister. Daher muss die Devise lauten: Wenn schon sanieren, dann richtig!

In Österreich gibt es bereits eine Vielzahl von Beispielen, bei denen 80 bis 95 Prozent Energieeinsparung erzielt worden sind, egal ob im Wohnbau, in betrieblichen oder in öffentlichen Gebäuden. Alle sind sozial verträglich und kostenoptimal umgesetzt worden. Das ist der beste verfügbare Standard, wie er zitiert wird.

Halbherzig sanierte Gebäude verhindern hingegen die Erreichung der Klimaziele, da sie wirtschaftlich kein zweites Mal thermisch sanierbar sind. Wenn die verfügbaren Budgetmittel für die thermische Sanierung gezielt Anreize für diese Deep Renovation setzen, erreichen Sie mit dem gleichen Budget eine um 60 bis 80 Prozent höhere Energieeinsparung. So machen wir diese Gebäude zukunftsfit.

Die Neue Heimat Tirol zum Beispiel zeigt, dass bis 2030 bei sämtlichen 14 000 Bestandswohnungen keine fossilen Energien – damit meine ich auch Gasheizungen – mehr notwendig sein werden, es wird komplett ausgestiegen, verantwortlich gehandelt und die Gebäude über den Lebenszyklus bewirtschaftet. Verlangen wir die gleiche Verantwortung von allen, auch von den 60 Prozent der Bevölkerung, die – wie schon erwähnt – in zwei Millionen Eigenheimen bis heute nicht vorsorgen müssen und deren Zahl weiterhin stark ansteigt!

Ja, die beste Energie ist die, die wir nicht benötigen. All diese Bemühungen der thermischen Gebäudesanierungen helfen aber nur, wenn wir auch den Zuwachs im Neubau im Auge behalten und dieser nicht alles zunichtemacht. Die EU-Gebäuderichtlinie gibt, wie schon erwähnt, europaweit das Nearly Zero Energy Building vor. In Österreich dürfen solche Fast-Nullenergie-Gebäude nach dem Nationalen Plan derzeit noch den achtfachen Heizwärmebedarf gegenüber Passivhäusern verbrauchen.

Auch für den Neubau, immerhin 70 Millionen Quadratmeter werden es bis 2030 sein, müssen diese besten verfügbaren Standards gelten. Es kann nicht sein, dass in manchen Bundesländern dieser beste Standard bereits zu 90 Prozent umgesetzt wird und in anderen Bundesländern zu 0 Prozent. Eine konsequente Umsetzung dieser Einsparung würde – verglichen mit dem Nationalen Plan – drei Donaukraftwerke ersparen. Dabei ist Österreich in diesem Sektor des nachhaltigen Bauens führend und genießt weltweite Anerkennung; so soll es auch bleiben.

Auch die Kosten sind kein Argument, 5 Euro Warmmiete für Passivhäuser sind Realität. All diese nachhaltigen Gebäude sind kostenoptimal, sozial verträglich und häufig zu denselben Baukosten wie konventionelle Gebäude zu errichten; abgesehen davon sind sie auch gut für die Gesundheit. Auch das Raiffeisen-Hochhaus am ehemaligen Standort der Opec macht deutlich, dass das fossile Zeitalter zu Ende ist und das energieeffiziente, erneuerbare Zeitalter selbst im Hochhausbau längst Einzug gehalten hat.

Ing. Günter Lang

Zusammenfassend lassen Sie mich sagen: Gehen Sie mit allen öffentlichen Bauten mit gutem Beispiel voran! Passen Sie den Nationalen Plan an den Stand der Technik an! Lebenszyklische Werthaltung von Gebäuden sollte zur Selbstverständlichkeit werden. Setzen Sie in der Sanierung gezielt auf Deep Renovation! So schütteln wir die Abhängigkeit von fossiler Energie und den Importen ab und schaffen – noch dazu zum Nutzen der österreichischen Wirtschaft – im Gebäudesektor den Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energie. Klimaschutz ist also im Gebäudesektor eine enorme Chance für unsere Bürger, für unsere Wirtschaft und auch für unsere Handelsbilanz.

Jeder Tag zählt, also: act now! Lassen wir es nun endlich beginnen, lassen wir den Worten Taten folgen! – Danke. *(Beifall.)*

15.48

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Ich bedanke mich sehr herzlich für die Ausführungen.

Diskussion

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Wir kommen nun zur Diskussion zu Panel 3. Dazu liegen Wortmeldungen vor; diese sollen nicht länger als 2 Minuten dauern.

Erster Redner: Herr Richard Freimüller, Verband Wärmepumpe Austria. – Bitte.

15.49

Richard Freimüller (Verband Wärmepumpe Austria): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Bundesminister! Danke für die Einladung, für uns als Vertreter der Wärmepumpenbranche ist es ganz wichtig, hier unseren Beitrag zu leisten.

Wir haben heute sehr viel gehört, und wir sind der Meinung, wir haben zumindest für den Gebäudesektor die Lösung. Strom wird die Leitenergie der Zukunft sein, auf jeden Fall die nächsten Jahrzehnte, und die Wärmepumpe wird einen großen Teil unseres CO₂-Problems lösen. Photovoltaik am Dach – das Kraftwerk, das heute schon einmal besprochen wurde –, die Wärmepumpe, die heizen und kühlen kann, ein intelligenter Speicher, und wir haben das Problem zumindest im Neubau gelöst: 63 Prozent der Ein- und Zweifamilienhäuser, die jetzt gebaut werden, sind mit Wärmepumpen ausgestattet.

Unser großes Problem – ich glaube, da sind wir uns alle einig – ist die Sanierung. Natürlich hat Herr Lang recht: Sanieren nach Passivstandard ist richtig und möglich, das große Problem ist nur das Geld; das haben schon einige gesagt.

Wenn die Bundesregierung und wir alle nicht gemeinsam beschließen, wer das Geld ausgeben soll – irgendwer gibt es aus, aber die anderen, und das sind wir Bürger, wie wir alle da sitzen, müssen es einzahlen –, wenn wir die nächsten Jahre kein Förderprogramm auflegen, damit wir die Häuser sanieren und mit neuen Heizungen ausstatten, dann werden wir ein Problem haben, und dieses Problem werden wir nicht so einfach lösen können. – Ich danke schön. *(Beifall.)*

15.50

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Christian Rakos, proPellets Austria. – Bitte.

15.50

Dipl.-Ing. Dr. Christian Rakos (proPellets Austria): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Ministerin! Herzlichen Dank für die Gelegenheit, hier kurz die Sichtweise der österreichischen Pelletwirtschaft darzustellen.

Unser Geschäft ist es, die Energiewende umzusetzen; ich möchte hier ein paar Erfahrungen, die wir bei diesem Geschäft gemacht haben, mit Ihnen teilen.

Dipl.-Ing. Dr. Christian Rakos

Die erste Erfahrung ist: Die Energiewende findet nicht statt, wenn fossile Energieträger wenig kosten. Das heißt, die Situation der vergangenen Jahre, in denen die Ölpreise stetig gesunken sind, hat auch bei uns zu massiven Umsatzeinbußen geführt. Wir brauchen in Ergänzung zur Energiestrategie eine ökologische Steuerreform. Da sehe ich mich, glaube ich, im Gleichklang mit den meisten anderen heutigen Referenten.

Zweiter Punkt: Wir sind es alle gewohnt und sehen es als Selbstverständlichkeit: Wenn wir ein Auto besitzen, müssen wir regelmäßig die Begutachtung für ein grünes Pickerl machen lassen. Wenn wir das nicht bekommen, dann können wir das Auto nicht betreiben.

Heizungen verbrauchen in Österreich etwa gleich viel Energie wie Autos, es gibt für Heizungen aber keine vergleichbare verpflichtende regelmäßige Überprüfung. Eine der Maßnahmen, die wir in der Energiestrategie gerne sehen würden, wäre eine Aufwertung bestehender Prüfinstrumente. Die sogenannte wiederkehrende Überprüfung, die in den unterschiedlichen Bundesländern sehr unterschiedlich umgesetzt ist, sollte zu einer Energieoptimierung bestehender Heizsysteme ausgebaut werden. Auf diese Art und Weise könnte mit relativ geringem Mitteleinsatz sehr viel Energie gespart werden.

Dritter Punkt: Im Zusammenhang mit der Energiewende ist oft die Rede davon, dass es wichtig ist, Energie zu speichern. Das ist auch in unserer Branche so. Wir als Pelletwirtschaft haben das Problem, dass wir im Winter komplett unberechenbare Verbräuche haben, weil diese sehr stark von der Witterung abhängig sind. Kommt es zu einem sehr strengen Winter, ist der Verbrauch wesentlich höher als in einem sehr milden Winter. Wir glauben beziehungsweise haben wir die Erfahrung gemacht, dass eigentlich eine strategische Bevorratung von Pellets notwendig wäre und dass es dafür auch eine gesetzliche Grundlage bräuchte. Eine meiner Bitten an die Regierung ist daher, dies im Zuge des angekündigten Energiegesetzes zu verankern.

Letzter Punkt: Kommunikation, ein ganz wesentliches Thema. (*Vorsitzender Rauch gibt das Glockenzeichen.*) Wir sind froh, dass die Kommunikation in der Energiestrategie verankert ist. Gerade im Wärmesektor ist es ganz wichtig, dass offensiv kommuniziert wird, denn die meisten Menschen interessieren sich eigentlich nicht für das Thema Heizen.

Damit bin ich fertig. – Ich bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

15.53

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager. – Bitte.

15.53

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Bundesminister! Die Aussagen der Wissenschaft, die unglaubliche Expertise, die wir heute hier hören konnten, zeigen uns doch das enorme Potenzial, das wir in diesem Land haben, wenn es um den Klimawandel, um die Ziele der Gegenstrategien oder die Wegbeschreibung, wie wir ihm begegnen können, geht.

Betrachten wir auf der einen Seite die Energiebereitstellung, die Frage, wie wir von den Fossilien zu den Erneuerbaren kommen können, aber andererseits auch die Verwertung als mindestens so wichtiges Thema, dann sehen wir, dass wir viele gute Wege haben. Ich bin sehr, sehr dankbar, dass die Bundesregierung mit dieser integrierten Klima- und Energiestrategie einen ersten Schritt gesetzt hat.

Wir haben es heute schon gehört, wir sprechen im Rahmen des Klimaschutzes gerne von der nächsten Generation, die betroffen ist – ich muss Ihnen aber leider sagen, **wir** sind die nächste Generation. Wir sind betroffen, und die Auswirkungen sind schon heute zu spüren. Dort, wo wir das verbinden können, ist das positiv: einerseits Schutz-

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager

maßnahmen gegen die Auswirkungen des Klimawandels, auf der anderen Seite aber auch Energiebereitstellung. – Letztere ist ein Riesensektor innerhalb der österreichischen Landwirtschaft, und ich bitte, das auch entsprechend mitzunehmen, denn das ist eine Chance für unser Land und vor allem für eine Branche, die es momentan nicht leicht hat, mit der wir Wirtschaftskraft vor allem im ländlichen Raum mobilisieren können. *(Beifall.)*

15.55

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Johann Singer. – Bitte.

15.55

Abgeordneter Johann Singer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Für Heizung und Kühlung von Gebäuden sowie Warmwasser sind rund 27 Prozent des gesamten Endenergiebedarfs Österreichs erforderlich. Diese Zahl ist meines Erachtens klarerweise Auftrag, den Sektor Gebäude in der Klima- und Energiestrategie entsprechend zu berücksichtigen.

Die thermische Gebäudesanierung, der vollständige Umstieg von Ölheizungen auf erneuerbare Energieträger und der verstärkte Einsatz von Photovoltaikanlagen sind daher als Leuchtturmprojekte in der Strategie entsprechend zu begrüßen.

Eine Reihe von notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele sind im Regierungsprogramm schon entsprechend berücksichtigt. Als Sprecher der ÖVP für Bauten und Wohnen wünsche ich mir sehr, dass die Beschlussfassung hier in diesem Haus mit einer breiten Mehrheit erfolgt, vor allem auch dann, wenn es um die entsprechende Kostenaufteilung geht. – Herzlichen Dank. *(Beifall.)*

15.56

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Karl Steininger von der Karl-Franzens-Universität Graz. – Bitte.

15.56

Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Karl Steininger (Institut für Volkswirtschaftslehre, Karl-Franzens-Universität Graz): Ich möchte noch auf die Frage des Nationalratsabgeordneten Matthias Strolz betreffend Carbon Budgeting antworten.

Aus meiner Sicht: Ja, ich halte dieses Konzept für machbar, nachvollziehbar und auch auf regionaler Ebene handhabbar, nämlich wenn es um die Größenordnung und Orientierung geht. Es dient dem Gesamtblick auf der jeweiligen Skala – und wir haben ja heute gesehen, es geht um ein Zusammenarbeiten von Bund, Ländern und auch Gemeinden – mit dem Vorteil, dass die Reduktionspotenziale sowohl für Monitoring und Controlling als eben auch zur Entwicklung von neuen Maßnahmen in den Blick rücken.

Wenn es hingegen darum geht, auf dieser Basis rechtliche Folgen bezogen auf die einzelnen Tonnen abzuleiten, dann halte ich entweder den Aufwand für zu groß oder es braucht gemeinsam vereinbarte, vereinfachende Richtlinien zur Berechnung. Ganz konkret führen wir dieses Konzept gerade für die Stadt Graz im Auftrag des Umweltamtes der Stadt Graz durch und werden dort erste Erfahrungen damit sammeln. – Danke schön. *(Beifall.)*

15.58

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Angela Baumgartner. – Bitte.

15.58

Abgeordnete Angela Baumgartner (ÖVP): Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Meine Damen und Herren! Als Vertreterin der Österreichischen Volkspartei und als Bür-

Abgeordnete Angela Baumgartner

germeisterin bin ich sehr glücklich und froh, dass diese Klima- und Energiestrategie die Bevölkerung mit einbindet.

Die Gemeinsamkeit steht im Vordergrund. Wie unsere Bundesministerin schon erwähnt hat, gab es acht Round-Table-Gespräche mit 120 Experten, Politikern und NGOs. Man sieht, das ist ein Zeichen: Man braucht nicht nur zu kritisieren, sondern man darf auch mitarbeiten.

Wie schon mehrmals gesagt wurde, ist das eine Strategie: eine Strategie, die wächst, die sich mit einer klaren Zielsetzung bis 2030 entwickelt.

Und, sehr geehrte Vertreterin von System Change, not Climate Change!, ich bin mutig, sonst hätte ich mich nicht mit 45 Jahren für die Politik entschieden.

Diese Klima- und Energiestrategie ist ein toller Beginn. Packen wir es gemeinsam an!
(Beifall.)
15.59

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Christoph Streissler von der Arbeiterkammer. – Bitte.

15.59

Dr. Christoph Streissler (Bundesarbeitskammer): Herr Vorsitzender! Ich habe es schon gesagt: Klimapolitik wird von der Arbeiterkammer als eine soziale Frage angesehen – wir haben dazu ja auch ein Positionspapier gemacht, das Sie sich auf unserer Homepage anschauen können. Ich will das insbesondere im Zusammenhang mit dem Wohnthema noch einmal ganz klar herausstreichen.

Wir leben immer noch in einem Land, in dem der soziale Zusammenhalt hochgehalten wird, und ich war, als Bundesminister Hofer bei der Vorstellung der Klima- und Energiestrategie am 3. April die Ölheizungen und die Problematik des Ersatzes von Ölheizungen ganz klar als ein soziales Problem angesprochen hat, sehr froh, dass das auch von der Regierung gesehen wird. Es ist aber so, dass in der Klima- und Energiestrategie, wie sie jetzt vorliegt, die soziale Frage zu wenig betrachtet wird.

Sie wissen, dass Energiearmut ein Thema ist, das von der Governance-Verordnung ganz, ganz klar angesprochen wird, und dass in den österreichischen Klima- und Energieplänen auch eine Auseinandersetzung mit Energiearmut notwendig sein wird.

Nadja Shah hat gezeigt, dass sehr, sehr viele Gebäude im Eigentum stehen, aber gerade für die ärmsten Bevölkerungsschichten stellt das Wohnen den größten Anteil ihrer Ausgaben dar. Deswegen müssen wir uns gerade bei ihnen, die sehr, sehr viele Mieter und Mieterinnen sind, besonders um die soziale Frage bemühen. Das heißt aus unserer Sicht vor allem einmal: Hände weg vom Mietrecht, von einem Versuch, das Mietrecht auszuhöhlen, um die Mieten in die Höhe zu treiben!

Wir brauchen ein einheitliches Mietrecht und wir brauchen weiterhin eine klare Regelung der Höhe von Mieten, denn so schützen wir ärmere Haushalte davor, dass die Kosten für das Wohnen noch höher werden. Wir können die Mietzinsreserven mobilisieren. Das ist viel privates Kapital, das darauf wartet, für thermische Sanierungen verwendet zu werden. Versuchen wir es in diesem Bereich!

Ich sage aber eines noch einmal: Für die Arbeiterkammer ist ganz klar: Hände weg vom Mietrecht und einer Liberalisierung davon! – Danke sehr. (Beifall.)
16.01

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Zu Wort gemeldet ist Herr Christoph Pfeimeter. – Bitte.

Dipl.-Ing. Christoph Pfemeter

16.01

Dipl.-Ing. Christoph Pfemeter (Österreichischer Biomasse-Verband): Sehr geehrte Frau Bundesminister! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, Energiearmut ist ein gutes Stichwort für die Energiewende im Raumwärmebereich. Auf Dauer, glaube ich, können wir leistbare Energie nur mit erneuerbaren Energien bereitstellen.

Vor Kurzem wurde eine TU-Studie zum Thema Wärmezukunft publiziert. Darin wurden die verschiedensten Gebäudebereiche angesehen, und es kam ganz klar heraus, dass es für praktisch jede Wohnsituation ein konkurrenzfähiges erneuerbares Heizsystem gibt. Dass man da natürlich sehr vorsichtig vorgehen muss und auch gerade ärmere Haushalte unterstützen muss, ist, glaube ich, auch ganz klar. Ich gehe davon aus, dass das im Zuge der Wärmestrategie natürlich sehr stark im Fokus sein wird.

Ein weiterer zentraler Punkt ist wieder einmal die Sektorkopplung – auch im Raumwärmebereich. Es wird möglich sein, im Raumwärmebereich bei einer Steigerung der Sanierungsrate den Energiebedarf um circa 50 Prozent zu reduzieren. Es wird ungefähr so sein, dass eine Hälfte auf rohstoffgebundenen erneuerbaren Energieträgern und die andere Hälfte wahrscheinlich auf Wärmepumpen, Solarthermie und eventuell Geothermie beziehungsweise Abwärmepotenzialen basiert.

Hier muss man nur ganz genau aufpassen, dass man nicht nur sagt, dass jede Kilowattstunde Energie, die im Winter nicht verbraucht wird, gut ist, sondern auch, dass jede Kilowattstunde zusätzlicher Strom, die im Winter verbraucht wird, **nicht** gut ist. Wenn wir es schaffen, effiziente Technologien, effiziente Wärmepumpen einzusetzen, dann schaffen wir es, den Energieverbrauch im Wärmebereich auch im Strombereich zu senken.

Die Studie zur Wärmezukunft 2050 hat dargelegt, wie das funktionieren kann. Ich glaube, hier sollten wir tatsächlich einen Fokus darauf legen, dass sich die enormen Energiemengen, die im Wärmebereich trotzdem benötigt werden, auf die Dauer nicht negativ auf das Stromsystem auswirken. – Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall.*)

16.03

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Als Nächster zu Wort gemeldet: Herr Johannes Kislinger. – Bitte.

16.03

Arch. Dipl.-Ing. Johannes Kislinger (Dachverband Innovative Gebäude): Sehr geehrte Mitglieder des Hohen Hauses! Die Plattform Innovative Gebäude begrüßt die #mission 2030. Wir sehen vor allem einen sehr großen Beitrag in der Demokratisierung dieses Prozesses. – Lassen Sie mich zwei Empfehlungen abgeben.

Erstens: In Österreich sind wir sehr findig in der Entwicklung von Strategien. Ich habe noch niemanden gesehen, der es zusammengebracht hätte, die 84 000 Quadratkilometer, die Österreich groß ist, zu vermehren, daher denke ich, dass Grund und Boden ein sehr wichtiges Gut ist. Aus diesem Grund möchte ich den Vorschlag machen, dass wir – so ähnlich wie bei der Harmonisierung des Baurechtes generell – im OIB-Regime vielleicht ein OIB-Kapitel 7 aufmachen und in dieses neue OIB-Kapitel Strategien in Richtung Klimaschutz mit hineinschreiben, um das zu harmonisieren. Wir wissen, dass Raumplanung auf der lokalen Ebene stattfindet und dass es da sehr, sehr große Unterschiede gibt.

Der zweite Teil ist, dass wir die Sanierungsrate dringend erhöhen müssen. Ich glaube, dass die 2 Prozent zu wenig sind, daher schlage ich vor, dass wir die Stellung der Sanierung in der Wohnbauförderung umdrehen. Die Sanierung muss attraktiver werden, womit dieser Ansatz auch im Rahmen der Wohnbauförderung stattfinden muss. – Ich danke. (*Beifall.*)

16.05

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Zu Wort gemeldet: Frau Ursula Schneider. – Bitte.

16.05

DI Arch. Ursula Schneider (Bundeskammer der ZiviltechnikerInnen): Sehr geehrte Damen und Herren! Als Architektin haben mich Ihre Terminvorstellungen gewundert. Bis 2030 sind es zwölf Jahre. Bei der derzeitigen Sanierungsrate von 1 Prozent brauchen wir für die Sanierung 100 Jahre; Ihr Ziel mit 2 Prozent fokussiert jetzt auf das Jahr 2070, wenn man das einfach mathematisch herunterrechnet.

Für erneuerbare Energien werden wir Flächen brauchen. Der Flächenbedarf für die Photovoltaik auf Gebäuden für den Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien sollte national ermittelt, auf das Bauland aufgeteilt und dann in die Bebauungspläne aufgenommen werden, damit wir als Planer wissen, was wir in Zukunft berücksichtigen müssen: was wir auf den Gebäuden hinsichtlich Tragfähigkeit, hinsichtlich Gestaltung, hinsichtlich Flächenkonkurrenz mit anderen Nutzungen, hinsichtlich zusammenhängender Größen und solarer Ausrichtung vorsehen müssen, damit es eine sinnvolle und integrierte Gesamtstrategie werden kann und diese dann schlussendlich auch baukulturellen Vorstellungen genügt. Derzeit warten unsere Wohngebäude ja noch darauf, gemeinsam Strom produzieren und verwenden zu dürfen. Wir hoffen, dass sich das bald ändert.

Ein zweites Thema für mich ist Folgendes: Niemand kommt mit dem Wunsch nach einem Einfamilienhaus auf die Welt. 80 Prozent der ÖsterreicherInnen werden dazu erzogen, auch weil sie zu wenig Alternativen kennenlernen. Dieser ökologisch und sozial mehrfach problematischen Wohnform müssen dringend echte alternative Modelle gegenübergestellt werden. Wir fordern daher einen Leuchtturm 11: 100 000 nachhaltige Wohnalternativen.

Gebäude verursachen Verkehr, er entsteht nicht von alleine. Die Reduktion von Emissionen im Bereich Mobilität ist daher ursächlich von Siedlungsformen und Nutzungsformen abhängig. Die Lebenszeit von Gebäuden und Siedlungsformen wird durch eine Sanierung auf weitere 50 Jahre Bestandsdauer prolongiert. Für alle Arten von Anreizen – ob in der Sanierung oder im Neubau von Gebäuden – muss es daher ein Standortkriterium geben, in dem die Mobilitätsqualität mit bewertet wird.

Betreffend Sanierung generell sind wir der Meinung, dass es eine gesamthafte Planung von Sanierungen geben muss. Sanierungen können in Stufen geschehen. Vorher muss aber jedenfalls ein gesamthafte Konzept erstellt werden, denn Gebäude mit den falschen Maßnahmen und unter dem Optimum zu sanieren bedeutet, sie kein zweites Mal wirtschaftlich sanieren zu können. Sie sind daher für uns in weiterer Folge verlorene, wenn Sie so wollen. (*Vorsitzender Rauch gibt das Glockenzeichen.*)

Mein letzter Punkt ist die lebenszyklische Werterhaltung. Da möchte ich auch auf das zurückkommen, was Frau Shah gesagt hat. Die **professionelle** Werterhaltung von Gebäuden über ihren gesamten Lebenszyklus – immerhin fallen mit der Errichtung nur 30 Prozent der Gesamtkosten über diesen Lebenszyklus an – muss für alle Immobilienbesitzer, auch für Eigenheimbesitzer, verpflichtender Standard werden. Nur so haben die richtigen Entscheidungen für den Klimaschutz eine Chance. Das heißt: qualifizierte Planung im Hochbau, Planung der Lebenszykluskosten – 4 Prozent der Lebenszykluskosten. Das ist immer die billigste und beste Alternative. – Danke. (*Beifall.*)

16.09

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Als Nächster zu Wort gemeldet: Herr Robert Lechner. – Bitte.

Robert Lechner

16.09

Robert Lechner (Österreichisches Ökologie-Institut): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Minister! Ich habe jetzt nachgeschaut: Ich bin doch tatsächlich das dritte Mal bei einer Nationalrats-Enquete zu den Themen Klimawandel, Klimaschutz, und die Zahl 23 dürfte dabei eine wesentliche Dimension einnehmen.

Am 23.5.2007 wurde ich zum Thema Klimawandel und Tourismus eingeladen. Ich kann Sie jetzt beruhigen: Damals war es tatsächlich so, dass das Gros der Anwesenden überhaupt bezweifelt hat, dass dieses Thema Klimawandel sozusagen stattfindet beziehungsweise hat es viele Gegenredner gegeben.

Am 23.6.2016 ist es mit dem Paris Agreement sozusagen plötzlich zu einer Schocktherapie für die, die gerne glauben, dass sich nichts ändert, weil sich nichts ändert, gekommen, da es diese Einigung gegeben hat. Ich glaube, dass sich Österreich damals auf den Weg gemacht hat.

Damals waren die Statements vieler Anwesender – so manche von damals sehe ich auch heute hier – geprägt vom Zweifel, ob wir das alles machen können und ob wir das alles umsetzen können. Zweifel heißt auch: Das können wir uns nicht leisten.

Dieser Zweifel war das Prägendste in der Erstvariante der Klimastrategie und in den Verhandlungen dazu. Da ist vor allem von der Sozialpartnerschaft aber auch von den Expertinnen und Experten mehr oder weniger These-Antithese-Gegenrede gemacht worden.

Ich freue mich sehr, heute hier zu sein und am 23.5.2018 sozusagen in den höheren Weihen zu diskutieren, nämlich dahin gehend, dass die Maßnahmen und die Konkretheit fehlt. Ich habe heute aber nicht gehört, der Klimawandel finde nicht statt, und ich habe auch von niemandem gehört, dass wir uns das alles nicht werden leisten können. Das ist ein großer Fortschritt. Gratulation an alle Anwesenden – egal welcher Richtung Sie entstammen und welche inhaltliche Teilmeinung Sie jetzt über das eine oder andere haben. *(Beifall.)*

Minister Hofer hat ganz am Anfang gesagt, er erwarte ein bisschen Fairness – es gibt ja diese 100-Tage-Regel. Ich bin so fair und gebe Ihnen 365 Tage oder zweimal 365 Tage, um dann wahrscheinlich am 23.6.2020 mit Ihnen ein detailliertes Maßnahmenprogramm, das länderübergreifend, sektorenübergreifend gemacht wurde, hier zu besprechen.

Es gilt, hier dicke Bretter zu bohren. Das hat sehr viel mit Bauen und Mobilität zu tun. Ich glaube, Österreich ist groß genug, dass es eine Bauordnung verträgt und ein Raumordnungsgesetz, das möglicherweise dann auf Länderebene umgesetzt wird. – Danke schön. *(Beifall.)*

16.12

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Roger Hackstock. – Bitte.

16.12

DI Roger Hackstock (Verband Austria Solar): Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Teilnehmer der Enquete! Wir von Austria Solar, von der Solarwärme-Branche, begrüßen die Klima- und Energiestrategie insofern, als sie neben Verkehr und Strom einen Schwerpunkt in der Wärme setzt. Dieser Schwerpunkt ist zu Recht gesetzt, weil zwei Drittel der Wärmeversorgung in Österreich derzeit noch fossil sind, und das muss geändert werden. Das merkt man auch in den Geldbörsen. Die Haushalte zahlen laut dieser bereits erwähnten Studie Wärmezukunft 2050 von der Technischen Universität 9 Milliarden Euro pro Jahr für Ener-

DI Roger Hackstock

gieausgaben, für Wärme, die zum Großteil ins Ausland fließen. Diese Ausgaben könnte man in Österreich tätigen, was ein großer Konjunkturmotor wäre.

Gebäude als Kraftwerk müssen zum Normalfall werden. Damit sie das werden können, braucht es – das hat Dr. Gunnar Luderer vom Potsdam-Institut schon gesagt – Maßnahmen, die ausreichend motivieren, damit man in Gebäude investiert.

Beim Thema Heizen mit der Sonne sind die Bundesländer schon sehr weit. Das sollte man in der Wärmestrategie von Bund und Ländern gemeinsam berücksichtigen. Der größte Hebel dafür wäre – ganz eindeutig – eine ökologische Steuerreform im Wärmebereich, die – das haben wir heute schon gehört – 17 000 Arbeitsplätze schaffen würde und eine Konjunkturmaßnahme wäre, die über Jahrzehnte reichen würde. Das sollte von Wärmenutzung im Eigenheim bis zur Fernwärmenutzung mit der Sonne, mit solaren Fernwärmeanlagen reichen. In diesem Zusammenhang haben wir auch ein Leuchtturmprojekt vorgeschlagen. Eine ökologische Steuerreform wäre das klarste Signal der Bundesregierung, dass sie die Klima- und Energiestrategie wirklich ernst nimmt. – Danke. (*Beifall.*)

16.14

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bernhard Sommer. – Bitte.

16.14

DI Arch. Bernhard Sommer (Kammer der ZiviltechnikerInnen, ArchitektInnen und IngenieurInnen): Schönen Nachmittag! „Das ist wirklich sehr nützlich, weil es schön ist.“, ruft der kleine Prinz von Saint-Exupéry, als er dem Laternenanzünder begegnet. Warum erwähne ich das? – Schönheit ist Kultur, und Kultur ist nachhaltig.

Hohes Haus! Sehr geehrte Vertreter und Vertreterinnen der Regierung! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf hier als Vertreter der österreichischen Architekten und Ingenieure sprechen und sagen, obwohl Baukultur ein wesentlicher Hebel ist, um damit zentrale Ziele der österreichischen Klima- und Energiestrategie zu erreichen, und obwohl mit den baukulturellen Leitlinien des Bundes im vergangenen Jahr von dieser Regierung ein Ziel- und Maßnahmenpaket beschlossen wurde, das etliche Ansätze zur Reduktion von CO₂-Ausstoß und Zersiedelung enthält, ist das Thema Baukultur im aktuellen Entwurf der #mission 2030 an keiner Stelle erwähnt. Insbesondere für eine wirtschaftliche und sozial verträgliche Dekarbonisierung ist eine Beachtung der baukulturellen Dimension wesentliche Grundlage.

Deshalb sollte jedenfalls ein Bezug zu den relevanten Abschnitten der baukulturellen Leitlinien des Bundes hergestellt werden, deren Umsetzung schließlich durch das aktuelle Regierungsprogramm auch geplant ist. Das Anwenden dieser Leitlinien tut nicht weh, es kostet nicht einmal Geld; es geht um eine politische Handlungskultur. Das, was eigentlich endlich ist, ist aber nicht das Geld, ist auch nicht unbedingt die Energie – die liefert die Sonne schon –, sondern das ist die Oberfläche der Erde. Ohne Baukultur werden wir diese Oberfläche nicht nachhaltig, nicht gerecht und nicht lebenswert gestalten können.

Der vom kleinen Prinz angesprochene Laternenanzünder wurde übrigens nicht nur glücklich auf seinem sich immer schneller drehenden Planeten, denn er war so in seinen Normen verfangen, dass er nicht imstande war, seine ursprünglich sinnvolle Tätigkeit den geänderten Umweltbedingungen anzupassen. Er konnte seine Normen nicht ändern. Wir, meine Damen und Herren – vor allem Sie, die Abgeordneten zum Nationalrat –, können das. Meine wenigen Worte in zwei Minuten können nicht konkret werden, Sie haben aber bereits konkrete baukulturelle Leitlinien beschlossen. Beachten Sie diese, erfüllen Sie sie mit Leben, nützen Sie diese für Ihre #mission 2030! (*Beifall.*)

16.16

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Johannes Wahlmüller. – Bitte.

16.16

Mag. Johannes Wahlmüller (Global 2000): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Minister! Ich denke, beim Gebäudebereich ist schon erwähnt worden, wie wichtig dieser Bereich für den Klimaschutz ist, aber er ist eigentlich nicht nur für den Klimaschutz wichtig. Es geht zwar einerseits um CO₂-Reduktion, andererseits können wir aber – wenn wir das richtig machen – auch die regionale Wirtschaft beleben, wir können die Heizkosten der Haushalte langfristig senken, wir können den Wohnkomfort steigern. Das ist gerade auch bei der zu erwartenden und schon stattfindenden Überhitzung durch die Klimaerwärmung zu spüren. In gut gedämmten Gebäuden ist es im Sommer einfach angenehm kühler. Wir haben in einer Studie aufgezeigt, dass sieben von neun Österreichern durchaus auch zu Energieproduzenten werden können, wenn die Gebäude nämlich zu Kraftwerken werden. Das heißt, wenn wir das richtig anpacken, dann haben wir eine Win-win-win-win-win-Situation.

Das heißt, in diesem Bereich sollten wir richtig gut sein – richtig! Das sind wir aber leider nicht. Wir sehen anhand der Zahlen der letzten Berichte, dass die Ersatzraten bei alternativen Heizsystemen versus Ölheizungen zum Beispiel zurückgehen. Wir sehen auch, dass die thermischen Sanierungsraten einbrechen. Wir haben laut letztem Bericht des Umweltministeriums sogar nur noch eine Sanierungsrate von 0,4 Prozent – 0,4 Prozent! Das sind umfassende Sanierungen, wo auch die Wohnbauförderung greift und Standards setzt. Das heißt, hier brauchen wir sehr, sehr deutliche, klare Maßnahmen.

Einerseits sehen wir positiv, dass in der #mission 2030 jetzt enthalten ist, im Neubau zumindest auf fossile Energieträger vollständig zu verzichten. Das heißt, auch in allen Bauordnungen der Bundesländer muss sich das ändern – das gibt es noch nirgendwo. Andererseits sehen wir sehr kritisch, dass man bei den Ölheizungen bis zum Jahr 2025 warten will, bis man größere Umstellungen macht. Das ist bereits in der nächsten Legislaturperiode, es sind noch sieben Jahre bis dahin – sieben verlorene Jahre können wir uns nicht leisten!

Auch das Thema Soziales ist angesprochen worden. Dazu möchte ich sagen, wir sehen es als sehr, sehr unsozial an, heute noch BürgerInnen einzureden, neue Ölheizungen einzubauen. Warum? – Auch die erwähnte Studie der Technischen Universität Wien hat gezeigt, dass das die Heizform mit dem größten Preisrisiko ist. Wenn Haushalte heute noch eine Ölheizung einbauen und sich Preise einstellen, wie wir sie schon vor ein paar Jahren hatten, kann es für einen Haushalt zu Mehrkosten von 1 800 Euro kommen. Ich möchte nicht, dass die arme Bevölkerung in Österreich in so einer Kostenfalle sitzt. (*Vorsitzender Rauch gibt das Glockenzeichen.*)

Andererseits brauchen wir auch eine Offensive für die thermische Sanierung. Wir sehen, dass die Ankündigungen der Regierung diesbezüglich eher ein laues Lüfterl sind, die wirklichen Maßnahmen fehlen. Die Steuerbegünstigung für thermische Sanierung ist sogar entfallen. Das heißt, die Regierung sollte sich wirklich rasch von alten Technologien verabschieden und Geburtshelferin für einen wirklich neuen, modernen Gebäudebestand sein. Wir alle werden davon profitieren. – Vielen Dank. (*Beifall.*)

16.19

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Zu Wort gemeldet ist Herr Stefan Gara. – Bitte.

16.19

Dr. Stefan Gara (Abgeordneter zum Wiener Landtag, NEOS): Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Geschätzter Herr Vorsitzender! Werte Damen und Herren! Ich sage

Dr. Stefan Gara

einmal, das Vorwort einer Energie- und Klimastrategie ist geschrieben, jetzt müssen wir wirklich zu den konkreten Dingen und Maßnahmen kommen.

Im Gebäudebereich ist es sehr evident: Wenn wir von den 2 Prozent Sanierungsraten sprechen, dann ist damit natürlich schon ein Finanzierungsbedarf verbunden, und der ist nicht gering. Wir sprechen von 10 bis 12 Milliarden Euro pro Jahr, wir sprechen von 2030, das sind zwölf Jahre, zwei Legislaturperioden – ein sehr, sehr knapper Zeitraum. Das heißt, jetzt ist es wirklich an der Zeit, ganz konkret zu sagen, wie dieser Transformationspfad tatsächlich ausschaut, wie wir ihn finanzieren, wie wir das gemeinsam auf den Ebenen Bund und Länder umsetzen. Vieles von dem ist ja Ländersache, nicht Bundessache. Wir haben schon angekündigt: Da braucht es Finanzierung. Ich sage immer: Lieber g'scheit finanzieren, als schlecht fördern. Es braucht neue Instrumente der Finanzierung.

Auch Climate Bonds werden ein großes Thema sein. Andere Städte, andere Länder zeigen das; in Stockholm passiert das. Wir können das auch in Österreich machen, in den Ländern. Ich halte das für ganz entscheidend, damit das, was jetzt in diesem Strategiepapier als Vorwort steht, auch tatsächlich in die Umsetzung kommt. Es liegt kein Marathon, sondern es liegt ein Triathlon vor uns, und das braucht entsprechende Planung, das geht nicht einfach so. Ich denke, das ist der entscheidende Schritt, und wir werden sehr genau darauf schauen, dass das, was dort steht, in der Realität auch tatsächlich passiert. – Danke. *(Beifall.)*

16.21

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Nun zu Wort gemeldet ist Frau Angela Köppl vom Wifo. – Bitte.

16.21

Dr. Angela Köppl (Wifo): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Unsere Studie „Folgenabschätzungen für Energie- und Klimastrategien“ wurde ja schon angesprochen. Darin fokussieren wir auf Funktionalitäten, also das, was wir an Nutzen aus Energie gewinnen, anstatt dass wir Energieflüsse oder Energiebereitstellung in den Mittelpunkt rücken. Gerade im Gebäudebereich ist diese Orientierung besonders wichtig. Warum? – Weil die Gebäudeinfrastruktur, die wir heute errichten oder sanieren, den Energieverbrauch, die Energiekosten und die Emissionen für die nächsten Jahrzehnte bestimmt. Wir argumentieren daher, dass als relevante Kostengröße die Nutzungskosten von Gebäuden im Mittelpunkt stehen, wobei die Nutzungskosten sich aus einer integrierten Betrachtung der Investitionsphase und der Betriebsphase von Gebäuden ergeben.

Zurzeit ist es so, dass die Strukturen der Immobilienwirtschaft dieser langfristigen Orientierung entgegenstehen, das heißt, um Gebäude auch wirklich klimatauglich zu machen, bräuchte es auch entsprechende Anreize für Investoren, damit sie diese langfristige Perspektive mitbedenken. – Danke. *(Beifall.)*

16.23

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Zu Wort gemeldet ist nun Herr Anton Schuller vom Klimabündnis Österreich. – Bitte.

16.23

Dipl.-Ing. (FH) Anton Schuller, MBA (Klimabündnis Österreich): Sehr geehrte Nationalratsabgeordnete! Geschätzte Klima-Mitkämpfer! Als Vorstand des Klimabündnis Österreich mit 971 Mitgliedsgemeinden und als Klima- und Energiemodellregionsmanager – ich nenne es auch oft Klima- und Energiemodellregionskümmerer – der KEM-Region Hartberg danke ich herzlichst für die Einladung.

Ich gratuliere auch der Bundesregierung herzlich zu dieser frühzeitigen Schwerpunktsetzung in der Regierungsarbeit. Vielleicht können wir doch noch radikaler vorgehen.

Dipl.-Ing. (FH) Anton Schuller, MBA

Klimaschutz und regionale Wertschöpfung und regionale Beschäftigung ergänzen sich. 2015 wurde hierzu in unserer 12 000-Personen-Region von der Energieagentur ein Forschungsprojekt durchgeführt. 53 Prozent unserer Haushalte werden noch immer fossil, vor allem mit Öl, geheizt, 47 Prozent biogen.

Würden wir alle unsere Objekte von Öl auf zum Beispiel Scheitholz umstellen, könnten wir eine siebenfach höhere regionale Beschäftigung erzielen. Die Bürger in unserer Pendelregion würden uns dafür danken. Um diesen regionalen Nutzen zu erzielen, wünsche ich mir, als Klimaschutzkümmerer aus Hartberg, erstens rasche und umfassende Förderungen, aber auch Einschränkungen, um Ölheizungen aus dem Gebäudebestand, nicht nur für Neuobjekte, zu verdrängen. Der Austausch der fossilen Heizungen, zum Beispiel gegen Pellets, zählt sicher zu den Quick Wins dieser Strategie. Der größte Hebel liegt jedoch in der schrittweisen Einführung einer zusätzlichen CO₂-Abgabe bei gleichzeitiger Rückführung der Einnahmen in Wirtschaft und Bevölkerung.

Sehr geehrte Frau Minister! Ich wünsche mir, meinen vier Kindern und Ihrem zukünftigen, dass diese im Jahr 2030 sagen können: Frau Minister Köstinger mit ihrem Team ist es gelungen, 2018 die Klimaschutztrendwende einzuleiten. Alles Gute Ihnen dafür!
(Beifall.)

16.25

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Als letzter Redner zu Wort gemeldet ist Herr Andreas Greml vom Verein Komfortlüftung. – Bitte.

16.25

Dipl.-Ing. Andreas Greml (Verein Komfortlüftung): Sehr geehrte Damen und Herren! Die Wohnbauförderung beziehungsweise die Bauordnung sind nicht Kompetenz des Bundes, sondern der Länder, dennoch sind sie wesentliche Instrumente, um im Gebäudebereich Dinge umzusetzen. Solange wir noch neue Gebäude bauen, die den Anforderungen für 2050 nicht standhalten, können wir nicht sagen, wir machen eine Klimastrategie für 2030/2050.

Das heißt, wir brauchen eine Bauordnung, aufgrund derer wir heute Gebäude bauen, die dem Passivhausstandard oder dem klimaaktiv-Gold-Standard entsprechen. Das sind Gebäude, wo wir zwei Schritte machen: einerseits Wärmedämmung, andererseits eine Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung. Das ist logischerweise das Thema des Vereins Komfortlüftung.at, aber es geht uns eigentlich nicht so sehr um diese Lüftungsanlagen mit der Wärmerückgewinnung, sondern um die gesunde Luft für die Menschen. Das ist der zweite wesentliche Aspekt, der immer übersehen wird: Gute Gebäude sind auch gesund.

Deswegen, denke ich, braucht es diese Kombination, und deswegen braucht es auch einen Bereich, wo wir diese Strategie auf Länderebene umsetzen, über diese Bauordnungen und über die Wohnbauförderungen. – Danke. (Beifall.)

16.27

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Ich danke allen TeilnehmerInnen an der Diskussion zu Panel 3.

Resümee der Nationalratsfraktionen

Vorsitzender Abgeordneter Walter Rauch: Wir kommen nunmehr zum Resümee der Nationalratsfraktionen. Ich werde in der Reihenfolge der Fraktionsstärke das Wort erteilen und mache darauf aufmerksam, dass die Redezeit maximal 6 Minuten beträgt.

Als ersten Redner bitte ich Herrn Abgeordneten Lettenbichler von der ÖVP ans Rednerpult. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Josef Lettenbichler

16.27

Abgeordneter Mag. Josef Lettenbichler (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Bundesminister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vorab will ich Danke sagen für die Organisation, für die Ausrichtung der heutigen parlamentarischen Enquete. Ich darf allen Experten, die jetzt noch anwesend sind, herzlich Danke sagen für ihren Input, auch allen Damen und Herren, die sich zu Wort gemeldet haben. Wir haben gemerkt: In vielen Dingen haben wir vielleicht einen kontroversiellen Zugang, aber dieses Thema ist wichtig, dieses Thema bewegt, nicht nur hier in diesem Haus, sondern auch draußen in den einzelnen Bundesländern, in den Gemeinden. Es ist ein riesiges Zukunftsthema, es wird uns nicht nur heute beschäftigen, sondern auch in den nächsten Wochen und Monaten und natürlich Jahren sehr, sehr intensiv.

Positiv hervorheben will ich auch die fast durchgehende Anwesenheit unserer Frau Bundesministerin. Der Herr Bundesminister war ebenfalls den überwiegenden Teil der Enquete anwesend. Ich darf auch selbstkritisch sagen: Von vergangenen Enqueten kennen wir das nicht, da sind die Minister oft nach ihren Ausführungen entfloht. Das ist heute nicht der Fall gewesen, und das ist, glaube ich, auch ein Zeichen der Wertschätzung vonseiten der beiden Bundesminister, nicht nur Ihnen und uns gegenüber, sondern auch der Wichtigkeit dieses Themas geschuldet. *(Beifall.)*

Das Papier und die engagierte Diskussion unserer Regierungskollegen, meiner Fraktionskollegen haben gezeigt, dass es dieser Regierung ernst ist mit dem Klimaschutz und der Energiewende. Dieser Regierung ist es ernst mit der Dekarbonisierung, und dieser Regierung ist es auch ernst mit dem Umbau des Energiesystems.

Es wird immense Anstrengungen erfordern, von uns allen, und oftmals ist mir noch nicht ganz klar, ob der Bevölkerung diese Dimension so bewusst ist. Wir sind jedenfalls gewillt – diese Regierung ist gewillt, diese Koalition ist gewillt –, dies mutig anzugehen. Das Wort mutig und das Wort Mut waren im Laufe der heutigen Enquete immer wieder zu hören, schon bei den Expertenvorstellungen, dann auch bei den Diskussionen, und das ist eigentlich auch das Wort, der Schlüssel für die kommenden Monate und Jahre.

Wir als Politik, Sie alle, wir müssen Mut geben, wir müssen Mut machen. Wir müssen Mutmacher sein. Wir brauchen weniger Nein-weil und mehr Ja-wenn.

Wir müssen die Chancen erkennen, die entstehen, auch für die Wirtschaft. Ich darf dazu einige Zahlen anführen: Wir haben zurzeit rund 37 000 Beschäftigte im Bereich der erneuerbaren Energie. Diese erwirtschaften ein Umsatzvolumen von 6,9 Milliarden Euro. Die ganze Branche wiederum spart mehr als 13 Millionen Tonnen CO₂ ein. Wir haben in vielen Bereichen Weltmarktführer, in den Bundesländern, in den Städten, in den Gemeinden. Diese Chancen müssen wir nützen. Dieses Miteinander von Klimaschutz und Wirtschaftswachstum müssen wir in diesem Bereich voranstellen. Das ist kein Entweder-oder, sondern ein Miteinander. Das darf kein Widerspruch sein.

Wichtig ist aber auch, dass wir die Bevölkerung mitnehmen. Wir machen diese Klima- und Energiestrategie mit den Menschen und für die Menschen. Wir wollen aber keine Verbotsgesellschaft in Österreich errichten, die Leute wollen auch nicht, dass sie ständig bevormundet werden. Wir setzen auf Eigenverantwortung, und dafür wollen wir Anreize schaffen. Wir müssen aber auch – da sind wir als Gesetzgeber auf allen Ebenen gefordert – Hürden abbauen.

Dr. Luderer hat in seinem Eingangsstatement ja erwähnt, dass die Pumpspeicherkraftwerke – das will ich jetzt nur exemplarisch erwähnen – eine wichtige Rolle haben und in Zukunft eine noch wichtigere Rolle spielen werden, nämlich für den Ausgleich, für Ausgleichs- und Regelenergie. So ehrlich müssen wir dann aber auch sein, festzuhalten: Wenn wir sagen, wir wollen jetzt fünf Pumpspeicherkraftwerke bauen, im Jahr 2018 mit den Planungen beginnen, dann werden wir mit den jetzigen gesetzlichen Gegeben-

Abgeordneter Mag. Josef Lettenbichler

heiten, mit der aktuellen Gesetzeslage vielleicht noch kein einziges stehen haben; wir haben ja von entsprechenden Beispielen gehört.

Wir müssen deshalb dafür sorgen – und da sind wir gefordert –, dass es diesbezüglich zu Erleichterungen kommt. Wir sind auch als Bundesregierung angetreten, um die Bevölkerung zu entlasten. Wir wollen diese Wende nicht mit neuen Steuern schaffen, sondern wir wollen Menschen entlasten. Dafür ist es wichtig und richtig, dass es diese Strategie gibt. Sie ist eine allumfassende Strategie. Sie ist höchst ambitioniert. Erstmals haben wir auch, bezogen auf die Sektorkoppelung, eine allumfassende, niedergeschriebene Strategie.

Diese Strategie ist die Richtschnur für unsere Energie-, für unsere Klima-, aber auch für die Verkehrspolitik in den nächsten Jahren. Wir Abgeordnete sind gefordert, uns da massiv einzubringen. Als Partner, Frau Bundesminister, werden Sie uns haben, sei es in den Regierungsparteien – ich schaue hier meinen Kollegen Axel Kassegger an – oder in der Opposition; die einzige heute anwesende Energiesprecherin von der Opposition ist die Kollegin Bißmann. Wir brauchen Sie alle, Ihre Erfahrung, Ihren Intellekt und Ihr Wissen, das Sie einbringen können, denn wir wollen uns breit aufstellen. Wir sind gefordert, diese Strategie, die jetzt vorliegt, in den nächsten Monaten und Jahren auch mit Leben zu erfüllen.

Schließen will ich mit einem Zitat – ich darf mich anlehnen, lieber Peter Püspök, „BVB“ hat mir sehr gut gefallen, das kenne ich als Fußballfan von Dortmund her eigentlich in einem anderen Zusammenhang –: Drängen wir die Blockierer, die Verhinderer und die Bedenkenträger zurück, seien wir mutig, gehen wir voran! Mit Ihnen allen gemeinsam werden wir das schaffen. – Danke schön. *(Beifall.)*

16.33

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager *(den Vorsitz übernehmend)*: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Feichtinger. – Bitte.

16.34

Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger (SPÖ): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Das ist das Schicksal des Redners, der nach dem Erstredner in einer Enquete folgt: dass er den Dank dann an die Damen und Herren, die uns diese Enquete heute ermöglicht haben, vor allem an die MitarbeiterInnen des Hauses und der Klubs, aber auch an die vielen Expertinnen und Experten, denen wir heute Gelegenheit hatten zuzuhören, nur mehr wiederholen darf. Ich darf auch Dank an die Frau Bundesministerin richten, die, wie schon erwähnt, praktisch die ganze Zeit hier bei der Enquete anwesend war, aber auch an Herrn Bundesminister Hofer.

Ein Resümee dieser Enquete aus persönlicher Sicht: Zum einen werte ich es als Erfolg, dass die Enquete als solche stattgefunden hat, ist sie doch ein Teil jenes gemeinsamen Kraftaktes, von dem Bundesminister Hofer heute Vormittag gesprochen hat. Sie führt zu mehr Beteiligung des Parlaments, aber auch zu größerer Transparenz im Hinblick auf die Ziele, die Notwendigkeiten, die sich aus der vorgelegten Klimastrategie für uns ergeben.

Es kann aber aus unserer Sicht nicht nur beim Positiven bleiben – Frau Bundesminister, Sie kennen das schon von meiner Seite, sowohl von der Budgetdiskussion her als auch aus dem Umweltausschuss. Wenn man sich die Genese des Papiers der Klima- und Energiestrategie ansieht, so ist da, muss man sagen, Ihr Vorgänger, Bundesminister Rupprechter, halt ein zu groß geratenes Kind, um ihn einfach weglegen zu können.

Wir wissen alle, dass es nach der Ratifizierung des Pariser Abkommens geraume Zeit gedauert hat, bis die Strategie erarbeitet war. Was man Ihnen zugutehalten darf und möchte, ist, dass Sie dann innerhalb sehr kurzer Zeit eine Strategie tatsächlich aufs Tapet gebracht haben.

Abgeordneter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger

Das vorliegende Papier enthält aus unserer Sicht einmal als positiven Ansatz ein grundsätzliches Bekenntnis zu den Zielen von Paris. Was wir jedoch kritisieren, ist das Fehlen einer konkreten Finanzierung. Wir haben das in der Budgetdebatte bereits breit diskutiert, und Kollege Hofer hat heute Vormittag auch gesagt, der Herr Bundesminister für Finanzen hat ein offenes Ohr für die Strategie und deren Umsetzung. Aus unserer Sicht bedarf es eben auch einer offenen Brieftasche.

Was uns ebenfalls in der Strategie noch zu wenig konkret erscheint, ist die Festlegung von Pfaden im Hinblick auf die Dekarbonisierung, eine Zieldetaillierung und ein entsprechendes Monitoring für die Ziele, nicht nur jene für 2030, 2050, sondern auch bereits für das Ziel 2020, bei dem wir uns gewaltig anstrengen müssen, um es noch zu erreichen.

Wir sehen den Klimaschutz nicht nur als Herausforderung, sondern auch als Chance und als Verpflichtung. Klimaschutz betrifft sehr viele Sektoren. Heute ist auch über sehr vieles diskutiert worden: über Energie, über Strom, Verkehr, Bau, aber auch über Bereiche wie die soziale Gerechtigkeit und die Verträglichkeit im Hinblick auf das, was der Klimawandel für alle Menschen in Österreich, aber auch weltweit, mit sich bringt.

Die Folge der Energiewende soll aus unserer Sicht eben nicht eine soziale Schieflage sein. Deswegen bringen wir auch die Themen Energiearmut, Zweiklassenenergiegesellschaft, die wir nicht haben möchten, als zusätzliche Aspekte in diese Diskussion ein. Energie betrachten wir auch als ein wesentliches Gut der Daseinsvorsorge, und uns ist Versorgungssicherheit für die Gesamtbevölkerung ein wichtiges Anliegen.

In diesem Sinne, Frau Bundesministerin, bieten wir seitens unserer Fraktion an, die Strategie als solche noch weiter zu verfeinern, zu detaillieren, mit konkreten Zielen, mit Maßnahmen, vor allem aber auch mit dem entsprechenden Budget zu unterlegen. Ich weiß aus einem Gespräch, das wir vorige Woche hatten, dass das in der Verhandlung mit dem Bundesminister für Finanzen kein einfaches Unterfangen ist. Das ist uns allen klar, aber das war ja auch schon zwischen Ihrem Vorgänger Andrä Rupprechter und dem Amtsvorgänger von Bundesminister Löger, Hans Jörg Schelling, so. Umweltschutz ist ein Thema, das uns alle betrifft, und ich glaube, wir sollten vonseiten des Bundes, vonseiten der Republik auch bereit sein, dafür massiv mehr Geld in die Hand zu nehmen, als wir derzeit zur Verfügung haben.

Wir möchten Ihnen, den Regierungsfractionen, ein Angebot machen: uns gemeinsam für Klima- und Umweltschutz einzusetzen. Auch das ist ein Ausfluss aus dieser Enquete. – Danke sehr. *(Beifall.)*

16.39

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Kassegger. – Bitte.

16.39

Abgeordneter MMMag. Dr. Axel Kassegger (FPÖ): Herr Vorsitzender! Auf die Gefahr hin, mich in Redundanz zu ergehen – beziehungsweise es ist keine Gefahr, denn was ich sage, ist tatsächlich redundant –, möchte ich mich trotzdem auch bei Frau Bundesminister Köstinger und bei Herrn Bundesminister Hofer bedanken, weil das etwas nicht Alltägliches ist. Ich habe schon mehrere Enqueten miterlebt. Es ist ungewöhnlich, ja außergewöhnlich, dass die Bundesminister jeweils sehr, sehr lange beziehungsweise bis zum Schluss bleiben, und es zeigt, wie wichtig dieser Bundesregierung die Themen Klima- und Energiestrategie beziehungsweise Klima- und Energiepolitik im Allgemeinen sind.

Mein Eindruck von der heutigen Enquete ist jener, dass es, und das ist nicht überraschend, eine Vielfalt an unterschiedlichen Standpunkten und Wünschen der verschiedensten Interessengruppen mit unterschiedlichsten Forderungen gibt. Es ist sozusagen ein buntes Biotop unterschiedlichster Gruppen mit Wünschen und Forderungen, die es

Abgeordneter MMMag. Dr. Axel Kassegger

zu berücksichtigen gilt. Es ist Aufgabe der Politik, dies in einem ausgewogenen Ausmaß und in der Form eines Kompromisses im positiven Sinne zu tun.

Selbstverständlich ist eine solche Klima- und Energiestrategie der Bundesregierung immer ein Kompromiss in dem Sinne, dass sich nicht jede einzelne Interessengruppe zu 100 Prozent wiederfindet. Selbstverständlich bietet die Klima- und Energiestrategie in dem Zusammenhang durchaus auch Raum und Platz für Kritik der jeweiligen Interessengruppen. Das liegt in der Natur der Sache. Es ist jedoch Aufgabe der Politik – verantwortungsvoller Politik –, die Sache im Interesse der Republik und ihrer Bürger ganzheitlich und ausgewogen zu sehen.

Daher wiederhole ich: Freiheitliche Klima- und Energiepolitik, die selbstverständlich auch von der Bundesregierung mitgetragen wird, orientiert sich immer an einem Wirkungsdreieck von einander grundsätzlich nicht widersprechenden, aber sich auch nicht gut vertragenden Zielen: zum einen dem Ziel Energiewende und Nachhaltigkeit, zum anderen – das dürfen wir in diesem Zusammenhang nicht vergessen – auch dem Ziel, das schon genannt wurde, der Versorgungssicherheit. Wir dürfen selbstverständlich aber auch das Ziel der Wirtschaftlichkeit und Leistbarkeit, das vor 3 Minuten von meinem Vorredner angesprochen wurde, nicht außer Acht lassen. Im Gleichgewicht dieser drei Ziele bewegt sich die Regierungspolitik im Bereich Klima und Energie.

Die vorliegende Strategie, ich habe es einleitend schon gesagt, ist sehr wohl ambitioniert. Sie hat ambitionierte Ziele, ist ausgewogen und ganzheitlich in dem von mir soeben beschriebenen Sinne. Sie ist in einem ausreichenden Maße bestimmt, wie eine Strategie eben bestimmt zu sein hat.

Es wird spannend sein, wie auf europäischer Ebene – und das ist letztlich für uns in jedem Fall relevant – die entsprechenden Verordnungen, Richtlinien, die jetzt im Rahmen des Clean Energy Package in Verhandlung sind, aussehen werden. Das ist rechtsrelevant, und Sie können mir glauben und vertrauen: Sobald das fixiert ist, werden wir es auch auf Ebene der Republik in Gesetzesform, in Verordnungsform operational umsetzen.

Ich möchte auf einen Punkt eingehen, der im Rahmen dieser Klima- und Energiestrategie eine besondere Bedeutung hat, nämlich auf den Bereich der Klima- und Energieforschung. In diesem Bereich, so glaube ich, ist der Hebel am größten, um eine Win-win-Situation zu schaffen und einerseits etwas zur Abwehr des Klimawandels beizutragen beziehungsweise sozusagen global in der Klimapolitik einen vernünftigen Beitrag zu leisten und andererseits auch der österreichischen Wirtschaft etwas Gutes zu tun.

Massivste Mittel werden, insbesondere auch über das BMVIT unter Bundesminister Hofer, im Bereich der Energieforschung aufgewendet. Es ist klares Ziel der Bundesregierung, dass Österreich zum Energieinnovationsland wird. Wir setzen in mehreren Programmen entsprechende Forschungsschwerpunkte – Vorzeigeregion Energie ist genannt worden. Das ist am Laufen.

Wir planen auch, der Mission Innovation – also einer internationalen Vereinigung von 22 Ländern, die führend in der Energieforschung sind und die sich selbstverständlich in einem erheblichen Ausmaß auch mit dem Klimawandel auseinandersetzt – beizutreten. Dann sind wir dabei. Das sind wir unseren technologieorientierten Unternehmen nicht nur schuldig, es ist vielmehr unsere selbstverständliche Aufgabe und meines Erachtens Ausfluss verantwortungsvoller Politik. – So viel zum Inhalt.

Ich darf mich bei Ihnen allen, die sich in diesen Prozess eingebracht und sich daran konstruktiv beteiligt haben, indem sie die entsprechenden Argumente vorbrachten, recht herzlich bedanken. Ich glaube, die heutige Enquete war eine sehr, sehr gelungene Veranstaltung und ein Schritt auf dem von der Bundesregierung weiter verfolgten

Abgeordneter MMMag. Dr. Axel Kassegger

Weg, eine ambitionierte, ausgewogene und zukunftsorientierte Klima- und Energiepolitik für unsere Republik umzusetzen. – Danke vielmals. (*Beifall.*)

16.45

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Klubobmann Strolz. – Bitte.

16.45

Abgeordneter Mag. Dr. Matthias Strolz (NEOS): Herr Vorsitzender! Liebe Expertinnen und Experten! Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine sehr beeindruckende Breite von Beiträgen, die wir heute gehört haben. Das ist schon allerhand. Man sieht daran, in welcher Breite dieses Phänomen in gesellschaftlicher Bearbeitung ist. Das ist ein großer Transformationsprozess, in dem wir stecken und in dem es ganz viele unterschiedliche Interessen gibt. Ich glaube, Frau Ministerin, es ist wichtig, dass wir prozessorientiert dranbleiben und diesen Prozess auch als einen begreifen, den wir sehr entschlossen managen müssen.

Ich habe jedoch meine Zweifel, ob die Enqueten, wie wir sie hier im Parlament rituell gestalten, das Gelbe vom Ei sind, aber dafür können Sie, die Sie hier heute mit dabei waren, alle nichts. Meine Phantasie ist immer, dass man irgendwie energetischer hinausgeht als hereinkommt. Das gelingt uns bei solchen Veranstaltungen nicht, aber das ist eine andere Baustelle. Es hat aber natürlich auch mit Innovation zu tun.

Ich denke, wenn wir auf diese Energie- und Klimastrategie schauen, dann ist es aufseiten der NEOS unser dringlicher Wunsch, dass wir diesbezüglich konkreter zu werden. Für uns ist es noch nicht planvoll genug, um zu glauben, die Ziele, die ausgestellt sind, seien damit erreichbar. Das liegt auch daran, dass es nicht mit Budgets hinterlegt ist – und alles, was nicht budgetiert ist, ist Prosa und im Status der Unverbindlichkeit. Deswegen glaube ich, dass wir in den nächsten Monaten zu mehr Konkretheit kommen müssen.

Ich möchte vier Punkte herausstreichen, die ich für heute und von heute mitnehme. Zum einen habe ich von keiner Seite gehört, dass es umstritten wäre, dass wir im nächsten Schritt eine Ökologisierung des Steuersystems bräuchten. Ganz im Gegenteil, ich glaube, dass dies in der Mehrzahl der Redebeiträge dutzendfach immer wieder zum Ausdruck gekommen ist. Daher ein Appell an die Regierungsfractionen: 2019 beginnen die Verhandlungen für die nächste Steuerreform, und diese **muss** eine entschlossene Ökologisierungstangente beinhalten. Wir schlagen vor, mit einer CO₂-Steuer, die mindestens aufkommensneutral ist, mit einem Volumen von 5 Milliarden Euro einzusteigen. Wir haben gemeinsam mit Sepp Schellhorn auf den Tisch gelegt, wo das aufkommensneutral abzubilden ist.

Das alles ist keine Raketenwissenschaft. Andere Länder haben es uns vorgelebt, Schweden beispielsweise zeigt auch ganz klar die Erfolge. Sie entkoppeln das Wirtschaftswachstum, das sogar stärker als in Österreich ist, vom Emissionsausstoß. – Ja wie großartig ist **das** denn! Da habe ich keine Beklemmung mehr: Gnadenlos kopieren! Solche Dinge darf man sich anschauen, wenn sie woanders in dieser Klarheit funktionieren. Was spricht dagegen, es nicht zu tun? Wir können da natürlich die Wirtschaft großartig an Bord holen.

Ich war gestern am Abend noch in Venedig. Wir waren auf Familienausflug – mit dem Zug im Übrigen, kann ich empfehlen, der Nachtzug ist heavy, aber mit Kindern geht es sich trotzdem aus: ein Abenteuer. Wenn man vom Hauptbahnhof herauskommt und rechts geht, kommt man zu einem Hop-on-hop-off, erste Station. Da ist ein Gebäude – ein Kunstwerk –, an dem mit Strichen angezeichnet ist, wo gemäß Projektionen der Weltklimaveränderung der Wasserstand sein wird. Da wird dir ganz anders. Dieses Haus den Kindern zu erklären, bedeutet eigentlich, dass meine Kinder im Alter von

Abgeordneter Mag. Dr. Matthias Strolz

zwölf Jahren verstehen, dass sie mit ihren Kindern oder jedenfalls mit ihren Enkeln Venedig nicht mehr besuchen können werden, weil es unter Wasser sein wird.

Venedig war immer – noch stärker als Wien - ein guter Boden für den Weltuntergang, aber es ist halt trotzdem etwas dran. Man kann es dort sehr konkret erleben. Dann fährst du mit dem Hop-on-hop-off hinaus, und die Kinder fragen dich, warum das so ist, und du zeigst da rüber zum Festland. Da drüben bei Mestre am Festland ist ein Riesenindustriekomplex mit den Raffinerie- und Chemieanlagen. Das versuchst du irgendwie in klare Worte zu fassen. Gleichzeitig sage ich: Wirtschaft und Umwelt – für NEOS ist dazwischen immer ein Und, kein Oder. Ich habe mit dem Voest-Chef schon vor Jahren über die Frage diskutiert, ob er sich eine CO₂-Steuer vorstellen kann. – Ja, natürlich, wenn wir es clever machen!

In Schweden war die CO₂-Steuer geradezu innovations- und wachstumsstimulierend! Es ist also keine Raketenwissenschaft. Zwischen Wirtschaft und Umwelt soll ein Und stehen, wir müssen es nur smart organisieren.

Carbon Management – der zweite Punkt, den ich mitnehme – wäre ein sehr konkreter, verbindlicher Zugang im Sinne von Carbon Budgeting. Wer es sich im Netz anschauen will: Die Briten haben hiezu einen Ansatz, den man, wie ich finde, ebenfalls gut kopieren kann.

Dritter Punkt: innovative Instrumente, übergeordnete Raum- und Stadtplanung. Ich glaube, da müssen auch die Kommunen, die Länder einrücken. Dass zum Beispiel Wien und Niederösterreich das immer noch nicht gemeinsam zusammenbringen, verstehe ich nicht. Großraum Salzburg: Wir sind dort gerade im Finale der Regierungsverhandlungen, und ich hoffe, dass wir dort etwas zusammenbringen. Dass die Landeshauptstädte mit ihren Umlandgemeinden zu keinen integrierten Lösungen kommen, drücke ich als Bürger schlecht durch; ich verstehe es einfach nicht, dass das nicht besser geht.

Green Bonds: Es ist großartig, wenn so etwas läuft und in die Gänge kommt. Auch diesbezüglich sind die Kommunen und die Länder in Zukunft hoffentlich bald ein Vorbild. Da gibt es Ideen wie etwa O-Leitungen für Transitrouten. – Ja, vielleicht müssen wir wirklich ein Stück weit rabiater denken. Wenn ich auf der Autobahn fahre, dann fährt die Lkw-Schleife ohnedies wie ein Zug neben mir – ein Lkw nach dem anderen, dazwischen ist kein Platz mehr –, also kann man sie möglicherweise auch als Zug denken. Das wird uns noch beschäftigen.

Letzter Punkt: Ich glaube, wir können gar nichts ausreichend erreichen, wenn wir es nicht gemeinsam im europäischen Orchester machen. Ich halte das für ganz essenziell, dass wir europäische Strategien fahren, ob das jetzt die saubere Energiepaketierung ist, die unterwegs ist, das Clean Energy Package, oder ob es die Energiestrategie insgesamt ist, in die natürlich große geostrategische Momente hineinspielen. Ich appelliere auch und gerade an die österreichischen Bundesregierung, dass wir uns auf diesem Kontinent nicht auseinanderdividieren lassen. Das würde uns nicht guttun, und es würde auch, behaupte ich, unseren Beitrag im Bereich Klimaschutz – der von Europa ein großer sein muss, sodass wir auf diesem Planeten ein Stück weit mit der Flagge vorangehen – korrumpieren, wenn wir uns in den Energiestrategien geostrategisch spalten lassen.

In diesem Sinne: Auf ein nächstes Mal, in welcher Rolle auch immer! Ich glaube, wir müssen alle gemeinsam dranbleiben – da braucht es die Politiker genauso wie die Zivilgesellschaft und die NGOs, wie sie alle heißen. Alle sind Menschen, und alle gehören da in einen integrativen, integralen, holistischen Prozess. Gute weitere Schritte! – Danke schön. *(Beifall.)*

16.53

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Bißmann. – Bitte.

16.53

Abgeordnete Dipl.-Ing. (FH) Martha Bißmann (PILZ): Ich wünsche einen wunderschönen Nachmittag! *(Die Rednerin platziert einen mit Luft gefüllten, einen Globus darstellenden Wasserball auf dem Rednerpult.)* Herr Vorsitzender! Frau Bundesministerin, vielen Dank dafür, dass Sie diese Enquete möglich gemacht haben und bis zum Schluss geblieben sind. Vielen Dank auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Abgeordnetenkollegen der anderen Parlamentsklubs, die mit uns gemeinsam diese Enquete vorbereitet haben. Auch wir von der Opposition durften die Ausgestaltung mitbestimmen und Wünsche einbringen, die auch gehört wurden; so zum Beispiel: den Anteil der Branchenvertreter der Energiewende deutlich zu erhöhen. Vielen Dank, dass Sie alle gekommen sind.

Was ist das *(auf den Globus zeigend)*? – Ein großes Wunder, ein komplexes System aus perfekt abgestimmten Einzelsystemen, 4 Milliarden Jahre, 800 Millionen Spezies – dieses Wunder ist unsere Heimat, unser Planet, die Erde. Wir stehen genau im richtigen Abstand zur Sonne, die Temperaturschwankungen sind minimal. Es gibt Wasser, es ist der ideale Ort für Leben. Die Schöpfung ist ein Paradies für uns alle – kein Wunder, dass so viele Menschen an Gott glauben. Was aber tun wir, eine von 800 Millionen Spezies auf dieser Welt, wir, die wir uns homo sapiens, der weise Mensch, nennen? – Innerhalb weniger Jahrzehnte sind wir drauf und dran, das zu zerstören, was in Milliarden von Jahren aufgebaut wurde.

Die Klimakatastrophe ist die größte globale Bedrohung, größer noch als Terrorismus, Migrationsbewegungen, Pest und Cholera und alle Weltkriege zusammen. Für die Bewältigung der größten globalen Gefahr braucht es aber keinen Gott, es braucht uns Menschen, die Zivilgesellschaft, die sich mit der Politik verbünden, um die letzten Dinosaurier aus dem Ölzeitalter zu entmachten und endlich den Weg für die rettende Transformation unseres Energiesystems und unserer Wirtschaft frei zu machen. Dabei wollen wir die fossilen Dinosaurier, die jetzt noch an den Schalthebeln der Macht sitzen, nicht zerstören, nein, wir wollen sie auf die Reise in die Zukunft mitnehmen. Wir zeigen ihnen, wie sie ihre rückwärtsgewandten und klimazerstörenden Geschäftsmodelle progressiv, zukunftsorientiert und planetenschonend umbauen können, so wie es der dänische Energiekonzern Ørsted vorgemacht hat, so wie es hoffentlich unser Energiekonzern, die OMV, nachmachen wird. – Das ist wieder etwas, was wir gnadenlos kopieren können.

Wir brauchen eigentlich keine Fakten mehr – die Fakten liegen auf dem Tisch, die Wissenschaft liefert sie uns minutiös und detailliert aufbereitet –, die Zeit zum Handeln ist längst gekommen, und dazu braucht es einen Schulterchluss zwischen der Zivilgesellschaft und der Politik. Wir in der Politik müssen den Rahmen vorgeben, denn die Industrie ist nicht in erster Linie vom guten Gewissen getrieben. Wenn wir in Österreich diesen Schulterchluss schaffen, dann sind wir ein Vorbild für die übrigen Länder der EU, und die EU wiederum kann die restliche Welt inspirieren. Letztlich wird es der Schulterchluss der Weltgemeinschaft sein, der ermöglichen wird, dass die Klimakatastrophe in letzter Minute noch verhindert werden kann.

Die Lösung des Klimawandels, die Bewältigung dieser größten Bedrohung, wird die konstituierende Übung einer solidarischen Weltgemeinschaft sein. Mit dieser Erfahrung werden wir alle weiteren globalen Bedrohungen meistern können: Wassermangel, Migration, nukleare Bedrohungen. Die Menschheit steht vor einem Wendepunkt. Wir können jetzt zusammenarbeiten oder wir werden in den Abgrund gerissen.

Wie aber soll unser Leben aussehen, auf einem wundervollen Planeten, sollten wir erfolgreich sein, sollten wir es geschafft haben, die Erderwärmung auf unter 2 Grad zu

Abgeordnete Dipl.-Ing. (FH) Martha Bißmann

begrenzen? – Meine Damen und Herren! Das sind wunderschöne Aussichten, unsere Errungenschaften werden sich sehen lassen können:

Eine gesunde Umwelt für alle Menschen, in der man frei durchatmen und sauberes Wasser trinken kann.

Es gibt keine Konflikte um Erdöl und Erdgas mehr.

Die Artenvielfalt ist gerettet.

Wir können uns die saubere Energie, die wir erzeugen, auch leisten, und wir leben in respektvoller Weise als Teil der Natur mit der Natur.

Wir erleben einen befriedeten Nahen Osten. Dort wird nicht mehr mit Öl und Gas gehandelt. Die Region ist zu einem Weltsolarzentrum geworden, an dem Forschung, Innovation und Politik regelmäßig aufeinandertreffen. Der Sitz der Internationalen Erneuerbaren Energie Agentur Irena in Abu Dhabi ist längst nicht mehr symbolisch. Österreich hat diese Entwicklung frühzeitig erkannt und strategische Partnerschaften mit dieser Region – wie auch mit anderen Weltregionen – aufgebaut.

Das Meer wird sauber sein, weil wir aufgehört haben, Plastik aus Öl zu produzieren, und stattdessen auf biologisch leicht und schnell abbaubare Materialien aus nachwachsenden Rohstoffen umgestiegen sind. Österreich hat auch diesen Trend erkannt, die Chance genutzt und exportiert dieses Bioökonomie-Know-how in die ganze Welt.

Der Wohlstand auf der Erde ist gerecht verteilt, und niemand ist mehr gezwungen, wegen des Klimawandels seine Heimat durch Flucht zu verlassen, um in anderen Teilen der Welt vielleicht aufgenommen zu werden.

Durch ein modernes, lebensbejahendes und menschliches Bildungssystem zeigen wir schon unseren Kleinsten, was es bedeutet, ein glückliches Leben miteinander in rücksichtsvollem Umgang mit der Welt zu verbringen.

Wir, die wir heute in diesem Raum sitzen, wir, die wir besorgt sind, wir, die wir die Lösungen wie die aufkommensneutrale ökosoziale Steuerreform, die gesetzlichen Regelungen zur schnellstmöglichen und sozial verträglichen Abschaffung der Ölheizungen und viele, viele weitere Lösungen kennen, wir, die wir heute hier in diesem Raum diskutieren, wir haben es in der Hand. Wir haben den Auftrag, diese größte Herausforderung zu meistern. Arbeiten wir zusammen, stellen wir uns der Herausforderung, liebe Freunde, gehen wir diesen Weg gemeinsam! Tragen wir unsere Erde im Herzen, dann wird uns das auch gelingen! Ich will nämlich nicht, und das will keiner von uns, dass der Erde die Luft ausgeht. – Vielen Dank. *(Beifall. – Abg. **Bißmann** zieht den Stöpsel aus dem den Globus darstellenden Wasserball und presst Luft aus ihm.)*

17.01

Vorsitzender Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager: Ich darf mich bei den FraktionssprecherInnen für die Resümees bedanken.

Ich bedanke mich ebenso bei den Referentinnen und Referenten, bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, vor allem auch für den Respekt, den man in dieser Diskussion sehr gut spüren konnte. – Herzlichen Dank.

Ich darf die Enquete **schließen**. *(Beifall.)*

Schluss der Enquete: 17.01 Uhr

Impressum:

Parlamentsdirektion

1017 Wien

